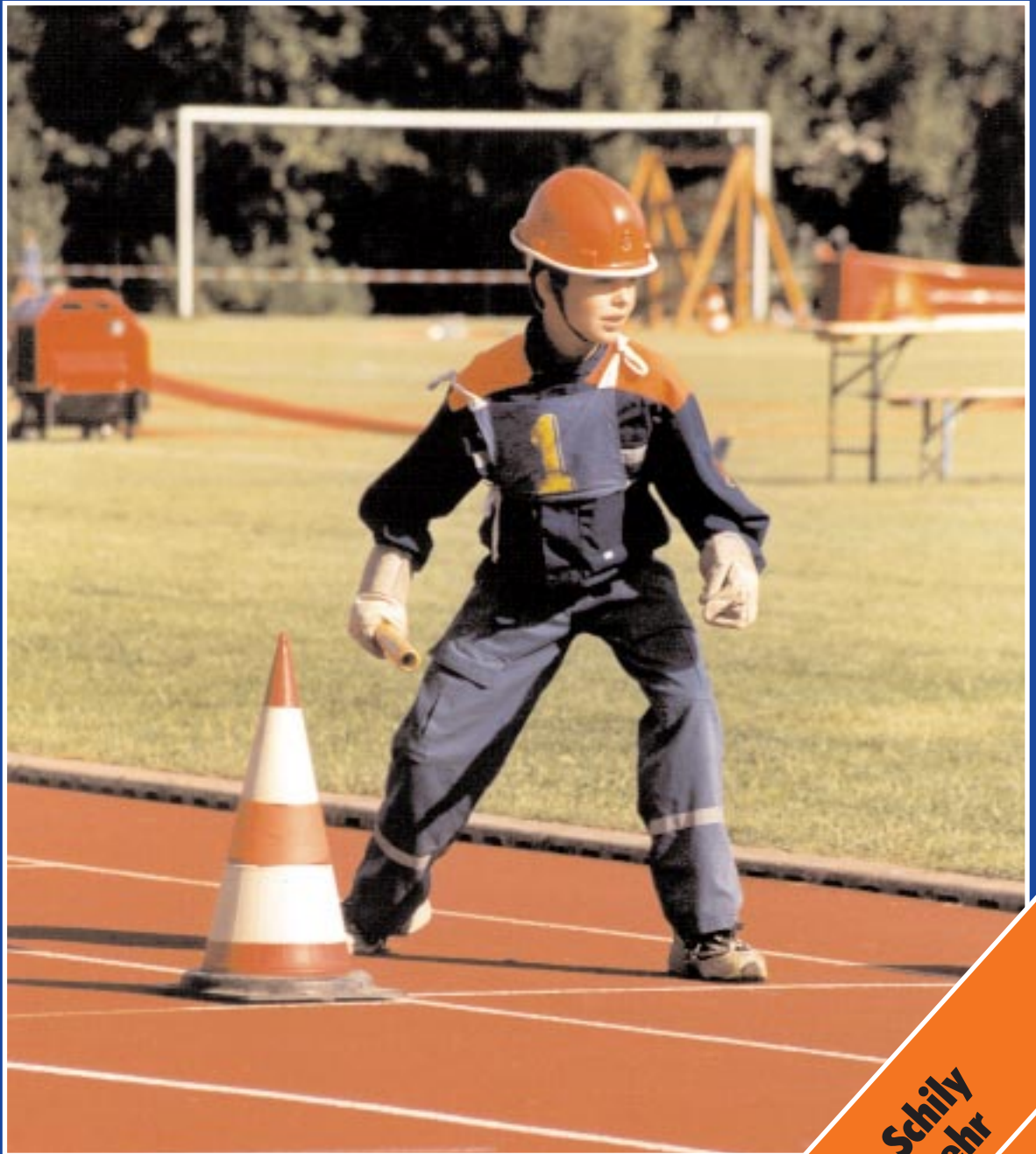


# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



4-99

**Innenminister Schily  
bei der Feuerwehr  
Die DRK-Hilfe  
im Kosovo**



*Verehrte Leserinnen, verehrte Leser,*

*die beabsichtigte Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz ist nicht im Rahmen einer isolierten Änderung des Zivilschutzgesetzes von 1997 (ZSG), sondern in zwei Artikeln des Haushaltssanierungsgesetzes (s. dort Art. 2 und Art. 3) angelegt.*

*Hier einige Eckdaten: Es ist vorgesehen, die Förderung der Ausbildung der Bevölkerung in erster Hilfe im Haushaltsjahr 2000 deutlich zurückzuführen und sie ab dem Haushaltsjahr 2001 gänzlich einzustellen. Die Ausbildung von Pflegehilfskräften bleibt hiervon unberührt. Es wird jedoch erwogen, ab dem Haushaltsjahr 2001 eine Multiplikatoren Ausbildung als Kernprogramm fortzuführen.*

*Darüber hinaus sind in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 Einsparungen bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für den Katastrophenschutz im Zivilschutz und bei den Ausgaben auf der Standortebene vorgesehen. Desweiteren werden die Beschaffungen in den Jahren 2002 und 2003 ausgesetzt, ohne daß dadurch der 1995 mit den Ländern vereinbarte Beschaffungsplan aufgehoben wird.*

*Im übrigen werden die Zivilschutz-Aufgaben weiterhin wahrgenommen. Die weitere Behandlung des Gesetzes und die verwaltungsmäßigen Vorbereitungen zu seinem Vollzug sind zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.*

*Noch ein Hinweis in eigener Sache: Rechtzeitig zu den Feiertagen finden Sie in diesem Heft (auf Seite 55) erstmals ein Preisrätsel.*

*Ich wünsche Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2000.*

*Ihr Hans-Walter Roth*

## Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz ..... 2

## Politik und Gesellschaft

**„Der Bund wird sich nicht aus dem Zivilschutz zurückziehen“**  
Bundesinnenminister Schily zu Gast bei der Feuerwehr ..... 3

**Auf den Notfall vorbereitet**  
Das Thema Nahrungsmittelversorgung im Blickpunkt ..... 5

## Aus der Praxis

**„Wir kamen als Erste und werden als Letzte gehen“**  
Die Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes im Kosovo ..... 12

**Advent, Advent - die Wohnung brennt**  
In der Weihnachtszeit sind besonders Kinder gefährdet ..... 17

**Strukturen der präklinischen (Notfall-)Versorgung**  
Eine empirische Analyse zum Einsatzgeschehen ..... 18



Mit der vielfältigen Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes und der Not der Menschen im Kosovo befaßt sich ein Beitrag, nachzulesen ab Seite 12.

# INHALT

# 4-99

**Bundesinnenminister Schily war Gast der 46. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes. Wir berichten ab Seite 3 über den Besuch.**



## Aus-und Weiterbildung

- Optimale Schulung als Ziel**  
Landesfeuerwehrschule Hamburg um neues Trainingszentrum erweitert.....21
- 96 Stufen unter der Erde**  
Tunnelrettungsübung „Brandenburger Tor 1999“ .....24
- ABC-Ausbildung am Beispiel Witten**  
Integration in die Aus- und Fortbildung der Feuerwehr .....27



Die große Übungshalle mit ihren Außentreppen - hier als „Logenplätze“ bei einer Übung dienend - ist das Wahrzeichen des neuen Trainingszentrums der Landesfeuerwehrschule Hamburg. Mehr über das neue Gelände ab Seite 21.

## Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund..... 34**
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft..... 36**
- Deutscher Feuerwehrverband..... 37**
- Deutsches Rotes Kreuz ..... 40**
- Johanniter-Unfall-Hilfe..... 42**
- Malteser Hilfsdienst ..... 43**
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V..... 45**
- Technisches Hilfswerk..... 47**

## Rubriken

- Stellungnahmen..... 49**
- Rundblick..... 52**
- Für Sie gelesen ..... 54**
- Kopfnuss ..... 55**
- Termine ..... 56**
- Zuletzt ..... 57**

*Jetzt mit  
Preisrätsel!*



## „Stühlerücken“ bei der Feuerwehr

Die 46. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) Mitte September in Königswinter bei Bonn stand ganz im Zeichen der Wahlen zum Vorstand. DFV-Präsident Gerald Schäuble aus Radolfzell, seit sechs Jahren im Amt, konnte sich gegen drei Mitbewerber durchsetzen.

Vizepräsident Fritz Meyer schied aus Altersgründen aus und wurde einstimmig zum Ehrenmitglied des DFV ernannt. Nachdem Vizepräsident Rolf Schomann seinen Verzicht erklärt hatte, mussten somit zwei neue Vizepräsidenten für den Bereich „Freiwillige Feuerwehren“ gewählt werden.

Mit einem klarem Votum der Versammlung rückten die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände Bayern und Schleswig-Holstein, Kreisbrandrat Bernd Pawelke (Landkreis Nürnberger Land) und Kreisbrandmeister Hans-Peter Kröger (Kreis Plön), in den Vorstand nach.

Ebenfalls neu im Vorstand ist der Berliner Feuerwehrchef, Landesbranddirektor Albrecht Broemme. Er löst Oberbranddirektor Günther Hölzl (München) ab und ist ab sofort Repräsentant des Deutschen Feuerwehrverbandes in der Hauptstadt.

## Dr. Norbert Blüm wiedergewählt

Dr. Norbert Blüm wurde am 4. Oktober 1999 von der Mitgliederversammlung des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge für weitere

drei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Während das bisherige Deutsche IDNDR-Komitee 37 Mitglieder zählte, wurden

in das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge 56 Mitglieder gewählt.

### STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, ist in der Zivilschutzverbindungsstelle 26583 Aurich oder 47546 Kalkar umgehend die freie Stelle eines/einer

#### Einsatzleiters/-in

zu besetzen. Die Stelle ist nach Vergütungsgruppe IV a Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) bewertet.

Zivilschutzverbindungsstellen sind zivile Einrichtungen des Bundesamtes für Zivilschutz in militärischen Luftverteidigungsgefechtsständen. Zu den Aufgaben eines/einer Einsatzleiters/-in gehören:

- die Sammlung, Auswertung und Beurteilung aller zur Verfügung stehenden Lageinformationen zum Zwecke der Warnung der Bevölkerung. Hierzu zählen insbesondere die Beobachtung der auf Monitoren dargestellten Luft- und sonstigen Gefahrenlage, die über Datensichtgeräte und andere Kommunikationseinrichtungen übermittelten Verbal- und Textinformationen, die Teilnahme an Lagebesprechungen und Briefings sowie die eigenverantwortliche Feststellung, ob eine Gefahr für die Bevölkerung besteht;
- die Durchführung von Warnmaßnahmen;
- die Teilnahme an Übungen;
- die Vorbereitung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und internen Übungen.

Bewerber/-innen müssen in der Lage sein, sich schnell und flexibel auf ständig ändernde Situationen einstellen zu können. Sie müssen eigenverantwortlich entscheiden und handeln. Zudem müssen sie die Bereitschaft mitbringen, in einer unterirdischen Anlage im Schichtdienst - auch an Feiertagen und Wochenenden - ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie sollten eine abgeschlossene Ausbildung zum Radarleitoffizier der Luftwaffe besitzen und über gute Englischkenntnisse verfügen. Außerdem ist die Bereitschaft erforderlich, Kontakte zu den militärischen Ansprechpartnern aufzubauen und vertrauensvoll mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Je nach Eignung und Befähigung bieten sich langfristig auch Entwicklungsmöglichkeiten in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung.

Schwerbehinderte werden, gesundheitliche Eignung für die wahrzunehmenden Tätigkeiten vorausgesetzt, bei sonst gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Inhaber eines Zulassungsscheins nach § 9 Soldatenversorgungsgesetz werden bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen werden unter Angabe der Kennzahl A 563/99 erbeten an das

Bundesamt für Zivilschutz  
- Personalreferat -  
Postfach 20 03 51  
53133 Bonn

# „Der Bund wird sich nicht aus dem Zivilschutz zurückziehen“

Bundesinnenminister Schily zu Gast bei der Feuerwehr

Von Paul Claes

Bei seinem Besuch der 46. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) Mitte September in Königswinter bei Bonn traf Bundesinnenminister Otto Schily auf gespannte Aufmerksamkeit.

Vor den Delegierten, die 1,3 Millionen Mitglieder der Feuerwehren repräsentieren, konnte nach der Begrüßung durch Verbandspräsident Gerald Schäuble ein kritischer Dialog begonnen werden, auf den nachstehend in Auszügen eingegangen wird.

Schäuble: „Wir sind Ihnen dankbar, dass Sie Ihr Kommen sofort und ohne Umschweife zugesagt haben - wohl wissend, dass hier eine Versammlung auf Sie wartet, die auch kritische Fragen stellt und eine kritische Haltung gegenüber dem Bund einnimmt.“ (...)

Auf das Thema Katastrophenschutz auf europäischer Ebene eingehend, stellte der Präsident fest: „Die Feuerwehren mit über einer Million Mitgliedern sind durch ihre flächendeckende Präsenz in jedem Ort, jeder Stadt die tragende Säule im Katastrophenschutz. ... Die Hilfsqualität ist hoch, ja beispielhaft, und dennoch ist Deutschland ‚Niemandsland‘ auf europäischer Ebene, was den Katastrophenschutz betrifft.“ (...)

Durch das föderale System hat Deutschland keine zentrale Ansprechstelle. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Entwicklung, wonach alle länderübergreifenden und feuerwehrrelevanten Ausschüsse und Gremien aufgelöst werden, stellt sich die Frage, wer



Bundesinnenminister Otto Schily im Gespräch mit DFV-Präsident Gerald Schäuble.

künftig die bundesweite Abstimmung übernehmen soll.“ (...)

Schäuble weiter: „Nicht nur auf der europäischen Ebene müssen die Instrumente modifiziert werden. ... Wir sind es leid, immer und bei jedem Gesetz, das für die Allgemeinheit Gültigkeit hat, für den Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes Ausnahmeregelungen zu erstreiten, die oft nicht erreicht werden können, weil in den beteiligten Ministerien die Einsicht in das komplexe System der Gefahrenabwehr fehlt.“

Weiter stellte der Präsident fest: „Eine zweite Forderung ergibt sich aus der Zusammenarbeit mit den anderen Fachdiensten und den Katastrophenschutzbehörden. Hier hat der Bund die Pflicht, dem vorhandenen Katastrophenschutzpotential eine Plattform einzurichten. Es liegt im gesamtstaatlichen Interesse, wenn eine koordinierende Stelle die Interessen und Einzelkonzepte zusammenführt und an dieser Stelle Füh-

rungsmechanismen durchdacht und Einflussnahmen im europäischen und nationalen Bereich vorbereitet, abgesprochen und transportiert werden können.“

Diese Stelle muss nicht neu eingerichtet werden, mit einigen Veränderungen könnten von der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler diese Aufgaben wahrgenommen werden. Deshalb muss die Akademie als Bindeglied erhalten bleiben und mit den Aufgaben betraut werden.“ (...)

Schäuble fasste zusammen: „Das Wichtigste zuletzt: Katastrophenschutz muss wieder in das Bewusstsein der Politiker zurückfinden - als Vorsorgeaufgabe mit Herz und Verstand, ernsthaft und durchsetzungsfähig.“ (...)

So wäre uns sehr daran gelegen, dass wir das Segment Katastrophenschutz als Teil der inneren Sicherheit wieder zu einem verlässlichen Faktor machen, auf den der Bürger vertrauen kann, der größtmöglichen Schutz gewährt. Denn



Gesprächsrunde mit Minister Schily (Mitte): DFV-Präsident Schäuble, DFV-Bundesgeschäftsführer Becker, Oberbranddirektor Farrenkopf (Hamburg), BZS-Präsident Schuch und Abteilungsleiter Rosen (v.links). (Fotos: Claes)

Katastrophenschutz beginnt nicht erst mit der Katastrophe, sondern ist durch Vorsorge und Vorbereitung aufzubauen, damit in der Stunde der Gefahr Mensch, Natur und Sachwerte erhalten werden können.“

**Mit einem Dank für die freundliche Aufnahme richtete Minister Schily das Wort an die Delegierten.**

Er stellte fest: „... Dass ich und Abteilungsleiter Rosen heute an Ihrem Verbandstag teilnehmen, soll Ihnen signalisieren, dass die Bundesregierung an einem konstruktiven Dialog mit Ihnen sehr interessiert ist. Es ist wichtig, dass wir bei den uns gemeinsam interessierenden Themen - und Katastrophenschutz ist ein uns durchaus vorrangig und ausdrücklich interessierendes gemeinsames Thema - unsere jeweiligen Argumente kennenlernen und nach Möglichkeiten suchen, zu gemeinsamen Auffassungen zu gelangen.“ (...)

Schily weiter: „Ein Punkt, der Sie natürlich interessiert, ist die Neuordnung des Zivilschutzes, den wir in das Bundesverwaltungsamt eingliedern, ohne dass die Aufgaben deshalb vernachlässigt werden. Indem wir die Overheadkosten an der Stelle einschränken, haben wir ein Effizienzpotential, das wir wahrnehmen.“ (...)

Das zweite, was wir tun müssen, ist, ... unsere Beschaffungsprogramme zu strecken. Wir haben in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 Einsparungen bei Beschaffungen von Einsatzfahrzeugen und bei anderen Ausgabenpositionen vorgesehen.“

Zur Ausbildung stellte Minister Schily fest: „Wir werden auch die Ausbildung neu ordnen, aber die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler bleibt bestehen. ... Den Mittelansatz bei der Ausbildung lassen wir bestehen. Wir haben über 12 Millionen Mark dafür vorgesehen und der wird auch in Zukunft erhalten bleiben.“

Der Bund wird sich also nicht aus dem Zivilschutz zurückziehen. Wer das behauptet, entspricht damit nicht den Tatsachen. Wir werden den Zivilschutz neu ordnen, aber wir wissen auch um die Verantwortung des Bundes.“ (...)

Der Minister weiter: „Wir werden auch mit großer Akribie untersuchen, ob und inwieweit es möglich und erforderlich ist, die zum Teil unübersichtlichen, verstreuten Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung zu straffen und neu zu ordnen.“ (...)

Es ist ein Ehrgeiz dieser Bundesregierung und mein persönlicher Ehrgeiz, dass wir

gerade bei der Modernisierung der Bundesverwaltung und damit auch der Bundesregierung selbst zu neuen und besseren Ergebnissen kommen, als es in der Vergangenheit der Fall war.“ (...)

Auch auf das Thema Ehrenamt ging Schily ein: „Jenseits der Fragen der materiellen Ausstattung und der Notwendigkeit organisatorischer Neuordnung sollten wir sehr stark die Bedeutung des Ehrenamtes herausstellen.“ (...)

Denn ich geselle mich denen zu, die meinen, wir müssen aufpassen, dass es eine Fehlentwicklung wäre, wenn wir glauben, der Staat ist allzuständig. Das ist ein Irrtum.“ (...)

Der Minister weiter: „Ich habe hier eine Zahl von 1,3 Millionen freiwilligen Feuerwehrleuten gehört. Wir sind auf dieses freiwillige Engagement angewiesen. Ohne dieses freiwillige Engagement und diese Arbeit wäre es gar nicht zu schaffen. Und natürlich müssen wir dann die Frage stellen, ob dieses freiwillige Engagement auch in dem Maße anerkannt und ihm ein Raum zugeordnet wird, der ausreichend ist.“ (...)

Die Innenminister der Bundesländer haben auf einem 27 Seiten starken Papier Vorschläge zur Erhaltung und Förderung der Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeit im Brand- und Katastrophenschutz erarbeitet. Ich denke, jenseits aller solcher Papiere kommt es eben darauf an, dass auch in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Ehrenamt die gebührende Würdigung erfährt.“ (...)

Abschließend stellte Minister Schily fest: „Die Bereitschaft und die Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstregulierung wird nach meiner Überzeugung immer noch ein wenig unterschätzt. Es muss beides da sein, wir wollen keine Überregulierung, aber wir brauchen einen Ordnungsrahmen auch auf der anderen Seite und beides muss ineinandergreifen.“ ...

# Auf den Notfall vorbereitet

Gefährdungspotentiale für die Nahrungsmittelversorgung  
und deren Absicherungskonzepte im Frieden und in Krisensituationen

Von Verwaltungsdirektor Karsten Holz, Dipl.-Ing. Vera-Tatjana Gizewski  
und Dipl.-Ing. Thomas Hentschel,  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung in Frankfurt am Main

*Warum leisteten sich die alten Ägypter ein Lagerhaltungs- und Bevorratungssystem für Nahrungsmittel, obwohl allem Anschein nach gar kein Handlungsbedarf dafür bestand? Der Nil war Garant für mehrere Ernten jährlich, das Land war autark und eine militärische Macht, es stand außerdem in regem Handelsaustausch mit anderen Völkern dieser Zeit. Trotzdem, so berichtet die Geschichte aus dem Alten Testament, ordnete Josef als Verwalter der königlichen Güter an, einen Teil der Getreideernte einzulagern, weil auf sieben fette Jahre sieben magere folgen würden. Dies ist ein dreitausend Jahre altes Zeugnis der Etablierung eines Notfallvorsorgesystems, welches auf einen nur scheinbaren Gegensatz hinweist, nämlich daß die Absicherung der Nahrungsmittelversorgung in Zeiten des Friedens und des Überflusses unnötig sei.*

### 1. Versorgungskrisen im Spannungs- bzw. im Verteidigungsfall

Nicht wenige setzen das Ende des „Kalten Krieges“ mit dem Ende von Gefährdungssituationen und militärischen Konflikten - zumindestens in Europa - gleich. Es ist ein Paradoxon der Zeitgeschichte, daß gerade nach dem Ende der nuklearen Bedrohung eine Destabilisierung einsetzte, die zu einer neuen militärischen Auseinandersetzung in Europa geführt hat. Der Kosovo-Konflikt macht deutlich, welche immensen Versorgungsproble-

me mit der Unterbringung und der Ernährung der Zivilbevölkerung verbunden sind. Die Entwicklung von Risiken, die Interdependenzen und der Verlauf von Konflikten lassen sich eben nicht exakt voraussagen und in den Folgen genau beurteilen.

Das Bonner Grundgesetz sieht für den Spannungs- und Verteidigungsfall die Anwendung von Notstandsgesetzen vor. Zu diesen Gesetzen gehören

- das Ernährungssicherstellungsgesetz von 1965 und 1990 (Neufassung),
- das Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965 und 1968 (Neufassung),
- das Wassersicherstellungsgesetz von 1965,
- das Wirtschaftssicherstellungsgesetz von 1965 und 1968 (Neufassung),
- das Arbeitssicherstellungsgesetz von 1968,
- das Zivilschutzneuordnungsgesetz von 1997, und
- das Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz von 1994.

Für den Nahrungsmittelbereich relevant ist das Ernährungssicherstellungsgesetz. Es dient ausschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft im Verteidigungsfall. Wesentliche Elemente dieses Gesetzes sind Ermächtigungen zu Rechtssetzungsmaßnahmen und zum Erlaß von Rechtsverordnungen über Buchführungs-, Melde- und Auskunftspflichten

sowie über die Lagerung und Vorratshaltung. Die Ermächtigungen ermöglichen im Bedarfsfall, die öffentliche Bewirtschaftung von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft einzuführen. Dadurch lassen sich Produktion, Erfassung, Ablieferung und Vermarktung sowie Bezug und Zuteilung der ernährungs- und landwirtschaftlichen Erzeugnisse näher festlegen. Darüber hinaus können Bestimmungen über den Ge- und Verbrauch von Betriebs- und Produktionsmitteln getroffen werden. Bedeutsam ist ebenfalls, daß gegebenenfalls derartige Rechtsverordnungen zwar schon in Friedenszeiten erlassen werden können, aber erst zur Anwendung kommen, wenn folgende vier Voraussetzungen des Artikels 80 a des Grundgesetzes erfüllt sind:

1. wenn der Bundestag der Anwendung der jeweiligen Verordnung besonders zugestimmt hat,
2. wenn der Bundestag den Spannungsfall festgestellt hat,
3. im Verteidigungsfall, der grundsätzlich vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates festgestellt werden muß, und
4. wenn ein Beschluß vorliegt, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt worden ist (sog. genannter Bündnisfall).

Die Rechtssetzungsbefugnis kann von der Bundesregierung auch auf das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übertragen



werden. Das Ministerium hat ebenfalls die Möglichkeit, seine Rechtssetzungsbefugnis entweder auf die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung und/oder auf die Landesregierungen zu delegieren.

## 2. Versorgungskrisen in Friedenszeiten

Zweifellos leben wir in einer Zeit, in der der Verbraucher nach seinen Bedürfnissen aus einem vielfältigen Angebot von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln auswählen kann. Dies trifft sowohl auf Deutschland als auch auf die Mehrzahl der europäischen Länder und der übrigen Industrienationen zu. Die Kräfte der Marktwirtschaft garantieren eine flächendeckend gute Versorgung von Stadt und Land. Diese kontinuierlich und reibungslos verlaufende Versorgung durch den Markt setzt jedoch neben der inländischen Erzeugung einen auf nationaler und internationaler Ebene funktionierenden Nahrungsgütertausch voraus.

Werden jedoch die eigene Erzeugung und/oder die Importe an Nahrungsmitteln in erheblichem Umfang gestört und kann die Störung allein durch die Kräfte des Marktes nicht behoben oder ausgeglichen werden, ergibt sich die Situation, wie dann die knapper werdenden Nahrungsmittel verteilt werden sollen, so daß eine sozialgerechte Versorgung der Bevölkerung gewährleistet wird. Sollte eine derartige Situation eintreten, greift der Staat im Rahmen der gesetzlich verankerten Notfallvorsorgemaßnahmen lenkend ein.

Situationen, die den Eingriff des Staates in dieser massiven Form erfordern, sind angesichts der Liberalisierungstendenzen im Welthandel unwahrscheinlicher geworden. Soweit nur die Bundesrepublik Deutschland von einem Versorgungsnotstand mit Nahrungsmitteln betroffen ist, kann mit Ausgleichslieferun-

gen durch das Ausland gerechnet werden. Garantien dafür gibt es jedoch nicht.

Es können zukünftig Faktoren, die bisher nur wenig Beachtung fanden und eher eine untergeordnete Rolle spielten, die Nahrungsmittelversorgung und damit die Lebensgrundlagen einer Gesellschaft gefährden. Diese möglichen Gefährdungen entziehen sich häufig einer Betrachtungsweise, die auf kurz- und mittelfristige Zeiträume ausgerichtet ist, die aber langfristige Tendenzen nicht immer genügend berücksichtigt. Die hier dargestellten Konflikt- und Gefährdungspotentiale in Friedenszeiten sollen einen beispielhaften Querschnitt geben, mit welchen vielfältigen Herausforderungen in Zukunft möglicherweise zu rechnen ist.

### 2.1 Naturkatastrophen

Die Münchner Rückversicherungsgesellschaft berichtete unlängst, daß große und kostspielige Naturkatastrophen kein exklusiv außereuropäisches Phänomen mehr seien. Die erhöhte und unter anderem durch eine beschleunigte Verschlechterung natürlicher Umweltfaktoren bedingte Katastrophenanfälligkeit moderner Industriegesellschaften könne jederzeit auch unsere Breitengrade treffen. Viermal kurz hintereinander haben beispielsweise die Winterstürme „Daria“, „Herta“, „Vivian“ und „Wiebke“ im Januar/Februar 1990 ganze Landstriche, Wälder und Küstenorte in Mitteleuropa verwüstet. Vor allem in der Land- und Forstwirtschaft richteten solche Stürme große Schäden an. Dazu zählen:

- umgeworfene oder hagelgeschädigte Erntefrüchte und Wälder,
- angefachte Wald- und Buschbrände,
- geschädigte Obstkulturen,
- durch Sturm und Seegang zerstörte Fangnetze,
- zerstörte Aquakultureinrichtungen in der Fischerei,

- flachgewalzte Folienabdeckungen, und
- zerstörte Gewächshäuser im Gartenbau.

Der zunehmende Bedarf an hochwertigen Nahrungsmitteln und Holz sowie hochtechnisierte Produktionsverfahren in der Landwirtschaft lassen die Investitionen steil ansteigen, ohne daß die Schadensvorsorgemaßnahmen in gleichem Maße mitziehen. Große Sturmereignisse sind auch dadurch gekennzeichnet, daß sie in einem großen geographischen Bereich zum Ausfall der Energieversorgungs-, Kommunikations- und Verkehrsnetze führen. Ebenfalls große Schäden werden in Deutschland durch Überschwemmungen verursacht. Erdbeben spielen zwar in Deutschland keine Rolle, gelegentlich finden aber auch hier kleinere Beben statt. Betroffen sind hauptsächlich Gegenden in Baden-Württemberg und in der niederrheinischen Bucht, die im April 1992 von einem mittelschweren Beben erschüttert wurde.

Daß auch in Deutschland zwischen den geophysikalischen Voraussetzungen einer Region einerseits und den vom Menschen für seine ökonomisch-technischen Vorhaben präferierten Standorte andererseits Konflikte entstehen können, wird in Zusammenhang mit dem Betrieb des Kernkraftwerkes Mülheim-Kärlich in der Nähe von Koblenz deutlich. Dort befindet sich ein kurzzeitig ans Netz gegangenes, aber seit 1988 stillgelegtes Kernkraftwerk. Der Stilllegungsbeschluß des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin Anfang des Jahres 1998 erfolgte auch aus Gründen einer nicht genügend berücksichtigten seismologischen Gefahr.

Auch die Veränderung des Klimas wird in Zusammenhang mit der wachsenden Anzahl von Naturkatastrophen genannt. Wird man beispielsweise einen Klimawandel, wie auch immer er ausgelöst wird, als Tatsache akzeptieren, weil die wissenschaftlichen Befun-





Der Kosovo-Konflikt macht deutlich, welche Probleme bei der Unterbringung und Ernährung der Bevölkerung entstehen.

(Foto: dpa)

de eher für als gegen eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur sprechen, dann ergeben sich eine ganze Reihe von Konsequenzen: Ein Klimawandel führt generell zu einer Verschlechterung der Ernährungssituation bei gleichzeitiger Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Folgen davon sind Hungersnöte, Verteilungskonflikte, militärische Auseinandersetzungen und Flüchtlingsbewegungen.

In den gemäßigten Breiten führen höhere Temperaturen und stärkere Zirkulation sowohl zu stärkerer Verdunstung als auch zu höheren Niederschlägen. Die Niederschläge werden heftiger, bei insgesamt selteneren Niederschlagsereignissen. Dürreperioden sind nicht auszuschließen. Die möglichen Gefahren des Klimawandels für die land- und forstwirtschaftliche Produktion ergeben sich dabei aus der

- Einschränkung der Verfügbarkeit von Süßwasser,
- Reduzierung der landwirtschaftlichen Flächen,
- Erosion von fruchtbaren Böden,
- Veränderung der Verteilung von Flora und Fauna sowie der damit einhergehenden möglichen Ernährungsengpässe,
- Ausbreitung von atypischen Krankheitserregern, Parasiten und Schädlingen.

## 2.2 Politische, soziale und ökonomische Katastrophen

Machtpolitische Konflikte, ethnische Spannungen und so-

ziale Krisen können zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu Terrorismus, zu organisierter Kriminalität und Wertezersfall führen. Ihre möglichen Folgen sind Tote, Verletzte, Vertreibungen, große Flüchtlingsbewegungen, Hunger und Seuchen sowie wirtschaftlicher Niedergang und die Entstehung eines politischen Vakuums.

Bedrohungen für die Nahrungsmittelversorgung gehen auch vom Diebstahl und Schmuggel radioaktiven Materials aus. In der Regel handelt es sich um Material aus der medizinischen und technischen Anwendung, z. B. Uran in natürlicher Form und verschiedenen Anreicherungsgraden (Reaktorbrennstoff). Dieses Material kann nicht zur Herstellung von Kernwaffen verwendet werden. Allerdings gab es auch einige Fälle, in denen hochangereichertes Uran oder waffenfähiges Plutonium sichergestellt wurde. Als Herkunftsland wird meistens Russland angenommen oder seltener auch andere ehemalige Ostblockstaaten. Potentielle „Kunden“ sind Interessenten aus Drittweltländern und Nuklearterroristen. Verschiedene Möglichkeiten sind bekannt, terroristische Anschläge zu verüben oder damit zu drohen:

- radioaktive Kontamination von Menschen und Tieren, Lebensmitteln und Trinkwasser,
- Einbau von versteckten Strahlungsquellen,
- Bau von Kernsprengkörpern.

Nicht nur der Nuklearterrorismus stellt ein Gefährdungspotential dar, sondern auch der Einsatz chemischer und biologischer Waffen. Terroristische Anschläge auf Anlagen der chemischen Industrie sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen ebenfalls schwer kalkulierbar, da viele Chemikalien zur gleichen Zeit freigesetzt werden können. Gefährliche Chemikalien können über die Atemluft oder die Haut aufgenommen werden und zu akuten oder chronischen Gefährdungen der Menschen, Tiere und der Umwelt führen. Auch können diese Chemikalien über die Nahrung und das Trinkwasser aufgenommen werden. Da der Geruchs- und Geschmackssinn des Menschen für viele Stoffklassen nicht entwickelt ist, weil evolutionsbiologisch keine Notwendigkeit dieser Merkmalsausprägung bestand, sind diese Chemikalien für den Menschen nicht über die Sinnesorgane wahrzunehmen.

Ein besonderes Gefährdungspotential ergibt sich aus dem terroristischen Einsatz von Nervengiften, vor allem der Klasse der Organophosphate, da sie leicht zu produzieren sind und bereits in Milligrammmengen tödlich wirken. Beispiele hierfür sind zwei Anschläge mit dem Nervengift Sarin in Japan. Im Jahre 1994 wurden in Matsumoto 600 Menschen vergiftet. Bei der Massenvergiftung 1995 in Tokio sind mehr als 5.500 Menschen dem Gift ausgesetzt worden.

Terrorakte unter Einsatz biologischer Waffen sind ebenfalls nicht auszuschließen. Ihre Wirkung kommt der chemischer Agenzien gleich oder übertrifft diese, da sich die Erreger schnell vermehren und ausbreiten. Mit gentechnischen Methoden könnten Krankheitserreger gezielt verändert werden. Zu denken ist an die Übertragung von Toxigenen aus einer bestimmten Bakterienart in andere Bakterien. Die Antibiotikaresistenz eines Erregers kann erhöht

oder das Wirtespektrum modifiziert werden. Das heißt, es könnte beispielsweise ein Krankheitserreger eines Tieres auf den Menschen umgeprägt werden. Ebenso bestehen Risiken, die von Ländern wie dem Iran, Irak, Libyen und Syrien ausgehen, weil sie über ballistische Raketen mit ABC-Sprengköpfen verfügen.

Eine mögliche Gefahr für die landwirtschaftliche Produktion und für die Bevölkerung Deutschlands stellen die obengenannten Weiterverbreitungsrisiken dar. Durch Einsatz von Massenvernichtungswaffen können ganze Regionen verseucht und Mensch und Tier gefährdet werden. Beispielsweise rechnete man Anfang des Jahres 1991 mit chemischen und bakteriologischen Anschlägen des Irak, wie dies die irakische Führung einige Zeit vorher angekündigt hatte.

### 2.3 *Technogene Katastrophen*

Die Ereignisse, die zum Unfall am 26. April 1986 in Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl geführt haben, wurden in den vergangenen Jahren weitgehend aufgeklärt. Das inzwischen vorliegende Wissen reicht aus, um die Ursachen zu erkennen und wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, die die Wiederholung eines solchen Unfalls verhindern. Aus heutiger Sicht waren die Hauptursachen des Unfalls gravierende Mängel der reaktorphysikalischen Auslegung und ein politisches und organisatorisches System, welches nicht in der Lage war, diese Mängel abzustellen. Es gibt allerdings auch Spekulationen darüber, daß der Unfall durch ein Erdbeben ausgelöst worden sein könnte. Sollte dies einer der Gründe für die Unglücksursache sein, können sich Unglücke dieser Art in Folge der plattentektonischen Verschiebungen wiederholen, da sich viele baugleiche Reaktoren an Flüssen befinden, de-

ren Flußbetten entlang von Grabenbrüchen verlaufen.

Die jährlichen Strahlendosen betragen in der näheren und fernerer Umgebung des Unglücksreaktors, je nach Ausbreitungsrichtung der radioaktiven Wolke, etwa das Fünffache des natürlichen Pegels. Da sich diese Strahlenexposition überwiegend durch die Aufnahme von kontaminierter Nahrung ergibt, ist die Versorgung der betroffenen Bevölkerung mit ausreichender unkontaminierter Nahrung vordringlich. Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen zur Verringerung der Kontamination haben sich bisher als wenig effektiv erwiesen. Dennoch ist eine dauernde Beratung und Betreuung der betroffenen Bevölkerung auf diesem Gebiet wichtig, um durch gezielten Landbau die radiologische Belastung zu verringern.

Störfälle und Unfälle in chemischen Anlagen und Lagern sind eindeutig lokalisierbar und vom Katastrophenschutz und den betrieblichen Feuerwehren berechenbar. Die Gefahrstoffe sind in der Regel bekannt und das Gefahrenpotential ist eher kalkulierbar. Eine Ausnahme bilden jedoch die Stoffklassen der Organophosphate und Carbamate. Sie besitzen eine hohe Toxizität, da sie als Hemmstoffe des körpereigenen Enzyms Acetylcholinesterase wirken. Deswegen werden sie auch als Nervengifte bezeichnet. Gefahren ergeben sich aus der Produktion selbst, die allein für zivile Zwecke weltweit auf ungefähr 200.000 Tonnen jährlich veranschlagt wird. Substanzen dieser Stoffklasse dienen vor allem als Insektizide und Pestizide in der Landwirtschaft, als Schmiermittel in der Industrie, als Weichmacher in der Kunststoffindustrie und als chemische Waffen in der Wehrtechnik.

Beimengungen dieser Substanzen zu Speiseöl führten 1959 in Marokko zu Massenvergiftungen. 1981 wurden 24.000 Menschen ebenfalls durch Beimengungen dieser

Substanzen zu Nahrungsmitteln vergiftet. 1986 kam es in Bhopal (Indien) bei der Produktion von Carbamat-Insektiziden zur Freisetzung von 30 bis 40 Tonnen Methylisozyanat und anderer Zwischenprodukte. Seriöse Schätzungen gehen heute von 5.000 Toten und von bis zu 60.000 vergifteten Personen aus.

Erinnert sei auch an das Chemieunglück bei der Firma Sandoz in Basel 1986, wo etwa 500 Tonnen Rohstoffe für die Herstellung von Agrochemikalien in Brand geraten waren. Innerhalb kurzer Zeit wurde ein Krisenstab gebildet, in dem unter anderem der Zivilschutzchef, der Chef des Lufthygieneamtes und der Regierungspräsident vertreten waren. Die großen Lebensmittelager der Region wurden angewiesen, ihre Lüftungen abzuschalten. An allen Milchsammelstellen und bei der Trinkwasserversorgung wurden bis zur Entwarnung regelmäßig Proben entnommen.

Ende Mai 1999 wurde vom belgischen Gesundheitsminister der Handel aufgefordert, alle Geflügelprodukte und Eier wegen einer möglichen Kontamination mit Dioxin vom Markt zu nehmen und der Verbraucher wurde aufgefordert, keine Hühner und Eier aus Belgien zu essen. Später wurden die Restriktionsmaßnahmen auch in Deutschland wieder aufgehoben.

Der Bund hat zur Sicherung der Lebensgrundlagen bei der eigenen Bevölkerung gesetzliche Regelungen geschaffen, mit denen auf die hier dargestellten Gefährdungen reagiert werden kann. Dazu zählen:

- das Ernährungsvorsorgegesetz von 1990,
- das Energiesicherungsgesetz von 1975,
- das Erdölbevorratungsgesetz von 1978 und 1987 (Neufassung),
- das Strahlenschutzvorsorgegesetz von 1986.

Das Ernährungsvorsorgegesetz ist die gesetzliche Grundlage zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Er-

zeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft im Falle einer friedenszeitlichen Versorgungskrise. Das Gesetz definiert den Begriff der Versorgungskrise als einen Zustand, in dem die „die Deckung des Bedarfs an lebenswichtigen Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft in wesentlichen Teilen des Bundesgebietes ernsthaft gefährdet ist und diese Gefährdung durch marktgerechte Maßnahmen nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben ist“.

Das Gesetz legt nur den Rahmen für staatliches Handeln zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln für den Fall einer Versorgungskrise fest. Ein wesentliches Element des Gesetzes ist, wie auch beim Ernährungssicherungsgesetz, die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen. Die Rechtsverordnungen werden vor Eintritt einer Versorgungskrise von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates erlassen. Dieses Befugnis kann allerdings - ohne Mitwirkung des Bundesrates - auf das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übertragen werden. Nach Eintritt einer Versorgungskrise werden Rechtsverordnungen vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erlassen. Die Zustimmung des Bundesrates ist dann entbehrlich, wenn die Geltungsdauer der Rechtsverordnungen auf zwei Monate beschränkt ist. Der Ermächtigungskatalog entspricht in erheblichem Umfang dem des Ernährungssicherungsgesetzes. Allerdings sind keine Bestimmungen über die Verwendung von Betriebs- und Produktionsmitteln in der Ernährungs- und Landwirtschaft enthalten.

### 3. Subjektive und objektive Gefahrenwahrnehmung

Bei den bisher vorgestellten Gefährdungspotentialen han-

delt es sich fast ausnahmslos um sogenannte „low probability - high consequence risks“. Die äußerst geringe Eintrittswahrscheinlichkeit führt zu einer extremen Ausdehnung des Wahrscheinlichkeitszeitraumes (bei Kernkraft im allgemeinen 10.000 Jahre). Trotzdem müssen Schutzvorkehrungen vorgehalten werden. Da Schutzvorkehrungen auf die möglichen Konsequenzen einer Katastrophe abzustimmen sind, müssen für extrem lange Zeiträume entsprechende Ressourcen zur Schadensbegrenzung bereitgehalten werden.

Unter ökonomischen Aspekten ist diese Vorgehensweise eine Ressourcenverschwendung. Es ist deshalb für eine Gesellschaft von großer Bedeutung, was sie als eine Gefahr definiert, wieviel sie in ihre Gefahrenabsicherung zu investieren bereit ist, in welcher Form diese Absicherung zu geschehen hat und wie die Kosten dieser Absicherung zu verteilen sind. Letztendlich ist es eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses, ob ein bestimmtes Risiko getragen werden soll oder nicht. Somit ist die Wahrnehmung und Bewertung von Gefahren ein kollektiver Kommunikations- und Interpretationsvorgang. So können objektive Eintritts-

wahrscheinlichkeit und subjektives Gefährdungsempfinden divergieren.

In einer Umfrage wurde herausgefunden, daß bestimmte Risiken unterschiedlich über- und unterbewertet werden. Von den Beteiligten wurde die Gefahr, durch Naturkatastrophen zu sterben, überschätzt; das Risiko, an Asthma oder einem Autounfall zu sterben, wurde realistisch eingeschätzt und die Wahrscheinlichkeit, diversen Krankheiten zu erliegen, wurde unterschätzt.

Der Begriff der Wahrscheinlichkeit ist der Dreh- und Angelpunkt für die Diskrepanz zwischen intuitiver und technischer Auffassung von Risiko. Denn das Wissen um schleichende Risiken hat sich, ebenso wie die Bewertung von technischen Risiken mit hohem Katastrophenpotential, als wesentliche Motivation für individuelles Verhalten und politisches Handeln ausgewirkt. Risikoanalysen übernehmen daher die Funktion von Frühindikatoren, um Gefahrenpotentiale rechtzeitig zu entdecken und Kausalbeziehungen zwischen Aktivitäten oder Ereignissen sowie deren latenten Wirkungen aufzudecken. Unter diesem Aspekt ist die Absicherung der Nahrungsmittelversorgung in Zu-

**Bei Versorgungsengpässen gilt es, den Betroffenen schnell mit Grundnahrungsmitteln zu helfen.**

(Foto: dpa)





sammenhang mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Naturräume ein wesentlicher Bestandteil der Katastrophenvorsorge.

## 4. Die Nahrungsmittelversorgung

Unter der Prämisse, daß die bisher aufgeführten Konflikt- und Gefährdungspotentiale durchaus Risiken beinhalten und daß auch größere Katastrophen nicht auszuschließen sind, stellt eine bis zu einem gewissen Grade aus eigener Erzeugung stammende Nahrungsmittelversorgung eine Absicherung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung dar. Auf etwaige Krisensituationen hat die Ernährungsverwaltung in Bund und Ländern dementsprechend angemessen zu reagieren. In Ergänzung zum Ernährungssicherstellungsgesetz wie auch zum Ernährungsvorsorgesetz sind eine Reihe von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen worden. Dazu gehören die Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung (EWMV), die Ernährungsbewirtschaftungsverordnung (EBewiV) sowie die Landwirtschaftsveranstaltungsverordnung (LwVeranV).

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) nimmt sowohl im Bereich der Ernährungsvorsorge als auch im Bereich der Ernährungssicherstellung wichtige gesetzlich festgelegte Aufgaben wahr. Die Bundesanstalt

- wird bei der zentralen Planung und Feststellung von Erzeugung, Beständen und des Verbrauchs tätig,
- beschafft, hält und verwertet Vorräte an Ernährungsgütern im Rahmen einer allgemeinen Vorratshaltung und Nahrungsmittelbestände der Zivilen Notfallreserve.

Aufgrund der ihr übertragenen Aufgaben erstellt die Bundesanstalt insbesondere regionale Versorgungsbilanzen. Ein wichtiger Aspekt bei der Bilanzierung der Nahrungsmittelversorgung ist die Ermittlung der tierischen und

pflanzlichen Inlandserzeugung, welche im Falle etwaiger Krisen für Nahrungszwecke bereitgestellt werden kann. Darüber geben die regionalen Versorgungsbilanzen Auskunft.

Im Gegensatz zu den amtlichen Bundes- und Landesstatistiken handelt es sich bei den regionalen Versorgungsbilanzen um spezielle Auswertungen, zu deren Berechnung neben den oben erwähnten Basisdaten auch Kennzahlen aus der pflanzlichen und tierischen Produktion eingehen. Sie vermitteln einen Überblick über Erzeugung, Entwicklung der Vorräte, Verarbeitung und Verbrauch für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Bestandsübersichten, Reichweitenberechnungen und zeitliche Aufgliederung des jährlichen Produktionsaufkommens nach Monaten werden ebenfalls erstellt.

Somit werden durch die jährliche Berechnung wichtige Daten über Erzeugung, Aufkommen und Verbrauch gewonnen, die den zuständigen Stellen von Bund und Ländern als Planungsgrundlage dienen, wie es das Ernährungsvorsorgegesetz und das Ernährungssicherstellungsgesetz verlangen. Unter den Aspekten der Ernährungssicherstellung und Ernährungsvorsorge erlangt die Bevorratung eine hervorragende Bedeutung.

Ihrer Zweckbestimmung nach können sechs Arten der Bestands- und Vorratshaltung unterschieden werden, denen für die Versorgungsplanung unterschiedliches Gewicht zufällt. Dies sind die Bestände in der Landwirtschaft, die der EG-Intervention, die Bundesreserve Getreide, die Zivile Notfallreserve (ZNR) und die private Haushaltsbevorratung.

### 4.1 Die Versorgung mit Erzeugnissen tierischer Herkunft

Merkmal der Versorgung mit Erzeugnissen tierischer

Herkunft ist ein über das Jahr weitgehend kontinuierlicher Produktionsanfall mit regionalen Produktionsschwerpunkten. Die Rinderhaltung bzw. der daraus resultierenden Rindfleischherzeugung ist stärker an das örtliche Futteraufkommen gebunden und nahezu flächendeckend vertreten. Sie tritt vor allem in den nördlichen und südlichen Grünlandgebieten hervor. Produktionsschwerpunkte in der Schweine- und Geflügelmast sowie der Eierherzeugung sind die Gebiete Weser-Ems und das Münsterland. Hier wird in starkem Maße flächenunabhängige Veredelungswirtschaft betrieben.

Am Beispiel der regionalen Versorgungsbilanz Fleisch soll die Versorgungslage von Fleisch und Fleischwaren kurz erläutert werden. Ausgehend von der Bruttoeigenerzeugung ermittelt die Versorgungsbilanz Fleisch die Inlandserzeugung an Fleisch und stellt die Versorgungssituation dar. Durch das zeitliche und räumliche Auseinanderrücken von Schlachtung, Fleischverarbeitung sowie Distribution von Fleisch und Fleischwaren, aber auch durch die anhaltende Konzentration der Schlachtbetriebe hat sich das Absatzsystem von Fleisch gewandelt. Die Schlachthofstruktur hat sich zugunsten größerer Betriebe geändert. In vielen Kreisen sind keine Schlachthöfe mehr ansässig. Daher müssen die Landwirte dieser Kreise ihre zum Schlachten erzeugten Tiere in Schlachthöfen schlachten lassen, die ihren Sitz außerhalb des Kreisgebietes haben. Die Fleischbilanz berücksichtigt diese Veränderung im Absatzsystem und ermittelt, ausgehend von der Bruttoeigenerzeugung, die Inlandserzeugung an Fleisch (Erzeugungsstandort), das Fleischaufkommen in den Schlachttstätten (Schlachtstandort) und stellt dem Aufkommen den Fleischverbrauch der Bevölkerung gegenüber.

Die für die regionale Versorgungsbilanz relevante inländi-

sche Fleischerzeugung betrug beispielsweise für das Jahr 1997 insgesamt 5,57 Mio Tonnen. Der Fleischverbrauch lag bei 6,53 Mio Tonnen. Der Selbstversorgungsgrad für Fleisch lag somit bei 85 %. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren lag 1997 bei 82,1 kg. In den letzten Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 20 Mio Tonnen Milch und Milchzeugnisse (ohne Butter) verzehrt. Die Inlandserzeugung für den Nahrungsverbrauch in Höhe von etwa 26 Mio Tonnen deckte den Verbrauch zu rund 130 %. Der Pro-Kopf-Verbrauch lag etwa bei 240 kg im Jahr. Die verfügbare Inlandserzeugung an Eiern zum Verzehr betrug während der letzten Jahre ungefähr 12 Mrd. Stück und der Verbrauch betrug etwa 18 Mrd. Stück. Damit lag der Selbstversorgungsgrad bei etwa 66 %. Der Pro-Kopf-Verbrauch lag bei rund 220 Stück im Jahr.

## **4.2 Die Versorgung mit Erzeugnissen pflanzlicher Herkunft**

Die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln ist stark von natürlichen Standortfaktoren abhängig. Bodenqualität, Höhen- und Hanglage sowie klimatische Voraussetzungen sind für den Anbau der verschiedenen Kulturpflanzen maßgeblich. Daraus ergibt sich, daß in den einzelnen Regionen bestimmte Kulturpflanzen schwerpunktmäßig angebaut werden.

So z. B. Zuckerrüben auf schweren bis mittelschweren Niederungsböden wie in der Magdeburger Börde, Hildesheimer Börde und Köln-Aachener-Bucht sowie in Unterfranken (Würzburg/Ochsenfurt) und in Niederbayern (Donaumoos). Hier sind auch die Zuckerfabriken angesiedelt, die die Rüben zu Zucker verarbeiten und die Lagerhaltung sowie Vermarktung des Zuckers übernehmen.

Der Kartoffelanbau bevorzugt dagegen leichte, sandige Böden. Hauptanbaugebiete sind Brandenburg, Lüneburg-Hannover und in Bayern die Kreise Neuburg und Straubing. In diesen Regionen ist auch die kartoffelverarbeitende Industrie ansässig, von dort gelangen die Kartoffeledelzeugnisse über den Markt in die übrigen Regionen.

Auch bei Getreide sind Anbauschwerpunkte festzustellen; so läuft der Weizenanbau im wesentlichen mit dem Anbau von Zuckerrüben parallel, der Roggenanbau mit dem von Kartoffeln. Bei Getreide fallen jedoch die Standorte von Erzeugung und Verarbeitung oft auch auseinander. Die Mühlen liegen vorwiegend an den Hauptwasserstraßen bzw. Seehäfen. Hierher gelangt das Getreide zur Vermahlung, von wo es dann als Mehl z. T. wieder in die Erzeugungsregionen zurückfließt.

Merkmal der pflanzlichen Produktion ist im Gegensatz zur kontinuierlichen Produktion tierischer Erzeugnisse der einmalige Ernteanfall. Aus diesem Grund spielt die Vorratshaltung bei pflanzlichen Erzeugnissen eine wesentliche Rolle für eine im Jahresverlauf gleichbleibende Versorgung.

Die bodenständige Brotgetreideproduktion der deutschen Landwirtschaft, die zum menschlichen Verzehr herangezogen werden könnte, d. h. also die Inlandserzeugung insgesamt für Nahrungszwecke, belief sich 1997/98 nach Berechnungen der Bundesanstalt auf 14,3 Mio Tonnen. Dieses Brotgetreide hätte in der Bundesrepublik Deutschland den Nahrungsverbrauch zu rund 202 % gedeckt.

Die Kartoffelbruttoernte betrug im gleichen Zeitraum 12,1 Mio Tonnen Kartoffeln; davon wurden 4,7 Mio Tonnen (39 %) für den Nahrungsverbrauch verwendet. Der Nahrungsverbrauch der Bevölkerung belief sich auf 5,93 Mio Tonnen. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch lag bei 72,3 kg.

## **5. Zusammenfassung**

Eine kontinuierlich und reibungslos verlaufende Versorgung durch die nationalen und internationalen Nahrungsmittelmärkte beruht auf einem funktionierenden Austausch von Waren und Dienstleistungen. Werden jedoch die eigene Erzeugung und/oder die Importe an Nahrungsmitteln in erheblichem Umfang gestört, kann der Staat im Rahmen der gesetzlich verankerten Notfallvorsorgemaßnahmen lenkend eingreifen.

Die hier dargestellten Konflikt- und Gefährdungspotentiale geben einen beispielhaften Querschnitt, mit welchen vielfältigen Herausforderungen in Zukunft möglicherweise zu rechnen ist. Für friedenszeitliche Krisen und für den Spannungs- bzw. Verteidigungsfall hat der Bund zur Sicherung der Lebensgrundlagen der eigenen Bevölkerung gesetzliche Regelungen geschaffen, die teilweise neugefaßt und ergänzt wurden.

Die gesetzlichen Grundlagen zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft bilden das Ernährungsvorsorgegesetz und das Ernährungssicherstellungsgesetz. In Ergänzung zu diesen Gesetzen sind eine Reihe von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen worden.

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) nimmt sowohl im Bereich der Ernährungsvorsorge als auch im Bereich der Ernährungssicherstellung wichtige gesetzlich festgelegte Aufgaben wahr. Die Bundesanstalt wird bei der zentralen Planung und Feststellung von Erzeugung, Beständen und des Verbrauchs tätig und beschafft, hält und verwertet Vorräte an Ernährungsgütern im Rahmen einer allgemeinen Vorratshaltung sowie Nahrungsmittelbestände der Zivilen Notfallreserve.



### Von Rainer Schramm

Es ist nun ein halbes Jahr her, seit im Kosovo offiziell die Waffen schweigen. Unmittelbar nach dem Ende der Nato-Bombardements und dem Abzug der serbischen Truppen aus dem Kriegsgebiet hat sich bewahrheitet, was vorher schon geahnt wurde. Die Serben haben in weiten Bereichen, nämlich dort, wo albanische Kosovaren wohnten, nach dem Prinzip der verbrannten Erde gehandelt. Sich rächende Albaner haben nach dem Abzug der serbischen Einheiten mit deren Methoden an den zurückgebliebenen Serben Vergeltung verübt.

Den nachrückenden KFOR-Truppen bot sich ein Bild der Verwüstung. Ergänzt wurde das Schreckliche durch das Auffinden von Massengräbern, in denen ermordete Albaner verscharrt wurden. Heute erinnern an diese Barbarei große neue Gräberfelder, die man im ganzen Land neben den Straßen sehen kann.

Über 860.000 Kosovo-Albaner sind im Frühjahr dieses Jahres vor dem Krieg aus ihrem Land geflohen. Die mei-

sten von ihnen haben Zuflucht in Albanien und Mazedonien gefunden. Ein Großteil der Flüchtlinge ist nach dem Ende der Kampfhandlungen in seine verwüstete Heimat, mit dem festen Willen eines Neuanfangs, zurückgekehrt.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat zu den Verwüstungen im Kosovo folgende Zahlen genannt: 97.000 Häuser, in denen 679.000 Menschen gelebt haben, wurden während des Krieges zerstört. Davon sind 50.000 Häuser für rund 350.000 Menschen reparabel.

Alle anderen Gebäude müssen neu errichtet werden.

Unmittelbar nach den Soldaten der KFOR kamen Hilfsorganisationen aus aller Herren Länder mit ihren Mitarbeitern und Helfern in das geschundene Land, um den Menschen des Kosovo einen Neuanfang zu ermöglichen. Viele der Organisationen rückten aus Albanien und Mazedonien nach, wo sie schon zur Versorgung und Betreuung der Kosovo-Flüchtlinge tätig waren. Durch die politische Situation hatten die Menschen des Kosovo zunächst gegen-



Frische Gräber erinnern an die Opfer des Kosovo-Konflikts.



über den rund 200 verschiedenartigen „Nichtregierungsorganisationen“ ein verhältnismäßig großes Misstrauen. Daher war und ist absolute Neutralität gegenüber allen ethnischen Bevölkerungsgruppen die Voraussetzung für die Organisationen, um wirksame Hilfe leisten zu können.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) richtete sich unter anderem in Pec/Peja (serbische/albanische Schreibweise) ein. Pec/Peja gehört mit zu den Städten des Kosovo, deren Bewohner besonders unter dem Konflikt gelitten haben. In der 80.000 Einwohner zählenden Stadt wurden rund 70 Prozent der Häuser zerstört. In unmittelbarer Umgebung der Stadt befinden sich Ortschaften, die ebenfalls schwerste Zerstörungen aufweisen.

Das „Hauptquartier“ für den Einsatz des DRK in Mazedonien, Albanien und Kosovo hat seinen Sitz in der mazedonischen Hauptstadt Skopje. Dort sitzt als Chef, wenn er nicht gerade in Sachen Hilfeleistung unterwegs ist, Torsten Wegner, ein pfiffiger, quirliger Kosmopolit, der nicht das erste Mal Auslandseinsätze der Hilfsorganisation leitet. In Skopje wurde entschieden, dass das DRK neben anderen Orten auch in Pec/Peja drei Projekte übernehmen soll. Zum einen die Einrichtung von Bauhöfen und die Instandsetzung von Wohnhäusern in Pec/Peja und Loxha, zum anderen die tägliche Versorgung von bis zu 10.000 Personen mit warmem Essen. Das dritte Projekt ist die Instandsetzung und Renovierung einer Tageskinderklinik in Pec/Peja.

### Loxha wird es wieder geben

„Wir sind mittlerweile der größte Arbeitgeber hier vor Ort“, erzählt nicht ohne Stolz Albrecht Wild. Der Bauingenieur, der normalerweise am Bodensee zuhause ist, leitet seit einigen Monaten die Baumaßnahmen, die das DRK in

Das zerstörte Geschäftszentrum von Pec/Peja mit Zeichen des Neuanfangs.



Leben in den Ruinen von Loxha.



Pec/Peja und Umgebung zur Instandsetzung von Wohnhäusern durchführt. Diese Aufgabe bewerkstelligt der DRK-Mann derzeit mit einem deutschen Kollegen und sechzig bis achtzig einheimischen, zum Teil deutschsprechenden Mitarbeitern.

Haupteinsatzgebiet der Bauleute war im Herbst das ehemals aus 280 Häusern bestehende Dorf Loxha, wenige Kilometer östlich von Pec/Peja gelegen. Der Ort wurde in der Annahme einer UCK-Hochburg bereits im August 1998 von der jugoslawischen Luftwaffe zerstört. Im Nachhinein beschädigten serbische Bodentruppen bei unversehrten Gebäuden die tragenden Bauteile derart, dass die Häuser irreparabel in sich zusammenfielen.

Seit der Rückkehr der geflohenen Dorfbewohner stehen neben den Ruinen Armeezelte, in denen ganze Familien wie zum Trotz leben.

Das Bestreben des DRK-Bautrupps ist nun, in Zusammenarbeit mit den Dorfbewohnern 80 bis 90 der beschädigten Gebäude wieder bewohnbar zu machen.

„Unser Ziel ist“, so Albrecht Wild, „vor Einbruch des Winters diese Ruinen mit einem neuen Dach, mit Fenstern und Türen zu versehen. Unsere Mitarbeiter brauchen zwei bis drei Tage, um ein Dach mit Dachstuhl und Dachpfannen, neu zu errichten.“

Auf einem Bauhof des DRK am Ortsrand von Loxha lagern die für die Sanierung notwendigen Materialien. Das Baumaterial wird zum Teil auf dem lokalen Markt bezogen. Fenster und Türen können kostengünstig und in guter Qualität in Slowenien eingekauft werden.

„Damit in den winterfest gemachten Häusern auch geheizt und gekocht werden kann, verteilt das DRK im Bereich um Pec/Peja 1.750 Öfen und 1.050 Tonnen Briketts“, erläutert der Bauleiter. Außerdem würden dazu noch sogenannte Kitchen-Sets, bestehend aus Tellern, Tassen, Besteck und Töpfen, verteilt.

Bei einem Rundgang durch den zerstörten Ort zeigte Wild auf eine Reihe von Häusern, deren neue Dächer in der Herbstsonne leuchteten. Auf



Mit Hilfe des DRK entsteht ein neues Dach. Die Frau im Rollstuhl, bei der Flucht wurden ihr die Beine zerschossen, hofft ihr Zelt bald verlassen zu können.

jedem neuen Dach weht eine rote Fahne mit schwarzem Doppeladler. „Die Leute hier“, erklärte Wild, „setzen keinen Fichtenbaum zum Richtfest aufs Dach, sondern die albanische Fahne.“ Sorge bereite ihm, dass kurz vor Wintereintritt noch fast alle Bewohner des Dorfes in Zelten leben müssten.

Im nahen Pec/Peja sollen 440 zerstörte Häuser wieder bewohnbar gemacht werden. Dabei wird aber eine gewisse Eigeninitiative der Hauseigentümer vorausgesetzt. Das notwendige Baumaterial stellt auch hier das DRK in einer Art Bauhof zur Verfügung.

### Die Speisung der 10.000

Schon zwei Tage nach dem Ende der Kampfhandlungen hat das DRK in Pec/Peja mit dem Aufbau eines leistungsfähigen Küchenzentrums begonnen. „Früher habe ich in Deutschland in einem guten Restaurant gekocht“, erzählt ein einheimischer Koch in der

DRK-Feldküche. In einwandfreiem Deutsch schwärmt er dann weiter, dass die Leute damals sogar im Auto darauf gewartet hätten, bis ein Platz im Lokal frei wurde. „Im Augenblick vertrete ich den Chef hier, der ist gerade in Deutschland.“

Bei der DRK-Feldküche in Pec/Peja handelt es sich in seiner Art um ein Großunternehmen. In sieben Feldkochherden werden täglich zwischen 9.500 und 10.000 warme Mittagessen für die notleidende Bevölkerung in Pec/Peja und im Umland zubereitet. Zusätzlich liefert eine am Ort befindliche Bäckerei jeden Tag 4.500 Laib Brot.

Bei den Leistungen der Feldküche drängt sich einem unweigerlich ein Vergleich mit der aus dem Religionsunterricht bekannten Geschichte um die Speisung der 5.000 auf. Jesus hat, der Geschichte zufolge, 5.000 Menschen mit fünf Gerstenbroten und zwei Fischen satt bekommen. In Pec/Peja gibt es leider keine



In der DRK-Feldküche in Pec/Peja wird täglich für fast 10.000 Bedürftige gekocht.

Wunder. Zur Zubereitung der täglichen Mahlzeiten werden über 200 Liter Speiseöl, etwa 18 Zentner Gemüse, 10 Zentner Hühnerfleisch und 50 Kilogramm Bouillon verarbeitet.

Ein Team von 45 lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitet jeden Tag ab sechs Uhr morgens das Essen zu. Zur Mittagszeit wird dann das Essen in Thermobehältern auf Lastwagen zu 26 Verteilstellen in Pec/Peja und weiteren Orten im Umkreis von 15 Kilometern ausgefahren.

Auch in Loxha, wo die Menschen im Herbst noch in Zelten leben mussten, wird Essen und Brot an Bedürftige verteilt. Bedürftig sind sie alle, ohne Ofen und ohne Strom. Deshalb können sie auch jeden Tag mit Tellern und Töpfen auf den Platz vor der Schule kommen, um sich vom DRK versorgen zu lassen.

Das Bestreben der Köche von Pec/Peja ist, dass das tägliche Essen gut schmeckt, dass es sättigt und vor allem dass der Nährwert sehr hoch ist. Bis jetzt, so scheint es, ist das Ziel erreicht worden. Bis April 2000 soll die Einrichtung weiterbestehen.

### Hilfe für die traumatisierten Kinder

Obwohl die Kinder im Kosovo den Anschein erwecken, dass sie mit der schrecklichen Vergangenheit ganz gut zurecht gekommen seien, darf man nicht vergessen, dass alle Kinder dieser Welt solche Erlebnisse nicht einfach wegstecken können.

Deshalb war es ein vorrangiges Anliegen des DRK, die schon vor dem Krieg vorhandene ambulante Pädiatrie in Pec/Peja wieder soweit herzustellen, dass dort die kleinen Patienten ärztlich versorgt werden können.

Der von Albrecht Wild geleitete DRK-Bautrupps hat auch hier vorzügliche Arbeit geleistet. Die renovierungsbedürftige Fassade und das Dach wurden instandgesetzt. Die Außen- und Innenräume wur-

**Geduldig wartet ein Bewohner von Loxha auf einen Teller Reiseintopf mit Huhn.**



den neu gestrichen und die Elektro- und Santärinstallation vollständig erneuert. Mit einer großzügigen Spende könnte das Haus auch eine Notstromversorgung erhalten. Wie im gesamten Kosovo fällt nämlich auch in Pec/Peja bei Einbruch der Dunkelheit die Stromversorgung aus.

In einem Gespräch mit Ärzten der Pädiatrie zeigten sich diese sehr dankbar für die Hilfe aus Deutschland. Ohne diese Hilfe wäre die Abhaltung

von Sprechstunden nicht möglich gewesen.

Mittlerweile sind in der Pädiatrie 60 Mitarbeiter beschäftigt, darunter sechs Kinderärzte, ein Zahnarzt, ein Impfsowie ein Hausarzt. Rund 300 Kinder werden täglich durch dieses Ärzteteam untersucht und behandelt.

Durch die schlimmen Erlebnisse während des Krieges und auf der Flucht ist ein großer Teil der kleinen Patienten traumatisiert. Eine Kinderärztin er-

klärte, dass man die Kinder daran erkennen könne, dass sie sich unter anderem die Unterlippe blutig beißen würden. Weiter würden die Kinder an Mangelerscheinungen durch zu geringe und einseitige Verpflegung leiden. Durch das Leben in Zelten und Ruinen haben viele Kinder chronische Erkrankungen der Atemwege.

Etwa 30 werdende Mütter kommen täglich in die Pädiatrie zur Vorsorgeuntersuchung. Der dort praktizierende Gynäkologe ist derzeit der einzige Facharzt in Pec/Peja, der sich um die Schwangeren kümmern kann. Entbindungen werden jedoch in der Tagesklinik nicht vorgenommen.

Es wird noch sehr, sehr lange dauern, bis die sichtbaren und die unsichtbaren Wunden in Pec/Peja vernarbt sein werden.

### **Die Eingeschlossenen von Strpce**

Die Fahrt geht von Pec/Peja, das übrigens im italienischen KFOR-Sektor liegt, quer durch den deutschen Sektor etwa 120 Kilometer nach Strpce. Zwischen Pec/Peja und Prizren sind links und rechts neben der Straße fast alle Dörfer nahezu dem Erdboden gleichgemacht. Auch hier leuchten vereinzelt neu eingedeckte Häuser in sattem Ziegelrot.

Von Prizren aus schlängelt sich eine Passstraße bis nach Strpce, einem ehemaligen Wintersportort im Sara-Nationalpark. Umgeben von Bergen, die bis in eine Höhe von 2.400 Metern grün und bewaldet sind, liegt neben Strpce noch ein Dutzend Dörfer, die eine ethnisch-serbische Enklave bilden. Etwa 9.000 Menschen leben in diesem Gebiet, 1.000 von ihnen wurden in diese Gegend vertrieben und bewohnen nun zum Teil die einstigen Nobelhotels. Diese Menschen leben dort völlig abgeschieden. Sie können die Region nicht verlassen, sie können aus Sicherheitsgründen nicht einmal ihre Felder

**Kinder in ihrem traurigen Zuhause - ein gefährlicher Spielplatz.**







Soldaten der KFOR versuchen, für Ruhe und Ordnung im Kosovo zu sorgen.  
(Fotos: Till Mayer/DRK [4], Schramm)

bestellen oder das Vieh auf die Weide treiben.

Um Übergriffe von Kosovo-Albanern zu verhindern, wird die gesamte Enklave von amerikanischen und polnischen KFOR-Einheiten hermetisch abgeriegelt. Eine internationale Polizeitruppe, an der auch der Bundesgrenzschutz beteiligt ist, sorgt zusätzlich für die Sicherheit der Menschen in dieser traumhaft schönen Bergregion.

Das DRK macht bei seiner Arbeit im Kosovo keine Unterschiede, wenn es um die ethnische Zugehörigkeit der Hilfsbedürftigen geht. Absolute Neutralität steht hier im Vordergrund. In Strpce arbeitet das DRK mit dem dortigen Ortsverband des Jugoslawischen Roten Kreuzes zusammen.

2.500 Serben erhalten durch das DRK Lebensmittel und Hygienepakete. Vor dem Winter erhielten 250 Familien einen Kohleofen und Briketts.

In Strpce gibt es eine ambulante Klinik, die sicherlich früher zur ärztlichen Versorgung der Wintersportler diente. Heute nimmt die Klinik, bedingt durch die besondere Situation des Gebietes, eine Schlüsselstellung in der Gesundheitsversorgung der Menschen ein. Das DRK hat vor dem Wintereinbruch die Außenfassade des Gebäudes

verputzen sowie die Innenräume neu streichen lassen. Außerdem wurden die sanitären Einrichtungen des Hauses gründlich überholt.

Welche Zukunft die Serben von Strpce haben, ist mehr als ungewiss. Durch die Hilfe des DRK haben sie zumindestens das Gefühl, dass man außerhalb ihrer Enklave an sie denkt.

### Neue Projekte des DRK im nächsten Jahr

Manfred Famulla sitzt mit einigen deutschen DRK-Kollegen in der Zentrale des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Pristina. Der Ingenieur plant dort unter anderem den Bau von Wasserversorgungen in zwei Städten des Kosovo.

„Wir haben zunächst die beiden Projekte so geplant, dass wir jetzt in die Ausschreibungsphase gehen können“, erklärt Famulla. „Wenn wir einen günstigen Anbieter gefunden haben, werden wir im März oder April 2000 mit den Arbeiten beginnen.“

Ein schweres Erdbeben, bei dem auch die mazedonische Hauptstadt Skopje total zerstört wurde, hat 1963 die Wasserversorgung der 10.000-Einwohner-Stadt Stimlje zerstört. Seither beziehen die Bewohner ihr Wasser aus Brunnen, die in

unmittelbarer Nähe von Latrinen gebohrt wurden. Dadurch kam es in der Vergangenheit zu Thyphusausbrüchen. Das DRK wird nun im nächsten Frühjahr vier neue Brunnen bohren und das saubere Wasser in ein Reservoir auf einen Berg pumpen. Durch ein neues 15 Kilometer langes Leitungssystem wird das Wasser in Stimlje verteilt.

Eine ähnliche Anlage wird auch in Malisevo gebaut werden. In der Stadt (10.000 Einwohner) gab es noch nie eine Wasserversorgung über Rohrleitungen. Die Gesundheitsgefahren sind durch die in der Stadt selbstgebohrten Brunnen sehr groß.

### DRK-Zwischenbilanz zur Kosovo-Hilfe

Anlässlich einer Pressekonferenz, die im November in Bonn stattfand, sprach DRK-Präsident Professor Knut Ipsen davon, dass die Balkanhilfe der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung für die Opfer des Kosovo-Krieges die größte Hilfsoperation seit Ende des Zweiten Weltkrieges gewesen sei.

Allein dem DRK seien bisher 75,6 Millionen Mark für die Kosovohilfe gespendet worden. Dazu kamen 22 Millionen Mark an Zuwendungen der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie der Europäischen Gemeinschaft.

Für Projekte der Soforthilfe und der Rehabilitation wurden 45,3 Millionen Mark verwendet und Hilfsgüter im Wert von 13 Millionen Mark in der Region verteilt. Mit acht Millionen Mark wurde Albanien geholfen und mit neun Millionen Mark Projekte in Serbien und Montenegro gefördert. 10,6 Millionen Mark gab das DRK im Kosovo aus und drei Millionen in Mazedonien.

Insgesamt wurden 88,9 Millionen Mark durch das DRK in der sinnvollsten Art ausgegeben, nämlich um den Menschen des Kosovo in ihrer endlichen Not zu helfen.

# Advent, Advent - die Wohnung brennt

In der Weihnachtszeit sind besonders Kinder gefährdet

Von Paul Claes

So scherzhaft, wie es auf den ersten Blick scheint, ist die Überschrift tatsächlich nicht. Denn - allen Mahnungen und Hinweisen zum Trotz - steigt die Zahl der Wohnungs- und Zimmerbrände in der Weihnachtszeit stets an. So weist die Statistik eine Zunahme derartiger Brände im Dezember um durchschnittlich 35 Prozent aus.

Der Grund für diese Häufung der Schadensfälle liegt auf der Hand: Weihnachtszeit ist Kerzenzeit. Es liegt nun mal in der menschlichen Natur begründet, daß der warme Glanz eines Kerzenfeuers die Gemüter so richtig auf die festliche Zeit einzustimmen vermag. Und so werden mit dem beginnenden Advent in den Wohnzimmern, am Arbeitsplatz, in Krankenhäusern, Alten- und Kinderheimen wieder die Kerzen auf Kränzen und Gestecken entzündet. Im Grunde ein schöner Brauch - wenn es dabei immer schadlos bliebe.

Doch auch die erwartungsvolle und festliche Stimmung darf nicht von den Brandgefahren ablenken, die gerade in der Weihnachtszeit entste-

hen können. Diese Gefahren lassen sich weitgehend ausschließen, wenn zehn wichtige Punkte beherzigt werden, wobei die den Weihnachtsbaum betreffenden Aussagen natürlich sinngemäß auch für Adventskranz und -gesteck gelten:

▣ Achten Sie beim Kauf des Baumes darauf, daß er nicht nadelt. Vor, während und besonders nach den Festtagen soll der Baum in einem Gefäß mit Wasser stehen.

▣ Sorgen Sie beim Aufstellen für Standfestigkeit des Baumes. Weihnachtsbäume gehören nicht in die Nähe von Fenstern und Türen.

▣ Achten Sie auf ausreichenden Sicherheitsabstand zu leicht brennbaren Materialien wie Vorhänge und Gardinen. Schon ein leichter Durchzug kann Gardinen in die Nähe der Kerzen wehen.

▣ Befestigen Sie Wachskerzen nur so, daß Zweige nicht Feuer fangen können. Prüfen Sie das Temperaturumfeld jeder Kerze mit der Hand.

▣ Verwenden Sie nur Kerzenhalter aus feuerfestem Material. Verzichten Sie auf leicht entflammbare Baumdekoration.

▣ Wunderkerzen sind bei unbekümmertem Umgang sehr brandgefährlich. Sie gehören weder in den Tannenbaum noch in die Hände von Kindern. Brennen Sie Wunderkerzen nicht über brennbaren Gegenständen ab.

▣ Zünden Sie Wachskerzen am Baum von oben nach unten an, löschen Sie sie in umgekehrter Reihenfolge.

▣ Lassen Sie brennende Kerzen niemals unbeaufsichtigt - schon gar nicht, wenn Kinder allein im Zimmer sind. Bewahren Sie Streichhölzer und Feuerzeuge an einem vor Kindern sicheren Ort auf.

▣ Nach Weihnachten sollte der ausgetrocknete Baum nicht mehr lange in der Wohnung stehen, sondern schnellstens entfernt werden.

▣ Für den Fall des Falles sollte schließlich stets ein Löschmittel griffbereit sein. Denn im Ernstfall kostet das Füllen eines Wassereimers kostbare Zeit.

Gerade in der Weihnachtszeit gilt es, das Augenmerk verstärkt auf den Brandschutz zu lenken. Damit aus der Weihnachtsfeier kein Weihnachtsfeuer wird.

Christbaumbrände haben eine besonders hohe Ausbreitungsgeschwindigkeit. Stichflammen, deren Charakter von brennenden Gasen bestimmt ist, schießen von Nadel zu Nadel und von Zweig zu Zweig - im Nu brennt der ganze Baum.

Im Inneren der Nadeln befinden sich zahlreiche Harznester und -kanäle, die von festem pflanzlichem Gewebe umschlossen sind. Wird nun das Harz erhitzt, so verwandelt es sich in Gas, das durch sein vielfach größeres Volumen das umgebende Gewebe explosionsartig zerreißt. Der Druck ist dabei so hoch, daß er Kerzen ausblasen kann. In der Art einer Kettenreaktion setzt sich der Brand detonationsähnlich fort.



**So nicht!  
Aus kindlichem Spiel  
mit dem Feuer  
wird schnell  
tödlicher Ernst.  
Kinder nie  
mit offenem Feuer  
alleine lassen.**

(Foto: Claes)

# Strukturen der präklinischen (Notfall-)Versorgung

Eine empirische Analyse zum Einsatzgeschehen

Von Sylvia Schäfer und Dr. Bernhard Koch, Institut für Rettungsdienst, Meckenheim

Die anhaltenden Forderungen nach mehr Wirtschaftlichkeit, Kostensenkung bzw. -begrenzung sowie nach einem adäquaten Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen erfordern u. a. – auch für den Rettungsdienst – eine solide empirische Datenbasis. Sie stellt eine notwendige Voraussetzung dar, um den Rettungsdienst langfristig optimieren zu können. Aktuelle empirische Struktur- und Einsatzdaten sind hierzu unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund führt das Institut für Rettungsdienst bereits seit langem Studien zu verschiedenen Aspekten der präklinischen (Notfall-)Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland durch. Setzt man die einzelnen Ergebnisse dieser Untersuchungen miteinander in Verbindung, so ergibt sich ein vielschichtiges Bild, das deutliche Unterschiede, Schwachstellen aber auch Optimierungspotentiale innerhalb des Gesamtsystems aufzeigt und wesentliche Handlungskonsequenzen nahelegt.

## Ausgangspunkt: Die notärztliche Versorgung

Ein zentraler Aspekt der präklinischen (Notfall-)Versorgung ist die schnelle qualifizierte Hilfe durch Notärzte. Dementsprechend führte das Institut für Rettungsdienst 1993 und 1996 empirische Erhebungen zur notärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Koch et al. 1997) durch. Ziel dieser Untersuchungen war es, anhand

einer umfassenden Bestands- und Strukturanalyse sowohl den jeweiligen Status quo als auch entsprechende Entwicklungstendenzen sowie mögliche Konsequenzen und Perspektiven darzustellen.

Aufgrund der Qualität und des Umfangs der Erhebungen konnten die Daten auf bundesweit repräsentative Werte hochgerechnet werden. Dabei ergaben sich u. a. folgende Ergebnisse die dringenden Handlungsbedarf anzeigen<sup>1</sup>:

*Das Notfalleinsatzaufkommen ist stark gestiegen*

Das Notfalleinsatzaufkommen in Deutschland stieg von 1992 bis 1995 in beachtlichem Ausmaß: Die Anzahl der Notfälle insgesamt (pro 1.000 Ein-

wohner und Jahr) nahm von 38 (1992) auf 46 (1995) zu. Unterscheidet man diese Einsätze in Einsätze mit und ohne Notarzt, so bedeutet dies einen Anstieg um fünf Einsätze ohne Notarzt und drei Notarzt-Einsätze pro 1.000 Einwohner und Jahr.

Aufgrund dieser Tatsachen stellt sich u. a. die Frage, welche potentiellen Ursachen diesen beobachteten signifikanten Verschiebungen in Richtung Notfall- bzw. Notarzteinsätze zugrunde liegen.

Eindeutige Antworten lassen sich derzeit nicht geben. Dennoch können folgende Überlegungen zur Diskussion gestellt werden:

- Bei der Meldungsannahme werden Einsätze vermehrt als Notfälle eingestuft, die bis-

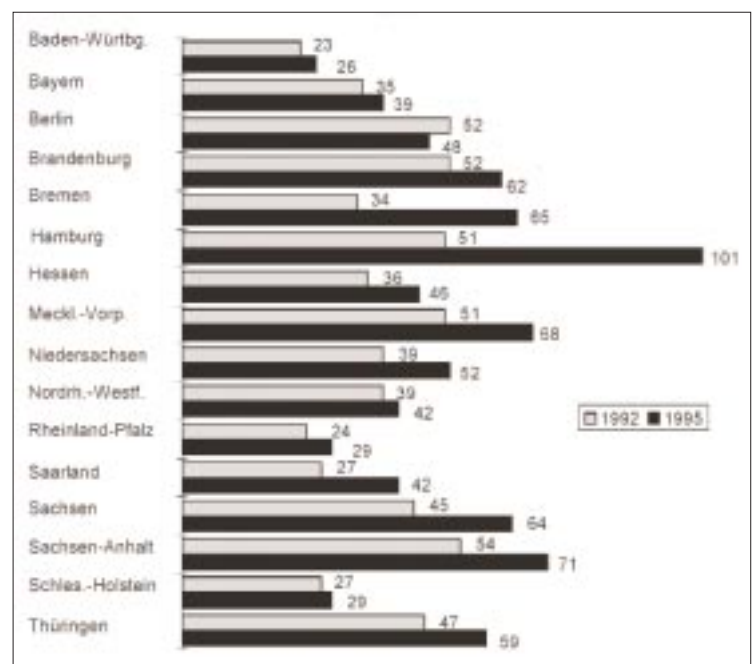


Abbildung 1: Anzahl der Notfälle insgesamt pro 1.000 Einwohner und Jahr (1992/95) (Koch et al. 1997).

<sup>1</sup>) Die Gesamtergebnisse liegen als Band 14 der Schriftenreihe zum Rettungswesen vor.



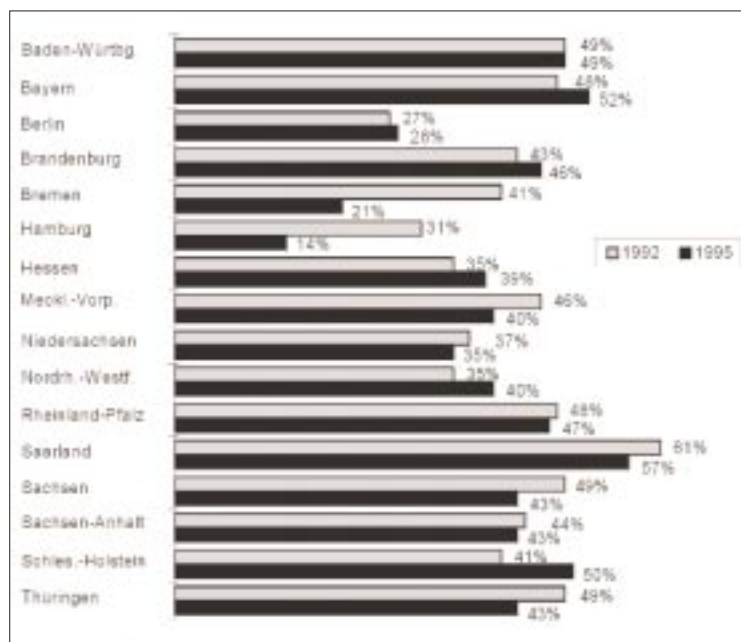


Abbildung 2: Notarzteinsatzquoten nach Bundesländern (1992/95) (Koch et al 1997).

her als Krankentransporte behandelt wurden.

- Ältere Menschen nehmen den Rettungsdienst vermehrt in Anspruch.

- Der Rettungsdienst wird zunehmend als Ersatz für den Hausarzt aktiviert, weil der Rettungsdienst schnell und immer verfügbar ist.

- Es besteht keine bzw. keine adäquate Verzahnung der Elemente des Gesundheitswesens - wie z. B. zwischen (Rettungs-)Leitstellen und Ärztlichen Bereitschaftsdiensten<sup>2</sup> -, um die Patienten indikationsgerecht versorgen zu können.

Darüber hinaus kann man wohl davon ausgehen, daß die Verschiebung des rettungsdienstlichen Einsatzgeschehens hin zu Notfall-/Notarzteinsätzen primär keine medizinischen sondern vielmehr strukturelle bzw. organisatorische Ursachen zu haben scheint.

Ähnliches gilt für das folgende Ergebnis, das sich ebenfalls in den Untersuchungen zur notärztlichen Versorgung zu Beginn der 90er Jahre zeigte:

<sup>2</sup>) Als „Ärztliche Bereitschaftsdienste“ sind hier - entsprechend der Begriffswahl des Workshops Leitstelle - Kassenärztliche/Vertragsärztliche Notfalldienste etc. bezeichnet.

*Die Notarzteinsatzquoten in den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich*

In den einzelnen Bundesländern differieren die Notarzteinsatzquoten zwischen 1992 und 1995 um bis zu 34 %. Im einzelnen lagen sie 1992 in den verschiedenen Bundesländern zwischen 27 % und 61 % und bewegten sich 1995 zwischen 14 % und 57 %.

Die dargestellten stark unterschiedlichen Notarzteinsatzquoten scheinen ebenfalls nicht medizinisch bedingt. Sie dürften vielmehr durch strukturelle Gegebenheiten verursacht werden. Hier ist an gesetzliche Rahmenbedingungen zu denken, aber insbesondere auch an

- unterschiedliche Dispositionsvorgaben in den Leitstellen (strukturierte Abfragen, Algorithmen etc.),
- unterschiedliche Qualifikationen des Leitstellenpersonals sowie
- unterschiedliche - z. T. vollkommen fehlende - Verzahnungen der verschiedenen Hilfeleistungssysteme wie z. B. Rettungsdienst und Ärztliche Bereitschaftsdienste.

Die tatsächlichen Ursachen dieser Entwicklung sind jedoch bisher noch unbekannt.

Dennoch läßt sich aus den dargestellten Ergebnissen u. a. die Schlußfolgerung ziehen, daß die Leitstelle einen wesentlichen Ansatzpunkt zur Optimierung der notärztlichen Versorgung und damit des Gesamtsystems der medizinischen Notfallversorgung darstellt und damit von zentraler Relevanz ist: Denn letztlich entscheidet der Disponent in der Leitstelle, ob ein rettungsdienstliches bzw. welches Hilfsmittel (NAW, NEF, RTW, RTH, KTW, etc.) eingesetzt wird.

Diese Dispositionsentscheidung wird derzeit im Hinblick auf den Einsatz von Notärzten in Deutschland offensichtlich sehr unterschiedlich getroffen. Dieser Sachverhalt kann - betrachtet man die Bundesrepublik insgesamt - nicht als optimal bezeichnet werden. Vielmehr besteht hier - nicht zuletzt aufgrund der mit Notarzteinsätzen verbundenen Kosten - dringender Handlungsbedarf.

### **Forderung: Die Leitstelle als zentrales Hilfeleistungszentrum**

Im Hinblick auf die qualifizierte, effektive und effiziente Verzahnung der einzelnen Systeme des Gesundheitswesens zur Optimierung des Gesamtsystems ist die Leitstelle von zentraler Bedeutung (vgl. Deutsches Rotes Kreuz 1997). Sie stellt die entscheidende Schnittstelle zwischen Hilfesuchendem und dem bestehenden System professioneller Hilfeleistung dar. Insofern ist es als ein Mangel zu betrachten, daß bislang keine (bundes-)einheitlichen Rahmenempfehlungen zu ihrer Aufgabenstellung, Organisation, Infrastruktur, Ausstattung, personeller Qualifikation etc. vorliegen.

Vor diesem Hintergrund implementierte das Institut für Rettungsdienst den - von der Stiftung Binz geförderten - interdisziplinären, mit Experten aller für die Leitstelle relevan-

ten Bereiche und Institutionen besetzten *Workshop „Leitstelle“*, der 1996 in Maria Laach zum ersten Mal tagte. Die Ergebnisse dieses Workshops zeichnen das Profil einer (idealen) Leitstelle im Sinne eines bürgerfreundlichen allgemeinen Hilfeleistungszentrums, das bestimmte originäre Aufgaben erfüllen muß. Daneben kann die Leitstelle jedoch weitere Aufgaben erfüllen (vgl. Workshop Maria Laach 1997 und 1998).

Wesentliches Unterscheidungsmerkmal der einzelnen Aufgabenbereiche ist dabei die Zeitkritik, d. h. je zeitkritischer eine Dienstleistung ist, desto stärker gehört sie zu den Hauptaufgaben einer Leitstelle.

Im einzelnen sollte demnach eine Leitstelle u. a. folgende wesentliche Profilmerkmale aufweisen (vgl. Workshop Maria Laach 1998):

- In einer Region gibt es nur eine Leitstelle für alle dringlichen Hilfeersuchen (ohne Polizei).

- Die originären Dienstleistungen einer Leitstelle sind:

- Rettungsdienst
- Feuerwehr
- Ärztliche Bereitschaftsdienste
- Katastrophenschutz
- Verlegungstransporte
- Kapazitätennachweis im Notfallbereich
- Nachweis fachlich erforderlicher Dienste für die Gefahrenabwehr.

- Die Ausbildung der Leitstellendisponenten muß standardisiert sein.

- Neben einer qualifizierten Ausbildung muß das Abfrageverhalten der Disponenten durch gezielte Rückmeldung in Verbindung mit qualifizierten, kontinuierlichen Fortbildungsmaßnahmen stetig unterstützt und verbessert werden.

- Im Rahmen des Qualitätsmanagements sollte die Dispositionsentscheidung im Nachhinein verifiziert werden.

- Die Notrufabfrage sollte durch strukturierte Abfragen erfolgen.

Die genannten Profilmerkmale sind bisher nicht flächendeckend realisiert. Vielmehr unterscheidet sich die Struktur der Leitstellen in den Bundesländern bisher z. T. erheblich.

### **Konsequenz: Empirische Analyse des Einsatzgeschehens zur präklinischen (Notfall-)Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland**

Die 1993 und 1996 vom Institut für Rettungsdienst durchgeführten Untersuchungen zur notärztlichen Versorgung stellen den Beginn einer Zeitreihenanalyse dar. Um auch weiterhin ein empirisch fundiertes Bild über bundesweite Entwicklungen sowie den aktuellen Sachstand der notärztlichen Versorgung zu haben, führt das Institut für Rettungsdienst derzeit diese Studie fort<sup>3</sup>. Zu diesem Zweck wurden wiederum alle bundesdeutschen Leitstellen um die Beantwortung eines standardisierten Fragebogens gebeten.

Aufgrund der zuvor dargestellten Ergebnisse und Überlegungen erschien es jedoch sinnvoll - neben den bisherigen Fragen, die aus Gründen der Vergleichbarkeit unverändert beibehalten wurden - den Fragebogen um einige Fragen zur organisatorischen Struktur der Leitstellen zu ergänzen. So werden beispielsweise neben den Strukturen und Kapazitäten der notärztlichen Versorgung - entsprechend den Ergebnissen des Workshops „Leitstelle“ - auch sonstige Leistungen der Leitstellen wie die Disposition/Vermittlung von Krankentransporten, der Ärztlichen Bereitschaftsdienste etc. erhoben. Auf diese Weise soll eine Analyse wesentlicher Aspekte des Tätigkeitsprofils von Leitstellen ermöglicht und u. a. folgende Fragen beantwortet werden:

- Welche Dienstleistungen - über den Rettungsdienst hin-

aus - werden von Leitstellen erbracht?

- Welches Ausmaß haben diese Dienstleistungen?

- Wie weit sind die Forderungen der Rahmenkonzeption zur Strukturreform im Rettungsdienst (vgl. Deutsches Rotes Kreuz 1997) umgesetzt worden?

Darüber hinaus werden durch die jüngste Erhebung die Eckdaten der notärztlichen Versorgung aktualisiert und aufgezeigte Entwicklungstendenzen ergänzt. Somit erhält man u. a. aktuelle Antworten auf die Fragen:

- Wie groß sind Einwohnerzahl und Fläche in den Zuständigkeitsbereichen der Leitstellen? Haben sich diese seit 1995 verändert?

- Wie groß ist das Notfalleinsatzaufkommen (mit und ohne Notarzt)? Ist es weiter gestiegen?

- Wie ist die Struktur der Notarztstandorte? Ist diese weiterhin relativ unverändert geblieben?

Ziel der sich noch in der Durchführung befindlichen Studie ist es, einen weiteren Beitrag zur Effektivierung und Effizienzsteigerung eines bewährten Systems zur präklinischen (Notfall-)Versorgung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

#### **Literatur:**

Deutsches Rotes Kreuz: Strukturreform im Rettungsdienst - Gesamtkonzeption, Vorschläge und Forderungen des Deutschen Roten Kreuzes. In: Ständige Konferenz für den Rettungsdienst (Hrsg.): Der Rettungsdienst auf dem Prüfstand II. Nottuln 1997, S. 27-66

Koch, B.; Kuschinsky, B.; Puhon, T.; Winkels, S.: Die notärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Bestands- und Strukturanalyse. Schriftenreihe zum Rettungswesen Bd. 14, Nottuln 1997

Workshop Maria Laach: Leitstelle - Diskussionen, Ergebnisse und Schlußfolgerungen des interdisziplinären Workshops vom 24./25. September 1996 in Maria Laach. Schriftenreihe zum Rettungswesen Bd. 15, Nottuln 1997

Workshop Maria Laach: Leitstelle II. Ergebnisse und Empfehlungen eines interdisziplinären Workshops. Schriftenreihe zum Rettungswesen Bd. 19, Nottuln 1998

<sup>3</sup>) Unterstützung durch den Deutschen Städtetag sowie verschiedene zuständige Landesministerien.

# Optimale Schulung als Ziel

Landesfeuerweherschule Hamburg um neues Trainingszentrum erweitert

Von Paul Claes

Bredowstraße 4. In Hamburger Feuerwehrräumen ist diese Anschrift ein Begriff. Denn hier, im Stadtteil Billbrook, ist die Landesfeuerweherschule der Hansestadt beheimatet. Die aus einem großzügigen Hörsaalzentrum bestehende Ausbildungsstätte wurde 1987 nach drei Jahren Bauzeit ihrer Bestimmung übergeben.

Seither hat ein Großteil der über 5.000 Angehörigen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lehrgänge an der Schule besucht. Auch von den Hamburger Werk- und Betriebsfeuerwehren wird diese Ausbildungsstätte rege angenommen. Ein Blick in die Statistik weist eine kontinuierliche Steigerung der Teilnehmerzahlen der Schule aus, so beispielsweise von 4.604 im Jahre 1995 auf 6.365 in 1998.

### Planung seit 1995

Um neben der theoretischen Ausbildung auch eine praktische Komponente anbieten zu können, begannen 1995 die Planungen zum Bau eines Trainingszentrums. Bereits im November 1997 konnte der erste Spatenstich für den neuen Bauabschnitt erfolgen. Und knapp zwei Jahre später, am 25. September 1999, präsentierte der Feuerwehrchef Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf und Schulleiter Günter Julga der Hamburger Öffentlichkeit das neue Trainingszentrum.

Es kann sich sehen lassen. Das großzügig dimensionierte Zentrum mit seiner Vielfalt an Übungsmöglichkeiten sucht weithin seinesgleichen. Bei einem ersten Rundgang am Tag der Offenen Tür konnten die

Besucher bereits erkennen, dass die dort ausgebildeten Feuerwehrleute eine optimale Schulung erfahren. Mehrere Gebäude und Container, eine Reihe von Übungsflächen sowie verschiedene Anlagen - insgesamt 13 Übungsobjekte - bieten die Möglichkeit, alle erdenklichen Arten von Feuerwehreinsätzen übungsmäßig zu behandeln.

### Ein eindrucksvoller Rundgang

Begleiten wir den Besucher bei seinem Gang durch das neue Zentrum:

#### 1. Übungshalle

Mit unübersehbaren 18 Metern Höhe, acht Treppenanlagen, die durch Gitterroststege miteinander verbunden sind,

und zwei großen Hörsälen bietet die Halle mehreren üben Gruppen gleichzeitig Raum. Ein Sanitärtrakt mit Umkleieräumen, Duschen und WC ist ebenfalls hier zu finden.

Die weiträumige Halle eignet sich für Brandstellenübungen unter Vornahme von Strahlrohren und tragbaren Leitern. Daneben sind Lagedarstellungen unterschiedlichster Art aus den Bereichen Rettungsdienst und technischer Hilfeleistung sowie das Anleiten mit Drehleitern im Außenbereich möglich.

#### 2. Vielfachübungsobjekt

Mit seinen drei charakteristischen Dachformen (Pult-, Flach- und Satteldach) und unterschiedlichen Räumlichkeiten - von einer Spedition

Die Übungshalle, das „Wahrzeichen“ des Zentrums, bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten für die praktische Ausbildung.



In dem vor der Übungshalle liegenden Vielfachübungsobjekt kann in unterschiedlichen Räumlichkeiten geübt werden.





# Aus- und Weiterbildung

über Wohnungen bis hin zur Gaststätte - ermöglicht auch dieses Objekt gleichzeitig mehreren Gruppen voneinander unabhängige oder auch kombinierte Übungen. Eine Nachrüstung mit Gasbrennern zum Üben unter realistischen Brandbedingungen ist vorgesehen.

Hier können beispielsweise Brände von Wohnungen, Dachstühlen, Kellern, Schornsteinen oder auch Teerkesseln geübt werden. Das Üben von Einsätzen unter Einwirkung von gefährlichen Stoffen sowie zur Rettung eingeschlossener Personen, alle Arten von Rettungsdienstlagen sowie Gewöhnungsübungen unter Atemschutz gehören zu den weiteren Möglichkeiten, die das Objekt bietet.

### 3. Brandgewöhnungsanlage

In der in einem Container untergebrachten Anlage werden Löschangriffe unter realistischen Bedingungen geübt. Die Beheizung erfolgt umweltfreundlich über Gasbrenner. Die steuerbaren Brenner sorgen dafür, dass auch bei unterschiedlichen Außentemperaturen stets unter gleichen Bedingungen geübt werden kann. Auf eine Steuerung durch Computer wurde bewusst verzichtet, das Konzept setzt stattdessen auf das erfahrene Ausbildungspersonal.

Beim Durchgang trifft der Übende mehrere Brandszenarien an, die unterschiedliche Reaktionen verlangen, z. B. einen Deckenbrand, den Brand einer Gasflaschenbatterie oder einer Treppe.

### 4. Flash-over-Container

Was ist ein Flash-over? Wie kündigt er sich an? Wie sieht er aus? Und was muss ich bei einem Flash-over tun? Solche Fragen werden in dieser Übungsanlage durch praktische und im wahrsten Sinne des Wortes heiße Demonstrationen beantwortet.

Auf der Übungsfläche wird beim Tag der Offenen Tür ein Einsatz bei einem Massenunfall dargestellt.



Unter Leitung eines Moderators wird das Szenario eines Flash-overs, des gefürchteten Flammenüberschlags, durchlebt. Außerdem wird hierbei die Brandbekämpfung praxisnah durchgeführt.

### 5. Übungsfläche

Auf einer Fläche von 80 x 80 Metern kann hier eine Vielzahl von Übungen in den Bereichen Rettungsdienst, Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung - vom Massenunfall auf der Autobahn bis zum Flugunfall auf der Landebahn - durchgeführt werden.

### 6. Schaum-Übungsfläche

Schaum darf bei Übungen weder ins Erdreich noch in die Kanalisation gelangen. Daher ist die Übungsfläche versiegelt und wannenartig ausgebildet. So kann das abfließende Schaummittel-Wasser-Gemisch in Fässern aufgefangen und speziell entsorgt werden. Es kann an unterschiedlichen, brennbaren Objekten geübt werden. Auf der Fläche sind ein Raffinerie-Anlagenteil, eine Flaschenbatterie, eine Rohr-

brücke und ein Tank installiert.

Möglich ist hier das Üben mit Schaummitteln und Kleinlöschgeräten und des Schaumeinsatzes beim Aufrichten von Fahrzeugen. Der Einsatz an den Anlageteilen - sowohl im Rettungsdienst als auch im Brandschutz und in der technischen Hilfeleistung - sowie beim Auslaufen von Flüssigkeiten jeglicher Art werden hier ebenfalls geübt.

### 7. Pulverlöscher-Übungsfläche

Am Rande der Schaumübungsfläche steht ein dreiseitig geschlossener Bereich mit Überdachung zur Verfügung. Hier kann umweltverträglich mit Pulverlöschern geübt werden.

### 8. Hydrantenanlage

An mehreren Überflur- und Unterflurhydranten kann die Wasserentnahme erfolgen. Die Hydranten werden aus einer Zisterne gespeist. Durch den Einsatz von Regenwasser wird so wertvolles Trinkwasser gespart.

Die Schaum-Übungsfläche verfügt über verschiedene Anlagenteile.



## 9. Röhrenanlage

In der Röhrenanlage mit unterschiedlichen Schächten und Einstiegen können die Lehrgangsteilnehmer auf die Personrettung aus Tiefen vorbereitet werden. In engsten Raumverhältnissen werden durch wiederholtes Training Ängste abgebaut und spezielle Techniken geübt.

Die Anlage bietet Übungsmöglichkeiten zum Retten von Personen aus schwierigen Lagen, zur Gewöhnung an Atemschutzgeräte, zum Retten und Selbstretten und zum Üben mit Steckleitern.

## 10. Bahnstrecke

Die schuleigene zweispurige Gleisanlage mit Bahnsteigbereich und niveaugleichem Bahnübergang wird durch einen kompletten U-Bahn-Zug und eine Rangierlok sowie Reisezug-, Güter- und Kesselwagen ergänzt. Die Anlage ermöglicht die übungsmäßige Verwirklichung von Lagen, die mit Bahnverkehr im Zusammenhang stehen.

Einsätze zur Rettung eingeklemmter Personen, Unfälle an Bahnübergängen und verschiedene technische Einsätze im Bereich von Bahnanlagen lassen sich hier darstellen. Auch das Erden von Stromschienen

Zum Tag der Offenen Tür präsentiert die Feuerwehr Hamburg eine Reihe von Abrollbehältern und Sonderfahrzeugen.

(Fotos: Claes)



und Oberleitungen kann geschult werden.

## 11. Gasunfall-Übungsanlage

Auf dem Gelände haben die Hamburger Gaswerke eine Übungsanlage installiert, an der das richtige Verhalten bei Beschädigung einer Hochdruck-Gasleitung trainiert werden kann.

## 12. Kran

Am Rand des Geländes ist ein 63 Meter hoher Baukran aufgestellt, an dem Höhenretter ausgebildet werden. Vorwiegend steht hier das Retten von Personen aus großen Höhen auf dem Übungsplan.

## 13. Slip-Anlage

Für eine Hafenstadt wie Hamburg besonders wichtig:

Nicht nur an Land kann geübt werden. Denn eine Slip-Anlage am neben dem Trainingszentrum verlaufenden Kanal ermöglicht diverse Übungen mit Feuerlöschpumpen und das Üben von Lagen im Zusammenhang mit Gewässern.

Die Anlage bietet verschiedene Übungsmöglichkeiten: Wasserentnahme aus offenem Gewässer mit verschiedenen Pumpen, Rettung von Personen aus Wassergefahr und aus sinkenden Fahrzeugen, Ausbringen von Ölsperren, Übungen mit Schlauchbooten, Einsätze und Einsätze im Uferbereich.

## Vielfältige Möglichkeiten

Soweit der Überblick über das neue Trainingszentrum. Die aufgeführten Übungsmöglichkeiten lassen sich sicher noch erweitern. Denn schließlich gilt für den Übungsbetrieb, was auch im täglichen Einsatzgeschehen Geltung hat: Kein Einsatz gleicht dem anderen!

Die Hamburger Feuerwehren können mit Recht stolz auf ihr neues Trainingszentrum sein. Die mustergültige Anlage läßt keine Wünsche offen und gewährleistet eine Aus- und Weiterbildung auf hohem Niveau.

Mit der Investition von 14,7 Millionen Mark hat der Senat der Hansestadt eine Investition in die Sicherheit der Bürger getätigt, die auch in Zukunft Früchte tragen wird. 14,7 Millionen Mark, die wahrlich gut angelegt sind.

Wie im richtigen Leben: Bahnsteig mit U-Bahn und Rangierlok, im Hintergrund der Kran der Höhenretter.



# 96 Stufen unter der Erde

Tunnelrettungsübung „Brandenburger Tor 1999“

Von Dieter Franke

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart und der benachbarte Landkreis Ludwigsburg haben in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 1999 eine gemeinsame Katastrophenschutzübung durchgeführt. Ziel war die Erprobung des Alarm- und Einsatzplanes „Zugunglück: Tunnel Langes Feld“.

Circa 120 Beobachter und Medienvertreter wurden gegen 23.00 Uhr von Dr. Haas für den Landkreis Ludwigsburg, Dr. Knödler als Leiter der Berufsfeuerwehr Stuttgart und Büroleiter Gründer für den Oberbürgermeister von Stuttgart in Kornwestheim begrüßt.

Brandrat Dr. Thimm gab eine Einweisung in den gedachten Verlauf der Übung. Bei dem Tunnel handelt es sich um ein etwa vier Kilometer langes Bauwerk mit einem mehrgleisigen Tunnelmund im Westen. Unter Tage werden die Strecken verzweigt und getrennt, so dass im Osten drei Mündungen vorhanden sind. In den Nachtstunden ab etwa 23.20 Uhr bis kurz nach 05.00 Uhr ruht der Bahnbetrieb auf diesem Abschnitt. Damit war die maximale Übungszeit vorgegeben.

Um 23.40 Uhr sollte die Unfallmeldung einlaufen, derzufolge der Intercity „Brandenburger Tor“ mit 200 km/h kurz vor der Streckentrennung im Tunnel entgleist, die Zugfolge auseinandergerissen und teilweise im Tunnel verkeilt sei. Ein Durchkommen war auch zu Fuß ausgeschlossen.

### Einsatzplan erprobt

Gemäß Alarm- und Einsatzplan sind in diesem Fall umfangreiche Alarmierungen vor-

zunehmen, die auf zwei getrennte Einsatzabschnitte unter einer zusammenfassenden Technischen Einsatzleitung abzielen. Aus dem Landkreis Ludwigsburg eilen 21 Freiwillige Feuerwehren zu Sammelplätzen, aus Stuttgart sind neben der Berufsfeuerwehr (BF) weitere 17 Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr eingebunden, die zudem teilweise die Wachen in der Landeshauptstadt besetzen.

Neben dem Rettungsdienst aus dem näheren und weiteren

Umfeld kommen die vier Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rote Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) mit ihrem ehrenamtlichen Potential in den Bereichen sanitätsdienstliche Versorgung, Betreuung und Verpflegung zum Einsatz.

Eine Anforderung geht an das Technische Hilfswerk (THW) mit den beiden Ortsverbänden Ludwigsburg und Stuttgart. Schließlich stellt die

Führungsorganisation mit Technischer Einsatzleitung ...



... Einsatzabschnittsleitung Ost ...



... und Einsatzleitung Notausstieg 2.





Werkfeuerwehr der Daimler-Chrysler AG einen Hochleistungsblüfner. Die Deutsche Bahn AG (DB AG) alarmiert ihrerseits die Tunnelrettungszüge aus Mannheim und Stuttgart (Kornwestheim) sowie natürlich den zuständigen Notfallmanager. Nicht vergessen werden dürfen die beiden betroffenen Polizeidirektionen, der Bundesgrenzschutz (BGS), die Notfalleseelsorge und eine Rettungshundestaffel.

Insgesamt eilen bei diesem Alarmierungsstichwort rund 1.400 Hilfskräfte zum Tunnel bzw. zu den vorgesehenen Plätzen für die Einsatzabschnittsleitungen, die Technische Einsatzleitung (TEL) sowie den Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE). In der Nacht zum 31. Oktober kamen noch etwa 450 bis 500 Angehörige von Hilfsorganisationen hinzu, die als Zugpassagiere zu retten waren oder als Schiedsrichter die Übungseinlagen steuerten und kritisch beobachteten.

Der gedachte Verlauf sah vor, dass die Rettungskräfte maximal 45 Minuten von der Alarmierung bis zum Beginn der Menschenrettung benötigen. Voraussetzung dafür ist insbesondere die Freigabe des Tunnels durch die DB AG. Sie ist für die Sicherheit der Einsatzkräfte zuständig. Die Streckenabschnitte sind für weitere Züge zu sperren, der Fahrstrom muss abgeschaltet, die Leitungen müssen geerdet sein.

Durch bahnhinterne Gründe gab es sowohl bei der Alarmierung als auch bei der Sicherung Verzögerungen, die im Ernstfall für die Einsatzkräfte zu einer harten Belastung geführt hätten. Am Tunnelportal oder an den Notausstiegen auf die Freigabe warten zu müssen mit dem Wissen, dass nur wenige Meter weiter Menschen dringend auf Hilfe hoffen, ist nur schwer zu akzeptieren.

Bahnunfälle wie zum Beispiel der in Northeim vor einigen Jahren haben dies gezeigt. Dann wird unter Umständen der Einsatz auch ohne eine

**Der Tunnelrettungszug rückt zur Einsatzstelle vor. Zur Orientierung auch in verrauchter Atmosphäre ist die Lok an der Stirnseite mit Infrarotkameras ausgerüstet.**

(Fotos: Franke)



Freigabe gestartet, mit allen Risiken für die Helfer. Bei dieser Tunnelübung wurde der Druck auf die Hilfskräfte allerdings dadurch gemindert, dass die Zugpassagiere, die sich drehbuchgemäß noch selbst retten konnten, bis zur „Go“-Meldung der Bahn von den Schiedsrichtern zurückgehalten wurden.

## Zwei Tunnelrettungszüge

Die Tunnelrettungszüge der DB AG bestehen aus zwei getrennt zum Einsatz kommenden Komponenten. Ein Teil fährt in den Tunnel ein, wobei er von Feuerwehrkräfte und Sanitätern begleitet wird. Die hermetisch abzuschotteten Waggons sind mit technischem Equipment wie etwa Notstromaggregaten, Beleuchtungssätzen oder Rettungsscheren ausgestattet. Des Weiteren führt ein Waggon Material für die Erstversorgung Verletzter in größerem Umfang mit. Da im Inneren des Zuges Überdruck herrscht, ist es ohne Gefahr möglich, die Türen zu öffnen, um Hilfskräfte aussteigen zu lassen und Verletzte zu übernehmen.

Das zweite Zugsegment pendelt zwischen dem mittlerweile vor dem Portal eingerichteten Versorgungsplatz und dem im Tunnel stationierten Teil. Seine Aufgabe ist es, die geretteten Personen zu übernehmen und aus dem Tunnel zu bringen. Um ausreichend Zeit zum Üben zu haben, wurde seitens der Bahn der Rettungszug aus Mannheim bereits im Vorfeld näher herangeführt.

Als problematisch stellte sich der notwendige Aufbau von Rampen dar. Sowohl im Tunnel als auch an den außerhalb liegenden Versorgungsplätzen musste der Höhenunterschied zum Gleiskörper bzw. zu den Einstiegen des Rettungszuges überbrückt werden. Dazu werden im Zug Elemente mitgeführt, die zu Rampen zusammengesteckt werden müssen. Doch auch mit diesen ist das Ein- und Ausladen von Verletzten eine harte Arbeit für die Hilfskräfte.

Gegen 00.50 Uhr strömten die ersten Personen auf die Notausstiege des Tunnels zu. Drei Rettungswege sind in der vier Kilometer langen Röhre ausgeschildert, die über Treppen an die Oberfläche führen. Notausstieg 3, das heißt für die unter Schock stehenden, teils verletzten Passagiere, über 96 Stufen, verteilt auf neun Treppen und acht Podeste, nach oben zu klettern. Zu diesem Zeitpunkt waren schon diverse Hilfskräfte vor Ort, es konnte also sowohl bei der Bewältigung der Treppen geholfen werden als auch anschließend eine erste Versorgung und Betreuung erfolgen.

Zum Glück herrschte trotz der späten Jahreszeit noch eine angenehme Temperatur, die die Einleitung der Maßnahmen und die Registrierung unter freiem Himmel erlaubte. Ansonsten wären sicherlich Busse als mobile, wind- und wettergeschützte Unterbringung angezeigt.

Schließlich begann am Einsatzabschnitt Ost gegen 02.00 Uhr der Pendelteil des Ret-

tungszuges mit dem Herausholen der Verletzten. Würde man einen Brand in der Folge des Unfalls unterstellen, so wäre die Zeitspanne bis zum Einsatz des Rettungszuges sicherlich zu groß – unabhängig von der Frage, ob in dem Fall überhaupt in der Röhre gearbeitet werden könnte. Für einen Unfall ohne Brand erscheint die Überlegung angebracht, ob nicht weitere Möglichkeiten bestehen, Verletzte schneller einer definitiven Versorgung zuzuführen.

Die Übungsannahme, nach der mehr als zwei Drittel der Passagiere sich selbst aus dem Tunnel retten konnten, stellt für die angenommenen Geschwindigkeit beim Unfall und die Anzahl der in der Röhre verkehrten Wagen eine für die Hilfskräfte positive Relation dar. Zur weiteren Versorgung wurden die Passagiere schließlich den verschiedenen Krankenhäusern zugeführt, was in diesem Fall nur simuliert wurde, bzw. zu einer in Kornwestheim eingerichteten Betreuungsstelle gebracht.

Die registrierten Daten werden auf kurzem Wege zum Kreisaukunftsbüro übermittelt, das seitens des DRK aufgebaut wird. Hier beherrschen nicht mehr Karteikarten, Bleistift und Radiergummi das Bild, vielmehr stehen Computer mit speziellen Programmen auf den Tischen, die eine schnelle Verarbeitung, Sortierung und Weitergabe der Daten erlauben. Ebenso ist die Suche nach Teilkriterien möglich und damit die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges größer.

## **Führung von SAE bis EA**

Die Führungsorganisation bestand an der Spitze aus dem Stab Außergewöhnliche Ereignisse (SAE), der bei der Feuerwache 3 der BF Stuttgart aktiviert worden war. Ihm oblag insbesondere die politisch-administrative Abarbeitung des Schadensereignisses.

Die Technische Einsatzleitung hatte sich auf dem Gelän-

de der DB-Cargo, dem Container-Umschlagplatz Kornwestheim, in einem Verwaltungsgebäude eingerichtet. Alle beteiligten Organisationen einschließlich Polizei, BGS und DB AG wirkten hier zusammen. Unterstützt wurde diese Führungsmannschaft durch eine angemessene Fernmeldekomponekte. Die notwendigen Kontakte zu den Einsatzabschnitten, den Leitstellen, zur Verwaltung oder zu sonstigen Einrichtungen waren verfügbar. Die Räumlichkeiten waren gut ausgestattet, die Lage auf dem Betriebsgelände gewährte Schutz gegen Unbefugte. Es ist zu wünschen, dass die DB AG auch bei anderen Schadensereignissen, die den Einsatz einer TEL erforderlich machen, dieses Gebäude zur Verfügung stellen kann.

Die beiden Einsatzabschnittsleitungen West und Ost, die sich in der Nähe der jeweiligen Tunnelöffnung installiert hatten, waren ebenfalls organisationsübergreifend besetzt und fernmeldemäßig gut bestückt. Auf allen Führungsebenen wurde erfolgreich mit dem bekannten Vierfach-Vordruck zur Nachrichtenverarbeitung operiert, der mit seinem vorgegebenen Verteilungsverfahren eine schnelle Einbindung der betroffenen Leitungsmitglieder und eine sichere Dokumentation gewährleistet.

Der Übung wurde seitens der Medien ein großes Interesse entgegengebracht. Die Planer hatten dies berücksichtigt und für eine entsprechende Anzahl von Betreuern sowie Transportfahrzeugen gesorgt. Erfahrungsgemäß wirkt sich ein solches Engagement meist positiv auf den Tenor der Berichterstattung aus.

Für den Realfall lieferte Eschede auch zu dem Thema Medienarbeit einen Anhalt. Aus rund drei Stunden Katastrophenalarm ergaben sich dort gut 14 Tage Medienbetreuung, und zwar mit zeitweise bis über 20 Personen gleichzeitig. So war nicht nur die unmittelbare Schadensstelle abzudecken, ein Pressezentrum,

die Einsatzleitung, die wesentlichen Krankenhäuser, selbst die Leichensammelstelle waren in die Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen.

Dies erfordert eine zentrale Leitung in professioneller Hand. Das Sachgebiet S 5 – Öffentlichkeitsarbeit – hat heute einen festen Platz in der Führungsorganisation. Ihm bzw. der dazugehörigen Crew sollte in Alarm- und Einsatzplänen einer der vorderen Abschnitte gewidmet werden. Um sie in Übungen zu trainieren, reichen allerdings die bekannten traditionellen Szenarien oftmals nicht aus.

## **Eine positive Bilanz**

Insgesamt ist allen Beteiligten an der Übung Lob zu zollen. Es gehört Mut dazu, ein Ereignis von solcher Dimension durchzudenken und rund 1.900 Personen in der Nacht damit zu beschäftigen. Eschede war kein Auslöser für diese Übung. Die Vorbereitungen hatten bereits begonnen, als am 03. Juni 1998 die Wirklichkeit die Planer überholte und ihnen mit harten Bildern das zeigte, was jederzeit Realität werden kann. So wurde die für den Herbst des letzten Jahres vorgesehene Übung nur um 12 Monate verschoben.

Der Aufwand hat sich sicherlich gelohnt, Erfahrungen werden in die Einsatzpläne einfließen. Nicht zu bezahlen ist dabei das gegenseitige Kennenlernen. Die Deutsche Bahn AG hat konstruktiv mitgewirkt und für die Hilfskräfte optimale Voraussetzungen geschaffen.

Im Tunnel vor diesem riesigen Zug zu stehen, zu spüren, wie hoch der Einstieg über der Erde ist, die Versorgung im rollenden Rettungszug durchzuführen, aber auch die Belastungen und Einsatzeinschränkungen durch die Abgaskonzentration im Tunnel zu registrieren, waren sicherlich nur einige Beispiele für den Unterschied zwischen Planung und Praxis.

# ABC-Ausbildung am Beispiel Witten

Integration der ABC-Standortausbildung in die Aus- und Fortbildung der Feuerwehr einer kreisangehörigen Gemeinde

Von Brandreferendar Dipl.-Chem. Dirk Schattka, Institut der Feuerwehr NRW, Münster und Brandoberinspektor Klaus Kordel, Berufsfeuerwehr Witten

Die allgemeine Verlagerung des Katastrophenschutzes auf die Bundesländer und in der ersten Ebene auf die Kommunen muß zu einer Anpassung der Ausbildungskonzepte auf Standortebene führen. Die weiterführende Ausbildung im ABC-Katastrophenschutz-Bereich wird zukünftig in das Lehrgangsangebot der Landesfeuerweherschulen (in NRW: Institut der Feuerwehr, Münster) eingeschlossen sein. Die „Grundausbildung ABC“ in Anlehnung an § 11 Abs. 1 Zivilschutz-Gesetz (ZSG) wird in den kommunalen Feuerwehren durchgeführt [1].

Diese „neuen“ Einflüsse erfordern die Änderung althergebrachter Ausbildungskonzepte der Feuerwehren. Mögliche Synergieeffekte ergeben sich naturgemäß mit den Bereichen Gefährliche Stoffe und Güter I (GSG I), Strahlenschutz I (Str I) und Teilen der Rettungsdienstausbildung. Ein Einfluß auf die erforderliche Fortbildung im Brandschutz, Technische Hilfeleistungsdienst, Umweltschutz und Rettungsdienst (nach RettG NW § 5) wird ebenfalls nicht ausbleiben.

Im folgenden soll die Anpassung des Ausbildungskonzeptes der Feuerwehr Witten als Beispiel für die Problemlösung im Bereich Integration ABC-Dienst (KatS) und Rettungsdienst gezeigt werden.

Die allgemeine Sensibilisierung und das gestiegene Umweltbewußtsein der Bevölkerung tragen dazu bei, dass besonders der Einsatz im Bereich Gefährliche Stoffe und Güter sowie Strahlenschutz mit großem allgemeinem Interesse

und allgemeiner Aufmerksamkeit verfolgt und kritisch hinterfragt wird [2].

Einsätze mit gefährlichen Stoffen und Gütern und Strahlenschutz-Einsätze sind allgemein selten (16 Einsätze 1997, 17 Einsätze 1998 der Feuerwehr Witten [3]) und beschränken sich in der Regel auf sogenannte „Ölunfälle“. Auch sind die Gefahrenklassen 3, 6.1 und 8 (nach GGVS) aus Erfahrung bei Einsätzen am häufigsten anzutreffen [4]. Trotzdem muß die Feuerwehr im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch auf umfangreichere Einsätze im GSG- und Strahlenschutzbereich eingestellt sein. Hier ergeben sich Schnittpunkte für die Integration der bei der Feuerwehr Witten stationierten Einheiten des ABC-Dienstes in das örtliche Gefahrenabwehrsystem.

Der Schwerpunkt der folgenden Ausführungen liegt auf dem Bereich Dekontamination von Personen und Gerät im Feuerwehreinsatz, an dem beispielhaft gezeigt werden soll, wie die Integration von KatS und Rettungsdienst im Bereich Ausbildung Feuerwehr erfolgen kann.

### ABC-Einheit der Freiwilligen Feuerwehr Witten („LE-ABC“)

Die Stadt Witten ist eine kreisangehörige Gemeinde im nördlichen Teil des Ennepe-Ruhr-Kreises mit 103.687 Einwohnern (Stand 01.04.99 [5]). Innerhalb des Kreises ist die Stadt Witten die einzige Gemeinde mit einer Berufsfeuerwehr. Durch den Kreis führen mehrere vielbefahrene Auto-

bahnen, für deren Bereich die Feuerwehr Witten (auch zur Unterstützung anderer Gemeinden des Kreises) Einsätze im Bereich GSG und Strahlenschutz übernimmt. Zusätzlich befinden sich im Bereich der Stadt Witten mehrere Anlagen der Deutschen Bahn AG, an welchen erhebliche Mengen gefährlicher Stoffe und Güter umgeschlagen und transportiert werden.

Das allgemeine GSG- und Strahlenschutzkonzept der Feuerwehr Witten wurde nach der Neuordnung des Zivilschutzes (ZSNeuOG) überarbeitet. Das gut entwickelte kommunale Konzept („Gefahrtzug“ durch Abrollbehälter-Ergänzung) wurde durch die Einheiten des ehemaligen erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes ergänzt.

Die Eingliederung der vorherigen Regie-Einheiten des ABC-Dienstes innerhalb der Stadt Witten fand in die Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr statt. In der ersten Stufe wurden Personal, Fahrzeuge und Gerät von einer bestehenden Löscheinheit übernommen. Die zweite Stufe soll die Bildung einer eigenständigen (spezialisierten) Löscheinheit ABC sein (ähnlich der Einheit „Umweltschutz - ABC-Dienst“ der FF Wuppertal).

Vom Bund steht ein Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug (DMF, Komponente Dekon-P) mit Entgiftungsanhänger (EA) und ein Erkundungskraftwagen (ErkKw, Komponente ABC-Erkundung) zur Verfügung. Die Fahrzeuge und Geräte sind im Originalzustand verblieben.



Von taktischem Einsatzwert im GSG- und/oder Strahlenschutzsinsatz der Feuerwehr ist momentan in erster Linie das DMF. Vom DMF ausgehend ist es möglich, einen zusätzlichen, separaten Dekon-Platz zu errichten, z. B. bei Dekontaminationsbedarf für mehr als fünf verletzte Personen zusätzlich zum Feuerwehr-Einsatzpersonal (entspricht Dekon IV nach der Richtlinie 10/04 der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes - vfdb - [6]). Eine Verstärkung der ersteintreffenden Kräfte der Berufsfeuerwehr durch „Fachleute“ der FF ist dringend erforderlich, da die Kapazität des Dekon-Platzes der BF begrenzt ist und Ablösung und Unterstützung für das eingesetzte Einsatz- und Reinigungspersonal vorgehalten werden muß.

Die Alarm- und Ausrückordnung (AAO) der Feuerwehr Witten sieht für den 1. Abmarsch die Einheiten der Berufsfeuerwehr vor (Einsatzphase 1, Tabelle 1). Die Löscheinheiten der Freiwilligen Feuerwehr stellen den 2. Abmarsch (Einsatzphase 2, Tabelle 1). Weitere Einheiten und die Alarmierung von dienstfreiem Berufsfeuerwehr-Personal über Funkmeldeempfänger sind vorgesehen (Einsatzphase 3, Tabelle 1).

Darüber hinaus ist im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (InKom) die Alarmierung von Einheiten der benachbarten Städte Bochum, Hattingen, Gelsenkirchen, Herne und Dortmund möglich.

Im Rahmen des ABC-Einsatzes (Zivilschutz) kommt eine gegenseitige Verstärkung durch ABC-Komponenten des Kreises in Betracht [7].

## Grundlagen der ABC-Ausbildung in der Feuerwehr

Die Ausbildung GSG und Strahlenschutz, Schwerpunkt Dekontamination, der Feuerwehr basiert in erster Linie auf den Feuerwehrdienstvorschriften (FwDV) 9/1, 9/2 und 14.

<i>Einsatzphase 1</i>	BF mit HLF16/12, AB-G, AB-AS, RTW, NEF
<i>Einsatzphase 2</i>	FF, z.B. mit HLF8(6, LF 16 und DMF Rettungsdienst mit 2 RTW
<i>Einsatzphase 3</i>	BF/FF mit ErkKw (GW-Mess), AB-TEL, AB-Mulde, nach Bedarf Rettungsdienst des Kreises, Einsatzmittel der BF Bochum, BF Herne, Fw Hattingen, BF Gelsenkirchen, BF Dortmund

Tabelle 1: Einsatzphasenmodell zur Visualisierung der Einsatzentwicklung.

Großen Einfluß haben außerdem die vfdb-Richtlinien 10/01, 10/02 und 10/04. Sie dienen den Feuerwehren als Vorschlag für eine einheitliche Begründungs- und Entscheidungshilfe im Einsatz. Die Zivilschutzbezogene Fachausbildung ABC-Dienst lehnt sich an § 11 Abs. 1 ZSG an.

Die FwDV 14 regelt in ihrem Geltungsbereich den Einsatz der Feuerwehr mit Gefährlichen Stoffen und Gütern (GSG). Sie beschreibt unter 5.3.3, „Abschließende Maßnahmen“:

*„Alle Personen sind vor Verlassen des Absperrbereiches an einer festzulegenden Sammelstelle auf Kontamination zu überprüfen. Je nach Art des gefährlichen Stoffes und der Lage ist vom Einsatz-/Abschnittsleiter zu entscheiden, ob der Absperrbereich mit der kontaminierten oder vorgereinigten Schutzausrüstung verlassen werden darf. Sofern die Kontamination bedenklich ist, muß die Schutzausrüstung unter Beachtung der Gefahr der Kontaminationsverschleppung abgelegt werden. Hierbei muß so lange Atemschutz getragen werden, bis keine Inkorporationsgefahr mehr besteht. Personen, die ohne oder trotz Schutzausrüstung Kontakt mit gefährlichen Stoffen hatten und möglicherweise gefährdet sind, müssen unverzüglich einer ärztlichen Versorgung zugeführt werden“ (im Strahlenschutzsinsatz ab einer Dosis von 0,03 Sv Ganzkörperbestrahlung) [8].*

Hieraus ergibt sich eindeutig die Pflicht der Feuerwehr

zur Verhinderung der Kontaminationsverschleppung, Dekontamination von Einsatzpersonal und Gerät und zur Dekontamination von (unverletzten und verletzten) Zivilpersonen.

Durch die FwDV 9/1 und 9/2 wird der Einsatz der Feuerwehr im Strahlenschutz in ihrem Geltungsbereich geregelt. Unter den Kapiteln 5.5 und 5.6 der FwDV 9/1 wird der Umgang und das Verhalten von und mit kontaminierten Einsatzkräften, Zivilpersonen und Geräten geregelt. Dabei gelten für die Dekontamination die gleichen Grundsätze wie in der FwDV 14 (s. o.) [9]. In der FwDV 9/2 ist unter 1.4, „Beendigung des Einsatzes“, festgelegt:

*„Nach Abschluß der Einsatzfähigkeit oder bei einer Ablösung gehen alle Einsatzkräfte, die sich innerhalb des Absperrbereiches aufgehalten haben, nur über den markierten Verbindungsweg zum Kontaminationsnachweisplatz. Zurückgenommenes Gerät wird vorher innerhalb des Absperrbereiches, in der Nähe der Absperrgrenze, abgelegt.“*

Für den Bereich der Dekontamination wird auf die oben genannten Kapitel der FwDV 9/1 verwiesen [9].

In der vfdb-Richtlinie 10/01 „Bewertung von Schadstoffkonzentrationen im Feuerwehreinsatz“<sup>1</sup> [10] wird u. a. der Einsatztoleranzwert (ETW) definiert und für bestimmte Substanzen festgelegt. Mit Hilfe des ETW<sup>2</sup> kann die jeweilige Gefahrenlage, z. B. auch für (unterstützendes) Dekontami-

nationspersonal („Reinigungshelfer“), abgeschätzt werden<sup>3</sup>. Die der jeweiligen Gefahrenlage entsprechende Schutzkleidung sollte mindestens der Tabelle 2 entsprechen. In der vfdB-Richtlinie 10/02 sind Richtlinien für den Einsatz der Feuerwehr in Anlagen mit biologischen Arbeitsstoffen festgehalten.

Die vfdB-Richtlinie 10/04 „Dekontamination bei Feuerwehreinsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern“ gibt die in Tabelle 3 definierten Dekon-Stufen vor.

Die verschiedenen Dekon-Stufen werden für den ABC-Einsatz in der Dekontaminationsmatrix zusammengefaßt.

Die Dekon-Stufe IV ist damit die Schnittstelle zum Einsatz von ABC-KatS Einheiten und für einen anzunehmenden Großeinsatz des Rettungsdienstes.

## Übersicht möglicher Einsatzphasen im ABC-Einsatz (Einsatzphasenmodell)

Zur Darstellung der Entwicklung eines Einsatzes unter Berücksichtigung der Einbindung von Kräften der BF, FF (Integration einer speziell ausgebildeten und ausgestatteten „Löscheinheit-ABC“) und des Rettungsdienstes wurde ein Einsatzphasenmodell (Tabelle 3) gewählt (modifiziert nach [11]).

Das Dekontaminationskonzept der Feuerwehr Witten ist

1) Die vfdB-Richtlinie 10/01 befindet sich noch in der Entwurfsphase.

2) Die pauschale Beurteilung der Gefahrenlage anhand von MAK- (Maximale Arbeitsplatzkonzentration) oder TRK- (Technische Richtkonzentration) Werten oder einem vielfachen von diesen Werten, ist nur in grober Näherung möglich, da die Basis die tägliche Exposition während eines gesamten Arbeitslebens (MAK) bzw. der jeweilige Stand der (Anlagen-)Technik (TRK) ist. Leider orientiert sich die Meßtechnik (z. B. Prüfröhrchen) immer noch an diesen Größen. Ein Fortschritt in dieser Richtung bleibt abzuwarten.

3) Zur Kalkulation der Auswirkungen auf die Allgemeinbevölkerung dienen die Emergency-Response-Planning-Guidelines (ERPG) der American-Industrial-Hygiene-Association (AIHA). Diese können, nach § 51a Bundesimmissionschutzgesetz, für Auswirkungsbeurteilungen in Sicherheitsanalysen nach Störfallverordnung benutzt werden. Zur Definition und Ermittlung siehe (12).

<i>Schutzkleidung</i>	(Einmal-)Folienanzug mit (Kunststoff-)Schutzhandschuhen
<i>Atemschutz</i>	entsprechend den Richtlinien FwDV 7 / UVV-Feuerwehr
<i>Meßgeräte</i>	Personendosimeter (Strahlenschutz Einsatz)

Tabelle 2: Mindestschutzkleidung im Bereich DEKON.

<i>Dekon-Stufe I</i>	Normale Verschmutzung nach normalen Einsätzen. Allgemeine Arbeitsstättenhygiene. Gilt prinzipiell für jeden Einsatz.
<i>Dekon-Stufe II</i>	Not-Personen-Dekontamination, sofort von der ersten Einheit im Absperrbereich sicherzustellen.
<i>Dekon-Stufe III</i>	Normale Verschmutzung im GSG-Einsatz.
<i>Dekon-Stufe IV</i>	Schwere bzw. schwer lösliche Verschmutzungen und / oder größere Zahl kontaminierter Personen im GSG-Einsatz.

Tabelle 3: Dekon-Stufen nach vfdB-Richtlinie 10/04.

darauf bedacht, vom Raumangebot flexibel zu sein, um sich besser an die jeweilige Einsatzlage anpassen zu können (Abbildung 1). Dies bringt den Vorteil, dass man räumlich an die begrenzte Stärke der erst-eintreffenden Berufsfeuerwehr angepaßt ist, nach kurzer Zeit (innerhalb 15 Minuten) einen funktionstüchtigen Dekon-Platz errichten kann und bei Eintreffen der Löscheinheiten der Freiwilligen Feuerwehr die Kapazität erweitern kann. Die Vermeidung der Kontaminationsverschleppung läßt sich in einem solchen Konzept jedoch nur durch regelmäßige Aus- und Fortbildung und konsequentes und diszipliniertes Verhalten der Einsatzkräfte an der Einsatzstelle lösen.

Häufig auftretende Probleme bei der Dekontamination an einer (größeren) Einsatzstelle ergeben sich durch die räumliche Enge der Einsatzstelle, die (räumliche) Trennung von Einsatzstelle und Dekon-Bereich (u. a. fehlender Sichtkontakt), zu geringe Dekon-Leistung (= Trupps pro Zeiteinheit), Dekontaminationsverschleppung oder durch zu große Vorlaufzeit für die Errichtung des Dekon-Platzes (Rüstzeit).

Lösungsansätze für diese Probleme wurden bei der Entwicklung der Ausbildungskonzeption Dekon der Feuerwehr Witten, orientiert an ihren personellen und technischen Möglichkeiten, berücksichtigt. Wichtig ist, dass auch der Umgang mit kontaminierten Notfallpatienten in dieses Ausbildungskonzept Dekon eingebunden wird.

Für den effektiven GSG- und Strahlenschutz Einsatz (ABC) werden Mindestanforderungen an die Aus- und Fortbildung des eingesetzten Feuerwehrpersonals gestellt:

### Mannschaft:

- Truppmann I
- Atemschutzgeräteträger
- Erste-Hilfe

(besser: Rettungssanitäter)

- Gefährliche Stoffe und Güter I
- Strahlenschutz I
- Die in der FwDV 7 unter 5.1 [12] festgelegte jährliche Übung unter Einsatzbedingungen muß, gerade zum Zwecke des Trainings, auch auf den Bereich GSG-/Strahlenschutz ausgedehnt werden (z. B. CSA/KSA-Übung).

- Die zivilschutzbezogene Fachausbildung für den ABC-Anwärter ergänzt die vorgestellten Ausbildungsbereiche

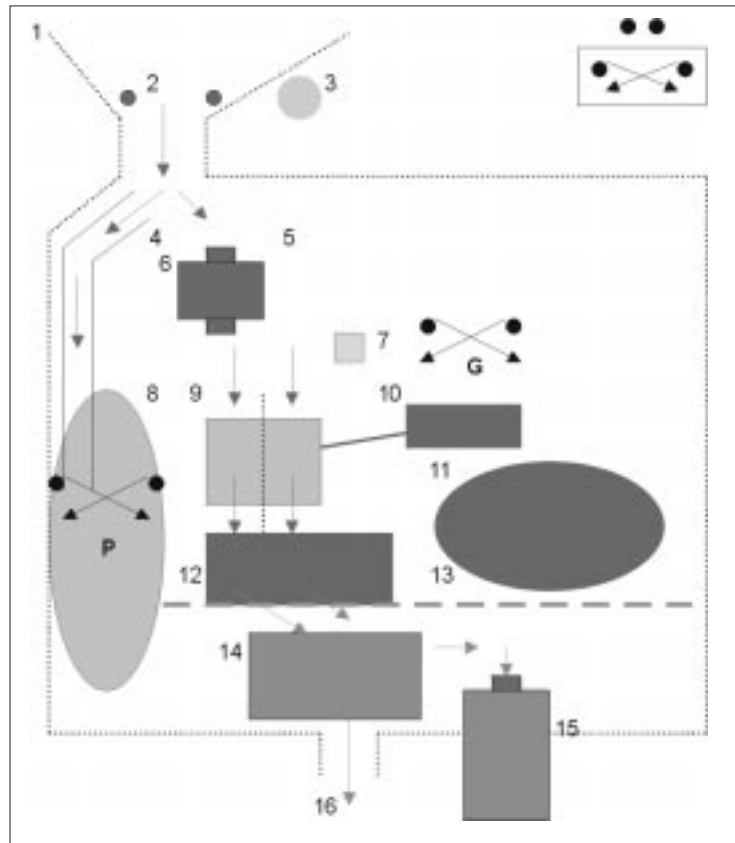


Abbildung 1: Dekon-Platz Feuerwehr Witten.

1: Absperrgrenze, 2: Eingangsbereich, 3: Reservetrupp, 4: Rettungsgasse für kontaminierte, verletzte Personen, 5: Geräteablage (kontaminiert), 6: Vordekontamination, 7: Dampfstrahlgerät, 8: Ablage, Dekontamination und Versorgung von verletzten Personen, 9: Duschzelt, 10: flexibler Abwassertank zum Auffangen des kontaminierten Duschwassers, 11: Ablage für kontaminierte Schutzkleidung, 12: Auskleidebereich (Kontaminationsnachweisplatz), 13: Grenze zum saubereren (grün) Bereich, 14: Umkleidezelt, 15: z.B. GW-Wasserrettung (Duschen), 16: Ausgang und Nachschub.

der Feuerwehr um die Komponenten:

- Einsatz im Verteidigungsfall
- Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung [1].

**Abschnittsleiter-DEKON:**

- Gruppenführer (F III, BmD/F)
- Gefährliche Stoffe und Güter II
- Strahlenschutz II <sup>4</sup>

**Einsatzleiter (im Witten „Beamter vom Alarmdienst“):**

- Verbandsführer (F/B V),
- Gefährliche Stoffe und Güter II
- Strahlenschutz II
- OrgL Rettungsdienst NRW

## Integration des Konzeptes in die Aus- und Fortbildung des Rettungsdienstes

Der Rettungsdienst der Stadt Witten, als Teil des Krei-

ses, wird in Zusammenarbeit zwischen Hilfsorganisationen (ASB, DRK) und der Berufsfeuerwehr Witten durchgeführt. Das ärztliche Personal wird durch die beiden örtlichen (nicht städtischen) Kliniken gestellt. Für den örtlichen Rettungsdienst stehen insgesamt vier Rettungswagen (RTW) (davon einer als Reserve des Kreises), drei Krankentransportwagen (KTW) und ein Notarzt-Einsatzfahrzeug (NEF) zur Verfügung. Dazu kommen diverse eigene Fahrzeuge der Hilfsorganisationen. Bei einem ABC-Einsatz der Feuerwehr ist die Zusammenarbeit mit „externem“ Rettungsdienstpersonal anzunehmen und deshalb auch mit vorzubereiten <sup>5</sup>.

Ist ein Patient, der einer notfallmedizinischen Versorgung bedarf (im Sinne des § 2 RettG NW) vermutlich oder nach-

weislich kontaminiert, so ist auch hier dafür zu sorgen, dass es zu keiner Kontaminationsverschleppung kommt, die notfallmedizinische Versorgung aber durchgeführt wird.

Wichtig: Lebensrettende Maßnahmen haben unter Beachtung der eigenen Sicherheit und Gefährdung Vorrang vor der Dekontamination!

Das Entfernen der Kleidung ist eine einfache und doch meist die wirkungsvollste Maßnahme zur Risikominimierung. Ein Handlungsalgorithmus analog dem für Infektionspatienten sollte den größten Erfolg bringen.

Allgemein sollte folgender Verfahrensablauf mit kontaminierten Notfallpatienten eingehalten werden:

- Aufenthalts- und Behandlungsbereich des Patienten absperren
- Schutzkleidung anlegen (falls Art und Umfang der Kontamination dies erfordern oder sofern Zweifel bestehen)
- im Strahlenschutz-Einsatz Personendosimeter verwenden
- Sachkundigen/-verständigen hinzuziehen (z. B. Fachberater Chemie/Strahlenschutz)
- Kleidung und Gegenstände des Patienten entfernen und asservieren
- Stärke und Ausdehnung der Kontamination feststellen und (soweit möglich) protokollieren
- wenn nötig Lebensrettende Sofortmaßnahmen unter Eigenschutz durchführen
- Dekontamination durchführen
- Verpacken aller kontaminierten Gegenstände (z.B. weiße Kiste, Folie, blaues Überfaß)
- Aufenthalts-, Dekontaminations- und Behandlungsräume durch geeignete Maßnahmen auf Kontamination überprü-

<sup>4</sup> Für den Bereich der Berufsfeuerwehren ist dies durch die „Führungsförderung mittlerer Dienst - BmD/F“ abgedeckt.

<sup>5</sup> Der Einsatz von Rettungsdienstpersonal der übrigen Gemeinden des Kreises sollte dabei gleich behandelt werden (mögliche Einsatzreserve).



fen und ggf. dekontaminieren [13]

Für die Dekontamination von Notfallpatienten wird folgende Ausrüstung und folgendes Vorgehen am Dekon-Platz vorgesehen (Abbildung 2):

Für den Bereich des Dekon-Platzes wird mindestens ein RTW und ein NEF abgestellt (Einsatzphase 1). Das Rettungsdienstpersonal (RS, RA, NA) wird mit der entsprechenden Schutzkleidung ausgestattet und begibt sich in den Dekon-Bereich. Eine vorbereitete Krankentrage im Dekon-Bereich mit Ablagemöglichkeit (blaues Überfaß oder Mulde) und zwei Einmaldecken/Rettungstücher dienen als Versorgungseinheit für einen Notfallpatienten<sup>6</sup>. Nach dem erforderlichen Nachweis der Kontamination<sup>7</sup> wird der Patient entkleidet. Die verschmutzte Kleidung wird in die erste Decke / das erste Rettungstuch eingewickelt und abgelegt. Der entkleidete Patient erhält einen Wärmeschutz (Decke / Rettungstuch) und wird nun notfallmedizinisch weiter versorgt.

<sup>6</sup>) Dieses Konzept orientiert sich an Vorschlägen der BF Nürnberg.

<sup>7</sup>) Strahlenschutzinsatz nach FwDV 9/1, 9/2

Der Strahlenschutzinsatz mit verletzten Personen ist ein sehr seltenes Ereignis. Es muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass für den Strahlenschutzinsatz mit verletzten Personen folgende Grundsätze gelten:

- Strahlenverletzung ist nicht ansteckend!
- Der Strahlenverletzte selbst ist keine Strahlenquelle!
- Kontaminierte Patienten sind wie Infektionspatienten zu versorgen! [14]

Das hier vorgestellte Konzept bedingt eine regelmäßige und umfangreiche Aus- und Fortbildung von „externem“ Rettungsdienstpersonal (hier: ASB, DRK und Notärzte) im Bereich Schutzkleidung (KSA, Einwegkleidung, Folienanzüge) und Atemschutz (mindestens umluftabhängige Geräte), da aufgrund der Kapazität des Rettungsdienstes in Witten zu erwarten ist, dass auch diese Kräfte innerhalb des Dekon-Konzeptes zum Einsatz kommen müssen. Die Aus- und Fortbildung ist idealerweise in die gesetzlich vorgeschriebene Fortbildung nach RettG NW § 5 und die allgemeine ärztliche Fortbildung zu integrieren und muß durch die Berufsfeuerwehr durchgeführt wer-

den. Auch ist zu fordern, dass der Fachkundenachweis Rettungsdienst für Notärzte in dieser Hinsicht ergänzt werden sollte. Darüber hinaus ist die Teilnahme an Übungen ein wichtiger Faktor für die Routine und das gegenseitige Kennenlernen von Feuerwehr(führungskräften) und externem Rettungsdienstpersonal.

## Zusammenfassung

Das vorgestellte Ausbildungskonzept „Dekontamination im ABC-Einsatz der Feuerwehr Witten“ soll zeigen, dass eine Anpassung der allgemeinen Ausbildungskonzepte GSG und Strahlenschutz zu einer Integration der erforderlichen ABC-KatS Aus- und Fortbildung in Anlehnung an § 11 Abs. 1 ZSG und in die Fortbildung nach § 5 RettG NW führen kann. Der eingeschlagene Weg ist für Feuerwehren kleinerer Städte und Gemeinden mit begrenzten Ausbildungs- und Ausbilderkapazitäten u. a. aus Synergiegründen empfehlenswert, da Schnittstellen naturgemäß vorhanden sind und nur des Ausbaus bedürfen.

## Literatur:

1. Preis, Neues Konzept in Kraft - Neuregelung der ergänzenden Zivilschutzausbildung, in: Bevölkerungsschutz, 1-99, S. 29
2. Storm, Dekontamination im Feuerwehreinsatz, ecomed-Kongreß „Gefährliche Stoffe und Güter beim Feuerwehreinsatz“, 10/98, Hürth
3. Jahresbericht 1998 der Feuerwehr Witten, Einsatzstatistik
4. Jahresbericht 1995 der Feuerwehr Köln
5. <http://witten.de>
6. vfdB-Richtlinie 10/04 - Dekonmatrix
7. Schattka, Aufbau und Betrieb des Dekontaminationsplatzes im GSG- und Strahlenschutzinsatz der Feuerwehr Witten, Abschlussarbeit BF Witten, 05/99
8. Feuerwehrdienstvorschrift 14 - Gefährliche Stoffe und Güter, 5.3.3
9. Feuerwehrdienstvorschrift 9/1 und 9/2 - Strahlenschutz
10. vfdB-Richtlinie 10/01 - Einsatztoleranzwerte
11. Dietrich, Dekontamination bei Gefahstoffeinsätzen der Feuerwehr Köln, Abschlussarbeit BF Köln, 09/97
12. Feuerwehrdienstvorschrift 7 - Atemschutz, 5.1
13. Zimmermann, Strahlenschutz, 3. Auflage, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1993
14. Franke, Gefahren an der Einsatzstelle - Radioaktivität, in: SEG-Magazin, 2. Jahrgang, Nummer 6, 12/95

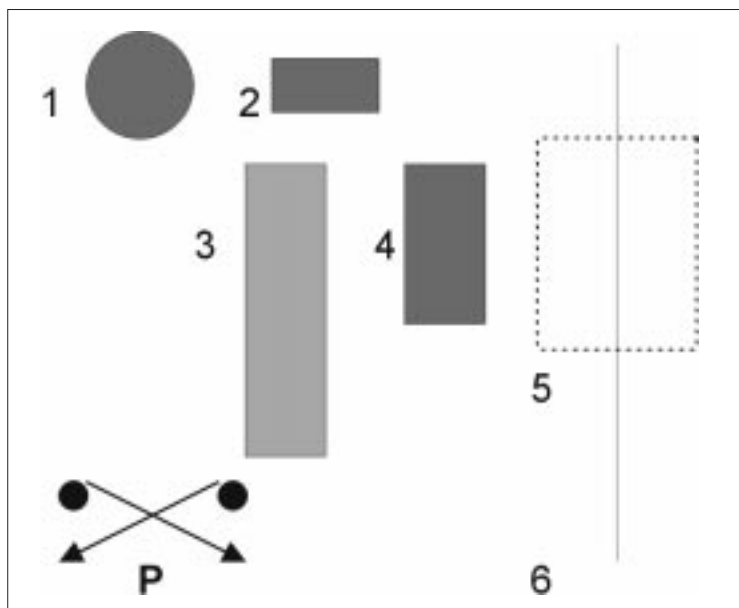
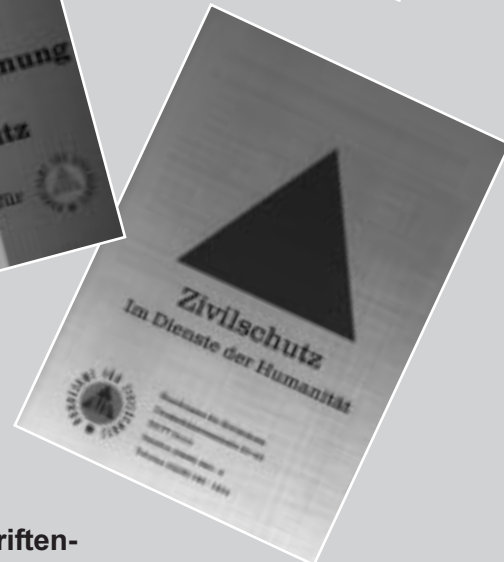
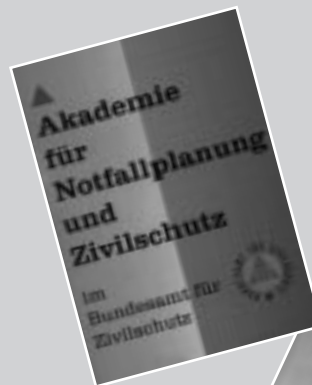


Abbildung 2: Dekon-Bereich Person.

1: Ablagemöglichkeit (Überfaß oder Schuttmulde), 2: zwei Einmaldecken oder Rettungstücher, 3: Krankentrage DIN, 4: notfallmedizinische Ausrüstung, 5: Übergabepunkt, 6: Absperrgrenze.



Neben der bereits seit Jahren bekannten „Schriftenreihe Zivilschutzforschung“ bietet das Bundesamt für Zivilschutz weitere kostenlose Broschüren zur Information über den Zivilschutz an. Neben praktischen Tipps für den Bereich Selbstschutz („Für den Notfall vorgesorgt“) reicht die Palette von Falblättern mit Kurzinformationen bis hin zu umfangreichen Abhandlungen über die Zusatzprotokolle I und II zur Genfer Konvention und den Kulturgutschutz bei bewaffneten Konflikten. Informativ, weil sie einen kompakten Überblick über den Zivilschutz nach Inkrafttreten des Zivilschutzneordnungsgesetzes (ZSNeuOG) gibt, ist auch die Broschüre „Kompetenz im Zivilschutz“.

Interessiert? Bestellung an: Bundesamt für Zivilschutz, Referat Information - Öffentlichkeitsarbeit, Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn, Telefax 02 28 / 940 29 81

# AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK







# Blick über den Tellerrand

### Internationales Samariter-Forum mit großer Resonanz

Über 450 Mitglieder von Samariter-Organisationen und andere Interessierte aus ganz Europa trafen sich zum ersten Erfahrungsaustausch im Rahmen des internationalen Samariter-Forums im fränkischen Bad Windsheim.

1994 fanden sich Samariter-Organisationen aus Dänemark, Frankreich, Österreich und Deutschland zu einer Kooperation unter dem Namen SAMARITER INTERNATIONAL (SAINT) zusammen. Ziel des Verbundes war vor allem eine Bündelung der Kompetenzen im Bereich der Sozialen Dienste, des Rettungswesens, der Erste-Hilfe-Ausbildung und der humanitären Hilfe im Ausland.

Inzwischen sind der Tschechische Samariterbund, das Weiße Kreuz aus Südtirol/Italien, der Litauische und der Ungarische Samariterbund, sowie der Lettische Samariterbund Riga hinzugestoßen. Die mehr als zweieinhalb Millionen Mitglieder, 36.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie 17.000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neun SAINT-Mitgliedorganisationen bilden ein umfassendes europaweites Netzwerk.

All diese Samariter und Samariterinnen sollten nun Gelegenheit bekommen, die Rahmenbedingungen der Arbeit im europäischen Ausland und vor allem auch die Mitglieder der Partnerorganisationen persönlich kennen zu lernen. Zu diesem Zweck richtete der ASB Deutschland, bei dem auch die SAINT-Geschäftsführung angesiedelt ist, zum ersten Mal ein internationales Samariter-Forum aus, das unter dem Titel „Retten und Helfen“ den Erfahrungsaustausch zu präklinischer Notfallmedizin, Katastrophenvorsorge und Breitenausbildung in den Vordergrund stellte. Zur Eröffnung begrüßte neben Fritz Tepperwien, dem SAINT-Präsidenten und Vorsitzenden des ASB-Bundesverbandes,

auch der bayerische Innenminister Günter Beckstein die Teilnehmer.

#### Rettungsdienstausbildung in Europa

In seinem Vortrag zu den Anforderungen der präklinischen Notfallmedizin an die Ausbildung des Assistenzpersonals stellte der ASB-Bundesarzt Dr. Friedhelm Bartels gravierende Unterschiede in der europäischen Rettungsdienstausbildung fest. Der Ausbildungsumfang bewegt sich in den EU-Mitgliedsländern zwischen 100 Stunden und zwei Jahren. Europa sei zwar vereint, aber in dieser Hinsicht noch lange nicht vergleichbar. Allerdings hängt die Qualität der Ausbildung des präklinischen Assistenzpersonals sehr stark von der Ausprägung eines Notarzt-Systems ab. Ob in einem Staat flächendeckend oder nur sporadisch ärztliche Notfallhilfe verfügbar ist, beeinflusst sowohl die dem Rettungsdienstpersonal vermittelten Ausbildungsinhalte als auch die im Einsatzfall erwartete Kompetenz.

In Deutschland sei in diesem Zusammenhang dringend eine Erweiterung der fachlichen Inhalte in der Ausbildung von Rettungsassistenten notwendig. So plädierte Dr. Bartels unter anderem dafür, dass das Verhalten in Großschadenslagen und

die Frühdefibrillation in der Ausbildung ein größeres Gewicht bekommen müssten.

Beiträge aus verschiedenen SAINT-Mitgliedsländern zeigten zum Beispiel in Italien und Tschechien erhebliche Unterschiede zu deutschen Gegebenheiten auf. Dort ist vor allem der Einsatz von Pflegepersonal in der Notfallrettung gesetzlich vorgesehen. Spezielle rettungsdienstliche Berufsbilder gibt es in diesen Ländern nicht, doch das Weiße Kreuz in Südtirol bildet trotzdem selbst Rettungssanitäter und -assistenten nach deutschem Vorbild aus und setzt sie in der Notfallrettung ein.

#### Katastrophenhilfe in Europa

Ein Vertreter der Bozener Provinzverwaltung stellte im Plenum dar, auf welchem System der Zivilschutz in Italien und speziell in Südtirol beruht. So setzt man dort nach wie vor auf ein Sirenenwarnsystem. Die Fachdienste und deren Stärkenachweise orientieren sich weitgehend an die in Deutschland althergebrachten Muster.

Mit Spannung erwartet wurde der Referatsleiter Katastrophenschutz in der Generaldirektion XI (DG XI) der Europäischen Kommission,



Teilnehmer aus Österreich, Frankreich, Italien, Dänemark und Deutschland diskutieren über die Erste-Hilfe-Ausbildung.



**Oben:**  
Die Mitgliedsverbände von SAINT bieten ein interessantes Ausstellungsprogramm.

**Links:**  
Der Intensiv-Transport-Hubschrauber des ASB zieht stets großes Interesse auf sich.

(Fotos: ASB/Heckel)

Alessandro Barisich. Die DG XI beteiligt sich an der Finanzierung staatenübergreifender Projektarbeit und fördert den Austausch von Experten unter den Mitgliedsländern. Im Rahmen der Vereinheitlichung innerhalb der Gemeinschaft strebt Barisich eine zunehmende Konvergenz der Informationsmodule in Notsituationen an. Zu dem Ideal einer sicheren Umwelt gehöre eben auch, dass der Bürger in jedem Mitgliedsstaat Notlagen wirkungsvoll begegnen kann und nicht dem jeweiligen nationalen System hilflos ausgeliefert ist. Als Beispiel hierfür nannte er die einheitliche Notrufnummer 112.

Barisich zeigte sich sehr erfreut über die Einladung zum Samariterforum, da er als Bürokrat nicht oft Kontakt zu den Hilfsorganisationen hat. Nach seinen Worten drängt das Europäische Parlament die Kommission dazu, das Ehrenamt zu stärken. Demnächst ist hierzu ein Projekt der DG XI geplant. Alles in allem ist die

Europäische Kommission bei der Kofinanzierung von Initiativen in den Mitgliedsstaaten darauf bedacht, dass dabei nicht EU-Bürokraten die Federführung übernehmen. Stattdessen will sie einzelstaatliche Bestrebungen unterstützen und so eine größere Akzeptanz der Arbeitsergebnisse erreichen.

Gemeinsame internationale Hilfsaktionen konnten bereits die praktische Effektivität von SAMARITER INTERNATIONAL unter Beweis stellen. Dabei arbeiteten die tschechische Samariter-Assoziation ASR beim Oderhochwasser 1997 sowie die dänische Volkshilfe ASF im Rahmen der jüngsten Kosovokrise eng mit dem deutschen Arbeiter-Samariter-Bund zusammen.

## Erste Hilfe in Europa

Dr. Jan Bahr von der Universität Göttingen gab einen Überblick über die verschiedenen internationalen

Standards zur Herz-Lungen-Wiederbelebung durch Laien. Ausgehend von Standards aus Nordamerika und in Europa hat die Bundesärztekammer neue Richtlinien zur Laienreanimation entwickelt, deren baldiges Erscheinen Dr. Bahr in Aussicht stellte.

Die Darstellung der Breitenausbildung in den Mitgliedsländern zeigte viele Facetten. So nutzt beispielsweise das Weiße Kreuz Südtirols die Erste-Hilfe-Ausbildung intensiv als Marketing-Instrument zur Mitgliederwerbung, der deutsche ASB konnte inzwischen Erfahrungen mit einem Lehrgangsprogramm für Erste Hilfe am Hund sammeln.

## Interessantes Ausstellungsprogramm

Für die Besucher des Samariterforums gab es außer den Vorträgen und Diskussionen auch noch ein interessantes Ausstellungsprogramm mit Vorführungen. Die Mitgliedsverbände stellten auf dem Gelände rund um das Bad Windsheimer Kongresszentrum handfeste Beweise ihrer Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit vor. Unter anderem zeigten die Südtiroler SAINT-Mitglieder ihre umfangreiche Geräte- und Fahrzeugausstattung. Der Rettungshundezug des ASB Darmstadt zog mit einer Vorführung zur Flächen- und Trümmersuche ebenso die Schaulustigen an wie ein Boot des Wasserrettungsdienstes und verschiedene Fahrzeuge aus Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Ein Highlight war natürlich auch der extra eingeflogene ASB-Intensiv-Transport-Hubschrauber.

Hatten die Teilnehmer dann das Tagesprogramm absolviert, wartete auf sie schließlich ein ansprechendes Festprogramm. Spätestens dort waren Ländergrenzen und Sprachbarrieren aufgelöst. Der große Erfolg der gesamten Veranstaltung lässt hoffen, dass die Samaritergemeinschaft einen solchen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus wiederholen wird.

*Thomas Kaspari*

ASB  
Arbeiter-Samariter-Bund



## Ertrinkungsfälle von Kindern müssen gestoppt werden

Mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne will die DLRG in Zukunft den Ertrinkungsfällen von Kindern begegnen. 1997 ertranken allein 117 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren. 66 Mädchen und Jungen waren noch im Vorschulalter, als sie ihr Leben verloren. Diese Zahlen gab DLRG Präsident Dr. Klaus Wilkens kürzlich vor der Bundespressekonferenz in Berlin bekannt. Es sei an der Zeit, gemeinsam mit Kindergärten, Grundschulen und Elternverbänden frühzeitig über die Gefahren im und am Wasser aufzuklären und Kindern das Schwimmen beizubringen. Diese prophylaktischen Maßnahmen seien die beste Lebensversicherung gegen den Ertrinkungstod, so der DLRG-Präsident.

Gegenüber 1996 sei die Zahl der Todesfälle um 18 Prozent auf 602 angestiegen. In der Altersklasse bis zu zehn Jahren starben 16 Kinder mehr als 1996.

Die ehrenamtlichen Rettungsschwimmer der DLRG bewahrten 1998 377 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken. Bei 60 Einsätzen, also bei jeder siebten Rettung, mußten sie Gefahren für ihr eigenes Leben in Kauf nehmen.

40.000 Männer und Frauen machten mit über zwei Millionen freiwilliger Wachstunden an Küsten, Binnengewässern und in Bädern die Freizeit für Millionen Menschen sicherer. Sie leisteten 34.858 mal erste Hilfe bei Verletzten im und am Wasser und retteten 6.759 in Not geratene Wassersportler.

Diese Zahlen belegten die Kompetenz und Leistungsfähigkeit dieses einzigartigen Systems freiwilliger, ehrenamtlicher Hilfeleistung. Sie zeigten aber auch die positive Grundeinstellung junger Menschen

zum humanitären Einsatz, so Dr. Wilkens.

Entgegen den Prognosen von Freizeitforschern über die zukünftige Entwicklung im Ehrenamt, hat die DLRG 1998 mit 556.000 Mitgliedern ein neues Rekordergebnis in ihrer 86jährigen Geschichte erzielt. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die Organisation 4.000 neue Helferinnen und Helfer. Damit habe die DLRG nach Angaben ihres Präsidenten die Position als größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt bestätigt.

## Bildungswerk präsentiert neues Lehrgangsprogramm

Erstmals in der vierjährigen Geschichte des Bildungswerkes der DLRG ist es gelungen, ein Bildungsprogramm für das kommende Kalenderjahr vor dem Herbstpräsidialrat fertigzustellen. Die ständige Konferenz der Bildungsbeauftragten hatte auf ihrer Tagung im März dieses Jahres dafür die Weichen gestellt. Dadurch, dass die Planung der 73 Lehrgänge relativ zeitig abgeschlossen werden konnte, versprachen sich die Präsidiumsmitglieder Dr. Detlev Mohr und Helmut Stöhr eine größere Planungssicherheit, längere Informationszeiten und somit eine verbesserte Annahme der interessanten Lehrgangsangebote für das kommende Jahr.

Ins Auge fällt, dass das Lehrgangsprogramm völlig umgestaltet wurde. Unter dem Aspekt „Kundenfreundlichkeit“ wurden für DLRG-

Mitglieder und externe Interessenten die Lehrgänge in einer ressortgebundenen Übersicht zusammengestellt. Jeder Lehrgang ist dann auf einer Seite in seinen Schwerpunkten erläutert. Die eindeutige Zuordnung seiner Seite zu einem Ressort soll die Übersichtlichkeit für den Nutzer wesentlich verbessern.

Die Darstellungsform der Lehrgangsinhalte wurde ebenfalls verändert. Ein mitunter anregend oder witzig formulierter Untertitel soll Neugier auf ein Weiterlesen wecken. Die entscheidenden Aspekte des Inhalts sind kurz und knapp in ziel- und adressatenorientierter Form dargestellt. Oft komplettieren eine Kurzbeschreibung und ergänzende Hinweise die Information zum Lehrgang oder zu seinen Rahmenbedingungen. Weitere Hinweise zum Lehrgangsprogramm gibt es im Internet unter: <http://www.DLRG.de> und über den Faxabruf mit der Nummer 05723/955 - 416.

Einem verbandspolitischen Schwerpunkt ist ein kleinerer redaktioneller Teil gewidmet. Für das Jahr 2000 steht hier der Strukturveränderungsprozess im Mittelpunkt. Damit wird nicht nur einem wichtigen Informationsbedürfnis des möglichen Lesers als DLRG-Mitglied in seinem Verband Rechnung getragen, sondern auch die allgemeine Information über unseren Verband an Dritte herangetragen.

Die Übersicht der Referenten gewährleistet einen Einblick in das Potential des Bildungswerkes. Gegenwärtig verkörpern 84 Referenten aus unterschiedlichsten Spezialgebieten ein großes Spektrum aktueller oder zukünftiger Bildungsmöglichkeiten für das DLRG-Mitglied oder einen externen Interessenten.

Es bleibt zu hoffen, dass die Überlegungen zu den Veränderungen des Lehrgangsprogrammes auch zu konkreten praktischen Ergebnissen führen. Der Lehrgangsteilnehmer wird durch sein Interesse letztlich entscheiden, ob die richtigen Ansätze gewählt wurden, damit sich die positive Tendenz des Jahres 1999 auch im markanten Jahr 2000 fortsetzt.



## Mit klaren Zielen in die Zukunft

### Delegiertenversammlung des DFV: Präsident Schäuble im Amt bestätigt

Die 46. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) Mitte September in Königswinter bei Bonn wird als ein Meilenstein in die Annalen der Feuerwehrorganisation eingehen. Nach vielfältigen kontroversen Diskussionen und auch Führungsfragen in den zurückliegenden Monaten kann die Dachorganisation von über 1,3 Mio. Feuerwehrangehörigen gestärkt und mit neuem Schwung die weiteren (und teilweise neuen) Aufgaben angehen.

#### Weg in das neue Jahrtausend

Präsident Gerald Schäuble aus Radolfzell, seit sechs Jahren im Amt, führt den Verband in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends und in das Großereignis „Deutscher Feuerwehrtag 2000“. Er setzte sich im zweiten Wahlgang gegen seine Mitbewerber Hans Graulich (LFV Niedersachsen), Hans-Peter Kröger (Schleswig-Holstein) und Ortwin Neuschwander (Rheinland-Pfalz) durch. Schäuble zeigte sich zuversichtlich: „Es ist alles auf gutem Kurs, damit der DFV auch in Zukunft das verbindende Element ist, das die Feuerwehren brauchen, um ihre Ideale und Werte in die Zukunft zu tragen.“

#### Fritz Meyer nun Ehrenmitglied

Vizepräsident Fritz Meyer schied aus Altersgründen aus und wurde einstimmig zum Ehrenmitglied des DFV ernannt. Nachdem sein „Amtsbruder“ Rolf Schomann vor den Wahlen schriftlich seinen Verzicht erklärt hatte, mussten zwei neue Vizepräsidenten für den Bereich „Freiwillige Feuerwehren“ gewählt werden. Mit dem klaren Votum der Delegiertenversammlung rückten die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände Bayern und Schleswig-Holstein, Kreisbrandrat Bernd Pawelke (Landkreis Nürnberger Land) und Kreis-



Das neue Präsidium des DFV (v. links): Vizepräsident Ackermann, Pawelke, Broemme und Kröger, Präsident Schäuble, Vizepräsident Behrendt. (Foto: Hornung)

brandmeister Hans-Peter Kröger (Kreis Plön) in den Vorstand nach.

Neu im Vorstand des DFV ist der Berliner Feuerwehrchef, Landesbranddirektor Albrecht Broemme. Er löst Oberbranddirektor Günther Hölzl (München) ab und ist ab sofort Repräsentant des Deutschen Feuerwehrverbandes in der Hauptstadt.

Bemerkenswert ist an dieser zukunftsweisenden Personalentscheidung, dass Broemme gleichzeitig auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren beim Deutschen Städtetag (AGBF), ist. Sein klares Bekenntnis vor der Delegiertenversammlung: „Wir halten es für wichtig, dass AGBF und DFV auch an der Spitze zusammengeführt sind. Der DFV hat eine hervorragende Fachkompetenz, die gebündelt werden muss, und der Verband hat gute Ziele, die es weiter zu entwickeln gilt.“

#### Bundesweite Offensive gestartet

Die Freiwilligen Feuerwehren mit ihren rund 930.000 ehrenamtlichen Einsatzkräften bekommen zunehmend Probleme bei Alarmen tagsüber während der Arbeitszeit, auf qualifiziertes Personal in der gebotenen Eile und in ausreichender Zahl zurückgreifen zu können. Aufgrund dieser Tatsache startete der DFV in

Königswinter eine Offensive, die auf diese Problematik hinweisen und die Situation im beruflichen Arbeitsumfeld der Feuerwehrleute verbessern soll. Ziel der Aktion des Verbandes ist es auch, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Feuerwehren und den für den Brandschutz verantwortlichen Kommunen zu fördern.

Wie DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann betonte, dürfe die Beschäftigung von Frauen und Männern der Feuerwehr nicht nur als Kostenfaktor oder Organisationsproblem missverstanden werden; es sei vielmehr ein Unternehmenswert an sich. Ackermann: „Zu den Aufgaben der Feuerwehr und ihres Trägers, das heißt der örtlichen Gemeinde, gehört es deshalb auch, der Bevölkerung bewusst zu machen, dass dem Einsatz der Feuerwehrleute ein ebenso großes Engagement der Arbeitgeber zur Seite stehen muss.“

Als ein sichtbares Zeichen der Partnerschaft von Handwerk, Handel, Gewerbe, Verwaltung und Industrie mit der Feuerwehr bezeichnete der Vizepräsident das von den Feuerwehren verliehene Förderschild. Mit der Plakette sollen Arbeitgeber ausgezeichnet werden, die in ihrem Betrieb ehrenamtliche Feuerwehrangehörige beschäftigen und diese bei der Ausübung ihrer Feuerwehrpflichten unterstützen.





## Ministerpräsident Vogel: „Ohne Feuerwehren geht es nicht!“

DFV-Präsident Gerald Schäuble brachte es bei der Eröffnung der Feuerwehr-Aktionswoche 1999 in Erfurt auf den Punkt: „Wir wollen das Bewusstsein für Sicherheit mobilisieren, die Gemeinschaft auf ihre Mitverantwortung hinweisen, den Stellenwert der Feuerwehr als Partner für Sicherheit und Hilfe unterstreichen, außerdem Politik und Verantwortungsträger zur Stärkung des Hilfesystems Feuerwehr als Grundelement der Sicherheit in jedem Ort und jeder Stadt auffordern.“ Darum sei das Motto „Ohne uns wird's brenzlich!“ der Feuerwehr-Aktionswoche 1999 und des Deutschen Feuerwehrtages 2000 ein „Motto zum Nachdenken über den Tag hinaus“, sagte Schäuble, als er die Aktionswoche Mitte September im Schatten des Erfurter Doms eröffnete.

Die Veranstaltung, organisiert vom Thüringer Landesfeuerwehrverband und der Feuerwehr der Landeshauptstadt, wurde von zahlreichen Sponsoren unterstützt. Oberbürgermeister Manfred Ruge begrüßte seine Gäste aus allen Teilen Deutschlands „im Herzen der Stadt“, Ministerpräsident Bernhard Vogel rief ein „Willkommen im Herzen Deutschlands“.

### Vorurteile widerlegt

Ministerpräsident Vogel hielt eine bemerkenswerte, vielbeachtete Rede zur Eröffnung und ließ erkennen, dass er sehr genau weiß, wo bei Freiwilligen Feuerwehren der Schuh drückt. Er betonte die Bedeutung der Feuerwehren seines Landes: „Wir brauchen beide, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren.“ Sie seien „auch ein Stück Heimat und deutscher Identität“, und außerdem „zum sozialen Mittelpunkt der Gemeinden geworden“. Engagierte Jungen und Mädchen in den Jugendfeuerwehren widerlegen nach Vogels Worten „manche Vorurteile der Gesellschaft.“ Sein Fazit: „Ohne Feuerwehren geht es nicht!“

Schließlich, so sagte der Ministerpräsident, sei „verantwortungsvolles

Tun im Dienst an der Gemeinschaft ein praktisches Beispiel für Bürgersinn.“ Vogel wörtlich: „Und wir brauchen mehr Bürgersinn!“ Deshalb appellierte er eindringlich an die Arbeitgeber der freiwilligen Feuerwehrleute, deren ehrenamtliches Engagement zu fördern und zu unterstützen. Sie, die Arbeitgeber, sollten nach Vogels Worten sogar „zu solchem Engagement ermutigen“.

### Moderne Ausstattung notwendig

Wo im einzelnen der Schuh drückt, machte DFV-Präsident Schäuble an Praxisbeispielen deutlich: „Alle zehn Sekunden ein Feueralarm in Deutschland - ohne eine zeitgemäße Ausstattung ist dies nicht zu machen. Wir fordern für die Weiterentwicklung der Feuerwehr eine dem wachsenden Gefahrenpotential entsprechende Ausstattung zur Gefahrenabwehr.“

Feuerwehren brächten Werte wie Freiwilligkeit und Uneigennützigkeit für die Gemeinschaft ein, erwachsen aus der „Mitverantwortung am Ganzen“, sagte Schäuble. Ohne die Feuerwehren gäbe es „einen wesentlichen Faktor der Sicherheit nicht, die auch in hohem Maße einen Teil der Lebensqualität darstellt.“ Feuerwehr sei ein „sensibles Geflecht von Wollen, Werten und Können“, beileibe keine Selbstverständlichkeit. Darum sollten alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft dieses Geflecht beachten, „wenn sie Spar-Programme ohne Konsequenzen machen wollen“.

Schäuble weiter: „Brenzlich wird's auch, wenn im Zuge der Liberalisierung die Sicherheitskonzepte von Dienstleistern oder freien Berufen erbracht werden, die nur das Risiko bewerten dürfen, das der Auftraggeber zulässt. Die Feuerwehr mit ihrer Fachkompetenz in Sicherheitsfragen und ihrer Erfahrung aus Einsätzen muss ihre Stellung beim Vorbeugenden Brandschutz behalten oder wieder erhalten, sonst wird's langfristig gesehen brenzlich - oder anders ausgedrückt: Dann werden wir mehr Feuerwehr brauchen!“

Den Abschluss des Erfurter Feuerwehrtages bildete die Verleihung des DFV-Förderpreises „Die Brandschutz 1“, der in diesem Jahr für das Konzept „Brandschutzerziehung mit gehörlosen und gehörgeschädigten Kindern im Vor- und Grundschulalter“ verliehen wurde. Aus den Händen von DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann nahmen Cornelia Redetzki, Lehrerin an der Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt, und Thomas Schmitt von der Frankfurter Berufsfeuerwehr den mit 2.000 Mark dotierten Preis entgegen. „Die Brandschutz 1“ wird alle zwei Jahre für eine vorbildliche Initiative in der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung vergeben.

### Rauchmelder für Wohnungen gefordert

DFV-Präsident Schäuble hat sich auch in Erfurt noch einmal eindringlich für die Ausstattung von Privatwohnungen mit Rauchmeldern (HomeMelder) ausgesprochen. In den USA, in Kanada, Australien, Großbritannien und Norwegen sei - anders als hierzulande - die Installation Pflicht. In England seien inzwischen 74% der Privatwohnungen damit ausgerüstet, die Zahl der Brandtoten sei um ein Drittel zurückgegangen. Ähnliche Erfahrungen gäbe es aus den USA, wo die Ausstattungsquote 90% betrage und die Zahl der Brandopfer sich auf 3000 (Stand 1994) halbiert habe. Hierzulande seien gerade mal 4% der Haushalte mit Rauchmeldern ausgerüstet - zu wenig. Schäuble: „Wir setzen uns dafür ein, dass das Leben unserer Mitbürger geschützt wird und vermeidbare Schäden verhindert werden. Wir Feuerwehren stehen mit Rat und Tat bereit!“

## Mitgliederzahl steigt weiter

Mit einer Kampagne unter dem Motto „Zwei Minuten Zeit“ will die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) die Jugendarbeitslosigkeit ihrer Mitglieder und der zusätzlich rund 400.000 jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren in den Feuerwehren bekämpfen. „Unsere Jugendli-



Mit einem Falblatt, das sich an die Arbeitgeber wendet, wird die Aktion „Zwei Minuten Zeit“ begleitet.

chen sind engagiert, teamfähig, diszipliniert, handwerklich begabt, motiviert und kreativ“, so das Falblatt zur Kampagne, die auf den verschiedenen Ebenen des Verbandes vielfältige Aktionen vorsieht. Sogar die Bundesanstalt für Arbeit hat ihre Arbeitsämter per Erlaß angewiesen, die Beratung und tatkräftige Unterstützung der berufsorientierten jungen Feuerwehrangehörigen zu verstärken.

Die in den Jugendfeuerwehren engagierten Mädchen und Jungen widerlegen nach Meinung der DJF das Bild der egoistischen, nur konsumorientierten und nicht bindungswilligen Jugend. Der Erfolgskurs der bundesweiten Jugendfeuerwehren liegt nach Einschätzung der Bundesjugendleitung darin begründet, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Gruppenaktivitäten selbst bestimmen. Trotzdem hat sich die DJF für ihren durchaus kritischen Nachwuchs das Thema „Partizipation“ zum Schwerpunkt gesetzt. Denn: Ohne eine weitere Öffnung, aktuelle Themenangebote und neue Arbeitsformen lägen die Jugendfeuerwehren nicht bei so vielen Jugendlichen im Trend.

Laut Mitgliederstatistik sind rund 233.000 Jugendfeuerwehrleute zwischen 10 und 18 Jahren in den Wehren aktiv. Tendenz steigend, da ein jährlicher Zuwachs von gut fünf Prozent verzeichnet wird. Während andere über sinkende Mitgliederzahlen klagen, ist die DJF damit einer der größten und aufstrebendsten Ju-

gendverbände in der Bundesrepublik.

Durch ihre Ausbildung sichern die Jugendfeuerwehren auch in Zukunft die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren und den Erhalt des ehrenamtlichen Prinzips. Doch in fast 16.000 Orten bilden sie häufig auch das wichtigste Freizeitangebot für Jugendliche. Rund 3,5 Millionen Stunden allgemeiner Jugendarbeit, von Spiel und Sport über Zeltlager und internationale Begegnungen, werden jährlich erbracht.

„Wir wollen weitere Neugründungen und wehren uns entschieden gegen die Bestrebungen, aus Kostengründen kleinere Ortsfeuerwehren zu schließen“, sagte der stellvertretende Bundesjugendleiter Dieter Henze in Bonn vor der Presse. Er forderte darüber hinaus verstärkt Qualifizierungsangebote und mehr Arbeitshilfen für die ehrenamtlichen Jugendwarte und Betreuer.

Und weiter: „Jugendfeuerwehren helfen mit, Probleme zu vermeiden. Hier wird die junge Generation gegen die Gefahren der Jugendkriminalität stark gemacht.“ Da die Jugendverbandsarbeit immer mehr gesellschaftspolitische Aufgaben wahrnimmt, sagte die parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Edith Niehuis, der DJF ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele auf dem Weg in das 21. Jahrhundert zu.

## Internationaler Austausch

Zu einem europäischen Meinungsaustausch trafen sich am 24. und 25. Oktober in Luxemburg Vertreter der deutschen und luxemburgischen Feuerwehren. Der Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) Ralf Ackermann sowie die Landesverbandsvorsitzenden Hans Burkhard (Saarland) und Walter Jonas (Nordrhein-Westfalen) waren einer Einladung des luxemburger Feuerwehrverbandes (ASBL) zum Verbandskongress 1999 in Etelbrück gefolgt. Vizepräsident Ackermann betonte den Wunsch beider Feuerwehrverbände nach einer künftigen engen Zusammenarbeit.

Nur durch einen kontinuierlichen grenzüberschreitenden Austausch ließen sich Veränderungen herbeiführen.

Für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem DFV im Internationalen Technischen Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF), Bereich „Gefahrguteinsätze“, verlieh Ackermann dem ASBL-Präsidenten Marcel Back und seinem Stellvertreter Jean Stracks die DFV-Medaille für Internationale Zusammenarbeit.

## DFV-Vorstand: Aufgaben verteilt

Zu seiner ersten Tagung nach der Delegiertenversammlung von Königswinter traf sich der Vorstand des DFV Mitte Oktober in Bonn. Einen Arbeitspunkt der Tagung bildete die Vertretung der Vizepräsidenten in den DFV-Fachausschüssen (FA). Danach ergibt sich folgende Aufgabenverteilung:

- Vizepräsident Ralf Ackermann: FA 1 Öffentlichkeitsarbeit/Brandschutzerziehung, FA 12 Wettbewerbe, FA 14 Jugendarbeit;
- Vizepräsident Ulrich Behrendt: FA 4 Technik, FA 6 Einsatz, Löschmittel, Umweltschutz, FA 13 Nichtöffentliche Feuerwehren;
- Vizepräsident Albrecht Broemme: FA 5 Information und Kommunikation, FA 8 Gesundheitswesen/Rettungsdienst;
- Vizepräsident Hans-Peter Kröger: FA 2 Frauenarbeit, FA 7 Sozialwesen, FA 10 Ausbildung;
- Vizepräsident Bernd Pawelke: FA 3 Vorbeugender Brandschutz, FA 9 Katastrophenschutz, FA 11 Musik.

Präsident Schäuble benannte Vizepräsident Ackermann zu seinem ständigen Vertreter.







# Erdbeben in Jena?

## 41. DRK-Bundeswettbewerb Erste Hilfe erstmals in Thüringen

Das mit dem Erdbeben ist natürlich nur eine der zahlreichen Darstellungen einer Unfallsituation, die für den Wettbewerb nachgestellt wurde. Aber möglich ist im wirklichen Leben natürlich alles, denn schließlich hat vor Jahren ja auch in Deutschland mal die Erde gebebt, warum also nicht auch in Jena.

18 Landessieger aus ganz Deutschland, eine Gastmannschaft der Johanniter-Unfall-Hilfe, eine des Arbeiter-Samariter-Bundes, eine Mannschaft der amerikanischen Streitkräfte aus Landstuhl und die Siegergruppe des Polnischen Roten Kreuzes aus einem genauso ausgerichteten Wettbewerb haben sich den Aufgaben gestellt. Je fünf Sanitäter gehören zu einer Mannschaft, ebenso sind fünf Schiedsrichter da, die für die Beurteilung der Leistungen zuständig sind. Das heißt, jedes Gruppenmitglied hat einen eigenen Schiedsrichter, der alles beäugt, was da in 15 Minuten an Hilfe geleistet wird.

Und die Aufgaben sind spannend wie immer. Die Zuschauer sahen ein so realistisches Bild, dass viele an einen echten Unfall glaubten, wie zum Beispiel bei der Gasexplosion in der Imbissbude. Den Spaziergängern bot sich ein Bild des Grauens. Zerbrochenes Geschirr, zerfetzte Körperteile, schwer verletzte Personen lagen um die Imbissbude herum, gekrönt von Unmengen Würstchen, die mit in die Luft geflogen waren.

Schnelle Hilfe war angesagt. Aber nicht nur hier, sondern auch beim Erdbeben waren die Opfer schwer verletzt und mussten aus den Trümmern geborgen werden.

Beim Unfall am Straßenbahndeput gab es nicht nur viele - gottseidank - Leichtverletzte, sondern auch einen etwas wirren Straßenbahnfahrer, der den Helfern ständig ins Handwerk pfuschen wollte.

Der abgestürzte Drachenflieger sorgte für so großes Aufsehen, dass sogar der Redakteur, der uns begleitete, einen Anruf erhielt „er möge doch mal in den Stadtpark fahren,

da wäre ein Drachenflieger abgestürzt“. Wir konnten den Journalisten dann gleich beruhigen, dass es sich hier um eine nachgestellte Unfallsituation handelt, die zum Wettbewerb gehört.

Aber auch die Station im Botanischen Garten war nicht ohne. Ein Mitarbeiter bekam einen epileptischen Anfall und der Kollege, der ihm helfen wollte, erlitt selbst einen Kreislaufzusammenbruch wegen der großen Hitze im Glashaus.

Beim nachgestellten Unfall mit Motorrad und Herzinfarktpatienten

übersahen etliche Gruppen den verletzten Motorradfahrer, der abseits vom Unfallgeschehen lag und in der Realität schon längst seinen schweren Verletzungen erlegen wäre. Das gab natürlich jede Menge Minuspunkte.

Alles wäre nicht so dramatisch anzusehen, wenn es nicht die Leute aus der realistischen Unfalldarstellung gäbe. Rund 50 Helferinnen und Helfer schminken, was die Tuben hergeben und wenn man nicht wüsste, dass das geschminkt ist, dann



Die amerikanische Gastgruppe ist an der Station „Erdbeben“ in Aktion.



Beim „Straßenbahnunfall“ heißt es, auf engstem Raum zu agieren.



**Oben:**  
Der Unfall  
des Drachenfliegers  
ist sehr realistisch  
dargestellt.

**Links:**  
Der verletzte  
Motorradfahrer  
wird fachgerecht  
behandelt werden.



könnte einem schon mal übel werden.

Nach Durchlauf der elf Stationen und einigen Stunden Wartens ist dann alles klar: Der Sieger kommt zum fünften mal in Folge wieder aus Rheinland-Pfalz, diesmal eine völlig neue Truppe aus dem DRK-Kreisverband Trier-Saarburg in Konz. Die Mannschaft wird im Jahr 2000 am 14. Europäischen Wettbewerb in der Schweiz (voraussichtlich) teilnehmen.

Viel Lob bekam der DRK-Kreisverband Jena-Eisenberg-Stadtroda. „Einen so guten Wettbewerb haben wir noch nie gehabt“, so Dr. Volker Grabarek, Bundesarzt des DRK. Mit rund 300 Leuten und 47 Fahrzeugen war der Kreisverband im Einsatz. Kreisverbände aus der Nachbarschaft haben ebenfalls zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen, was die rund 700 Angereisten mit viel Applaus im vor kurzem fertiggestellten wunderschönen Volkshaus quittierten.

*Margitta Zimmermann*

## Bundespräsident übernimmt Schirmherrschaft über das DRK

Bundespräsident Johannes Rau hat die Schirmherrschaft über das Deutsche Rote Kreuz übernommen. Dies übermittelte er in einem Schreiben an den DRK-Präsidenten, Prof. Dr. Knut Ipsen, mit folgenden Worten „Das Deutsche Rote Kreuz engagiert sich durch unzählige Hilfsaktionen ganz unterschiedlicher Art auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Gerne folge ich deshalb der Tradition meiner Vorgänger im Amt und übernehme die Schirmherrschaft über das Deutsche Rote Kreuz.“

Das DRK freut sich über seinen neuen Schirmherrn, der sich schon als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen aktiv - u.a. bei Haus- und Straßensammlungen - für das DRK eingesetzt hat.



Die Siegergruppe aus Konz.

(Fotos: Zimmermann)



# JUH in besonderem Maße gefordert

800 ehrenamtliche Johanniter  
beim Evangelischen Kirchentag 1999 in Stuttgart

Großveranstaltungen wie alle anderen waren Evangelische Kirchentage zu keiner Zeit. Wenn nahezu 100.000 Menschen zusammentreffen, ist das schon etwas besonderes. Auch eine Hilfsorganisation ist hier in besonderem Maße gefordert.

Über ein Jahr wurde deshalb in Baden-Württemberg geplant und organisiert. Schließlich wollte man in Stuttgart mehr als nur einen guten Job machen, man wollte überzeugen mit der Art und Weise, wie die Johanniter eine derartige Aufgabe meistern.

Dass in der Praxis gelungen ist, was in der Planung angedacht war, ist letztlich den Helferinnen und Helfern zu verdanken, die aus ganz Deutschland nach Stuttgart gereist waren, um anzupacken.

Schon drei Tage vor dem offiziellen Beginn des Kirchentages waren die ersten Köche und Küchenhelfer vor Ort und richteten sich ein, um anschließend drei Tage lang für das leibliche Wohl der Kirchentagsbesucher und der eigenen Helferschaft zu sorgen. In dieser Zeit wurden insgesamt 81.747 Mahlzeiten ausgegeben.

Täglich waren bis zu 160 Helfer und 40 Fahrzeuge mit 615 Fahrten im Einsatz, damit behinderte Besucher zwischen ihren Quartieren und den Veranstaltungsorten in Stuttgart mobil waren. 990 Einsätze konnten 350 Aktive im Sanitätsdienst verbuchen. Für Kirchentagsbesucher und besondere Gäste, wie Bundespräsident Johannes Rau, standen Mitarbeiter des Rettungsdienstes bereit.

Mit großer Einsatzbereitschaft zeigte sich auch die Johanniter-Ju-

gend auf dem Stuttgarter Kirchentag. An zwei zentralen Service-Punkten standen sie vor allem älteren und

behinderten Menschen mit Rat und Tat zur Verfügung.

## Qualität wird groß geschrieben

Acht hessische Johanniter-Verbände haben sich der strengen Qualitätsnorm ISO 9001 unterworfen. In einem 18 Monate dauernden Projekt haben die Johanniter in Nordhessen, Gießen, Marburg, Wetterau, Wiesbaden, Frankfurt, Offenbach und dem Main-Kinzig-Kreis ihren gesamten Fahrdienst vom TÜV zertifizieren lassen.

Mit dieser Maßnahme werden die Abläufe in den Verbänden und die Kundenzufriedenheit weiter gesteigert. Im Behindertenfahrdienst, Rettungsdienst und Krankentransport werden über 70.000 Fahrten pro Jahr von den acht Verbänden durchgeführt. Zuverlässigkeit ist das wichtigste Element auf diesem Sektor. Mit über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ca. 120 Fahrzeugen spielt das Kostenbewußtsein ebenfalls eine wichtige Rolle. Durch die Ergebnisse des jetzt verbesserten und zertifizierten Qualitätsmanagement-Systems werden beide Bereiche sinnvoll verknüpft. Die Johanniter präsentieren sich damit in Leistung und Kostenbewußtsein als Hilfsorganisation für den Patienten. Mit einer 900 Jahre alten Tradition, den „Herren Kranken zu dienen“ versehen, sind die Weichen für eine innovative Optimierung zum neuen Jahrtausend gestellt.

Innerhalb des Landesverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, der mit seinem Dienstleistungsspektrum einer der größten Johanniter-Verbände bundesweit ist, stellt die

Zertifizierung ein Pilotprojekt dar. Die Vereinheitlichung der Strukturen, ohne die regionalen Besonderheiten vernachlässigen zu müssen, war eine wichtige Zielsetzung. Unter Einbeziehung aller Mitarbeitergruppen wurden Qualitätsmanagement-Beauftragte ausgebildet. Von diesen wurden alle Arbeitsabläufe analysiert und auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft. Dies erfolgte übergreifend zwischen allen beteiligten Kreisverbänden. Getreu dem Motto „Das Bessere ist der Feind des Guten“ wurden zusätzliche Qualitätskriterien festgeschrieben und vor allem Kontrollmechanismen zur Überwachung dieser Regularien installiert.

Kontinuierliche Besprechungen mit allen Mitarbeitern/innen führten zu Plausibilitätskontrollen und somit zur Verfeinerung des Systems. 18 Monate nach dem Startschuß konnte nach zahlreichen internen Audits das externe Audit erfolgen. Dies wurde über den TÜV erfolgreich absolviert und gipfelte nun in der Überreichung der Zertifikate.

Damit reihen sich die Johanniter in eine auserlesene Gruppe von Dienstleistungsunternehmen ein, soziale Vereine sind hier noch die Ausnahme. Wie Landesvorstand Günther Lohre mitteilte, ist gerade ein Verein seinen Mitgliedern und den vielen Förderern ein extremes Kostenbewußtsein bei hoher Leistungsfähigkeit schuldig.



# Die 900-Jahr-Feier des Ordens in Bonn und Rom

Gottesdienste in der Bonner Elisabethkirche und im Petersdom zu Rom

Malteser, soweit das Auge reichte, sah man am 13. Juni vor der Bonner Elisabethkirche. Mitglieder des Hilfsdienstes versammelten sich mit den Angehörigen der Deutschen Assoziation des Malteserordens zur Festmesse. Äußerer Anlaß war der Bundeswettbewerb des Malteser Hilfsdienstes, der in diesem Jahr auch unter den Augen der Ordensmitglieder stattfand. Denn die jährliche Generalversammlung der deutschen Ordensdamen und -ritter war bewusst zeitgleich zum Bundeswettbewerb beigelegt worden.

Der Bundesseelsorger des Hilfsdienstes, der Kölner Weihbischof Klaus Dick, nahm das 900jährige

Bestehen des Ordens zum Anlass für seine Predigt.

Einen Tag zuvor hatte in Bonn die traditionelle Aufnahme-Messe der Assoziation stattgefunden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Ordens legten dabei sechs Damen das Versprechen ab, das für die Aufnahme in den zweiten Stand des Ordens notwendig ist. Auch zwei Herren verpflichteten sich durch die Ablegung dieses Obödienzversprechens zu einem Leben in größerer Verbindlichkeit zu den Ordenszielen.

Wenige Tage später versammelten sich viele von denen, die in Bonn dabei gewesen waren, rund um den

Altar der Confessio in der Peterskirche. Gemeinsam mit dem Großmeister und über 2.000 Ordensmitgliedern aus aller Welt feierte der Kardinalpatron des Ordens, Pio Laghi, am Johannestag, dem 24. Juni, das Messopfer. Vier Staatsoberhäupter und dutzende Minister und Vertreter königlicher Häuser waren anwesend, als nach der Messe Papst Johannes Paul II. die Anwesenden auf dem Petersplatz von seinem Arbeitszimmer aus begrüßte. Ein Empfang im Garten der Villa Malta auf dem Aventin beschloss den Tag.

*Urs Buhlmann,  
Malteser Hilfsdienst*



Der Festgottesdienst fand in der Bonner Elisabethkirche statt.





## 12. Malteser Bundeswettbewerb

„Aufgabe: Aus dem Chor der Malteserzentrale in Köln ist eine neue Boy-Group entstanden, die international für Furore sorgt und in den Charts die Top-Ten erobert hat. Ihre Gliederung hat die Sanitätsbetreuung für das Auftaktkonzert der ersten Tournee übernommen. Als das Konzert bereits angelaufen ist, lösen Sie die Gruppe im Sanitätszelt ab.“

So lautete die „Lage“ der ersten Station des diesjährigen Bundeswettbewerbs, der in der Zeit vom 11. bis 13. Juni 1999 in Bonn stattfand. Mit nur sechs Helfern und einem Gruppenführer mussten die Teilnehmergruppen an dieser Station innerhalb

von 15 Minuten elf Verletzte versorgen und betreuen, die nach und nach in die nachgestellte Sanitätsstation gebracht wurden. Eine Aufgabenstellung, die zeigt, wie komplex die Anforderungen an die Helfer – und das nicht nur in dieser speziellen Wettbewerbssituation – geworden sind.

Insgesamt 24 Wettkampfgruppen, darunter je eine Gastgruppe der Irischen Malteser und des Schulsanitätsdienstes des gastgebenden Collegium Josephinum in Bonn (beide wurden nicht in die Wertung einbezogen), stellten sich dieser Herausforderung. Und das mit beachtlichem Erfolg: Bei einer Maximalpunktzahl von 1108 Punkten trennten Sieger und Letzplazierten lediglich 200 Punkte.

Die Aufgabenstellungen der insgesamt zwölf zu durchlaufenden Stationen waren vielfältig. Neben eher

einsatztaktischen Herausforderungen waren auch reine Betreuungsaufgaben zu lösen. So hatten die Helfer in einer weiteren Station nur zehn Minuten Zeit, zwei unglücklich verlebte Schüler vom gemeinsamen Fenstersprung abzubringen. Und das ohne die Möglichkeit, unmittelbar an die Suizidwilligen heranzukommen.

### Im Zeichen der 900-Jahr-Feier

Zeitgleich zum Wettbewerb fand die Generalversammlung der Deutschen Assoziation des Malteserordens statt, deren Teilnehmer Gelegenheit erhielten, den Wettbewerb persönlich in Augenschein zu nehmen. Die den Wettbewerb abschließende Abendveranstaltung in der Bonner Beethovenhalle sowie die krönende Messe am darauffolgenden Sonntag wurden gemeinsam mit dem Orden gestaltet. Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer, Ehrengast der Abendveranstaltung, zeigte sich beeindruckt von der Art und Weise, wie es Malteser verstehen, gemeinsam zu arbeiten und zu feiern.

*Stefan Markus,  
Malteser Hilfsdienst*



Eine besondere Aufgabe beim 12. Bundeswettbewerb in Bonn stellte die Rettung und Versorgung eines in ein Haus gestürzten Fallschirmspringers dar.

### Ergebnisse des Wettbewerbs

1. Nettetal/Aachen
2. Vechta/Oldenburg
3. Emsdetten/Münster
4. Osnabrück/Osnabrück
5. Straubing/Regensburg
6. Singen/Freiburg
7. Nüdlingen/Würzburg
8. Lübeck/Hamburg
9. Berlin-Nord/Berlin
10. Karlsbach/Passau
11. Gräfelfing/München
12. Hasselroth/Fulda
13. Ellwangen/Stuttgart
14. Merzig/Trier
15. Celle/Hildesheim
16. Ellerstadt/Speyer
17. Ingolstadt/Eichstätt
18. Strullendorf/Bamberg
19. Landsberg/Augsburg
20. Calbe/Magdeburg (Jugendgr.)
21. Görlitz/Görlitz (Jugendgr.)
22. Altenburg/Dresden (Jugendgr.)

# Synergie- und Nutzeffekte durch Vernetzung in der Katastrophenvorsorge

Von Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, ARKAT-Bundesvorsitzender, Braunschweig

## 1. Einleitung

Allgemein zielen synergetische Effekte auf das Zusammenwirken einer großen Zahl von Teilsystemen. Mangelnde Vernetzung in wesentlichen Teilbereichen der Katastrophenvorsorge, fehlende Steuerungsinstanzen und eine häufig noch zu geringe Methodenkompetenz erschweren heute an den Schnittstellen öffentlicher, betrieblicher und privater Schutzvorsorge strategische Kooperationen im Sinne einer Nutzensynergie.

Die bisher ausschließlich funktionale Strukturierung im Katastrophenschutz behindert teilweise das Entstehen von synergetischen Austauschbeziehungen. Zu fordern ist deshalb eine schrittweise Abkehr vom hierarchischen hin zur Entwicklung eines synergetischen Katastrophenmanagements.

## 2. Kooperatives Katastrophenmanagement in Netzwerken

Das Erschließen von Synergie- und Nutzeffekten aus intersystemischen Beziehungsnetzwerken erfordert die vermehrte Öffnung der tradierten Katastrophenschutzorganisationen und Hilfeleistungsträger. Bestehendes Know-how und beschränkte Ressourcen der eigenen Organisation lassen sich durch partizipative Kooperation hinsichtlich Reichweite, Flexibilität und Schlagkraft des Reaktionspotentials vielfältig erweitern. Synergieeffekte entstehen jedoch nicht nur durch interne und nur auf den Katastrophenschutz gerichtete Kooperationen. Vielmehr sind die Synergiewirkungen umso größer, je besser Führungs-, Kommunikations-, Informations-, Logi-

stik-, Verhaltens- und Ausbildungsprozesse auch über externe Allianzen, z.B. mit Ressourcen der Wirtschaft (Betriebe), privaten Selbsthilfekapazitäten (z.B. Kirchen, karitative Einrichtungen und bürgerschaftlichen Selbsthilfeinitiativen) sowie durch Wissenschaft und Forschung unterstützt werden können.

Durch den rapiden Anstieg der Schadenspotentiale und die komplexe Vulnerabilität moderner Industriegesellschaften kommt der Verknüpfung spezifischen Detailwissens mit dem Szenariodenken professioneller Aufgabenträger der öffentlichen Gefahrenvorsorge und -abwehr immer mehr Bedeutung zu. Neben der wechselseitigen Nutzung der Kernkompetenzen der jeweiligen Organisation und der damit verbundenen strategischen und strukturellen Öffnung ergibt sich besonders auch die Notwendigkeit der verhaltensmäßigen Öffnung als wesentliche Voraussetzung für eine partizipative Kooperation im Netzwerk.

Dezentralisierung und hohe Entscheidungsautonomie vor Ort sind Grundelemente eines solchen sich partiell selbstorganisierenden synergetischen Katastrophenmanagements. Der Erfolg von synergetischer Führung und Organisation basiert im wesentlichen darauf, daß durch die Kombination intelligenter Fremd- und dezentraler Selbststeuerung sich das Katastrophenmanagement agil und flexibel auf sich rasch verändernde und komplexe Gefahrenlagen zeitlich und räumlich entkoppelt einstellen kann (Komplexitätsreduktion).

Das führt über neue Formen der autonomen Selbstorganisation (-steuerung) hinsichtlich Motivation

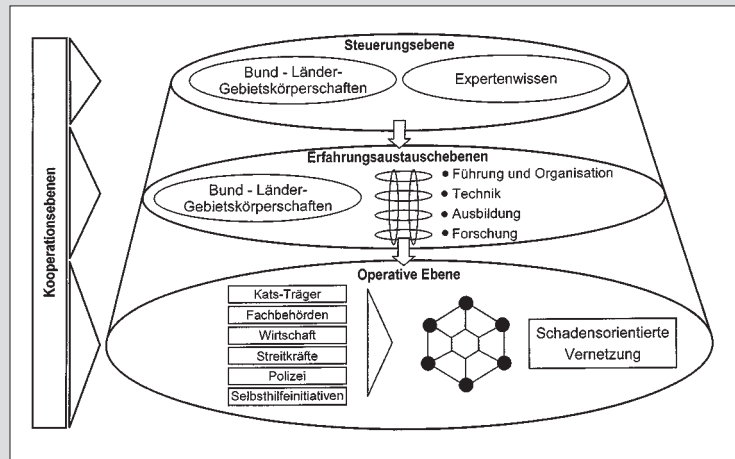
und Befähigung in Bezug auf eigenverantwortliches Handeln zu erheblichen Gewinnen in der Schutzleistung und -qualität und damit auch im katastrophenspezifischen Faktor Zeit.

Die Reduktion der Komplexität des Katastrophenmanagements durch Konzentration der eigenen Aktivitäten auf die organisationspezifischen Kernkompetenzen, bedeutet schadensbezogen, die Verlagerung von Funktionen an Kooperationspartner im Netzwerk. Katastrophenmanagement wird damit zu einem sich ständig wechselnden, schadensbild-abhängigen Verbund von Partnern mit unterschiedlichen Aufgaben. Katastrophenmanagement (Reaktionspotential) wird nicht mehr zentralistisch geschlossen, sondern in hochdynamischen, flexiblen und offenen Netzwerken auf Zeit ereignis- und schadenspotentialabhängig entwickelt.

Kooperationsmodelle für vernetzte Strukturen spielen in der Gefahrenvorsorge und -abwehr eine entscheidende Rolle. Im Konzert der Dimensionen von Ereignis, Schadenspotentialen und Reaktionspotentialen können sich szenarienabhängig vielfältige Kooperationsnetzwerke ergeben. Dabei tangiert das Synergiemanagement - verstanden als Lehre von gezielten strategischen bzw. operativen Kooperationen, die horizontal, vertikal oder auch komplementär erfolgen können - in besonderer Weise die bestehende Schnittstellenproblematik im Katastrophenschutz und der Katastrophenvorsorge. „Synergetics“ – die Lehre vom Zusammenwirken einer großen Anzahl von Teilsystemen – befaßt sich mit der Frage, wie komplexe Systeme durch Selbstorganisa-







Partizipative Vernetzung der Katastrophenvorsorge.

tion aus mehr oder weniger chaotischen Zuständen in geordnete Strukturen und Abläufe transformiert werden können.

### 3. Organisationsformen

Gerade in der Katastrophenvorsorge sind äußerst komplexe Wirkungsabläufe in ihrer wechselseitigen Dynamik zu integrieren. Dafür stehen methodisch aus wirtschaftsproduktions-, gesellschafts- und umweltwissenschaftlichen Disziplinen bereits wichtige Grundlagen zur Verfügung, die auf eine virtuelle Projektion von Netzwerken der Katastrophenvorsorge übertragen werden könnten. „Virtuelle Netzwerke“ beherrschen als neue Form der Kooperation derzeit die aktuelle Diskussion. Eine integrative Vernetzung der Katastrophenvorsorge benötigt Strukturen, die eine leistungsfähige Ausgestaltung des notwendigen Informations- und Kommunikationsmanagements gestatten. Leistungs- und übertragungsstarke Datenbanksysteme und Netzwerke sind deshalb für eine sach- und situationsübergreifende Kooperation und wechselseitige Nutzung und Bündelung komplementärer Schutzressourcen und -kompetenzen unabdingbare Voraussetzung.

Ein Netzwerk für Katastrophenvorsorge, das einerseits neutral und andererseits praxis-, wirtschafts- und wissenschaftsnah arbeiten soll, erfordert sowohl die Einbeziehung potentieller öffentlicher als auch die

Kompetenz einschlägiger privater Träger und Nutzer aus den Bereichen Katastrophenschutz, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Kooperationsfelder betreffen die Analyse von Katastrophenursachen, -wirkungen und -folgen sowie die Planung, Technik, Führung, Kommunikation und Logistik der Katastrophenvorsorge.

Für die Gefahrenvorsorge und -abwehr ist es gleichermaßen von Bedeutung, Schadensausprägungen raumstrukturell für alle Schutzgüter (Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, ...) einschätzen zu können.

Bekannte Ansätze und Methoden aus dem industriellen Qualitäts- und Umweltmanagement ließen sich auf verschiedene Bereiche der Katastrophenvorsorge übertragen. So wäre es denkbar, Rahmenrichtlinien, wie sie nach ISO 9000 ff., EU-Öko-Audit-Verordnung oder ISO 14000 für das Qualitäts- und Umweltmanagement bereits existieren, auf das Katastrophenmanagement zu übertragen. So könnte in Analogie zur „Fehler-Möglichkeiten- und Einfluß-Analyse (FMEA)“ eine „Katastrophen-Möglichkeiten- und Einfluß-Analyse (KMEA)“ entwickelt werden. Mit Hilfe dieser Methode ließen sich für bestimmte Regionen, Wirtschaft und Technologien Katastrophenanfälligkeit und Vermeidungspotentiale in einer Gesamtbetrachtung zusammenführen. KMEA-Teams aus Vertretern öffentlicher, betrieblicher und privater Katastrophenvorsorge-

bereiche würden nach ISHIKAWA interfakultativ in Brainstormings sog. Ursache-Wirkungsdiagramme erarbeiten. Darin werden in der Regel auf Karten beschriebene Szenarien bestimmten Ursachekomplexen zugeordnet. Nach FUKUDA wird diese Ursachenabklärungsmethode Cause Effect Diagram and Cards (CEDAC) genannt. In weiteren Schritten werden dann alle möglichen Ereignisse, Folgen (Schäden) und Ursachen bezogen auf die verschiedenen Schutzgutelemente, den Vermeidungs- und Abwehrelementen gegenübergestellt. Die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Katastrophen-(Schadens-)Ursache (A), die Bedeutung der Folgen für die Schutzgutelemente (B) und die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung einer Katastrophen-(Schadens-)Ursache vor Eintritt einer Gefahr für eines der Schutzgutelemente (E) können über Bewertungszahlen - unter der Voraussetzung, daß abgesicherte Bewertungshilfen zur Verfügung ständen - als

$$\text{Katastropheprioritätszahl (KPZ)} = A * B * E$$

zueinander in Beziehung gesetzt werden.

### 4. Zusammenfassung

Wesentlicher Grundgedanke für ein integriertes synergetisches Katastrophenmanagement ist die ganzheitliche fachübergreifende Betrachtung aller Prozesse der Katastrophenvorsorge. Im Ausschöpfen des gesamten vorhandenen Synergie- und Nutzenpotentials ist die Anwendung integrativer Methodekonzepte erforderlich. Das Modell der schadensbildorientierten Vernetzung steht für die Bildung temporärer Organisationsformen eines kooperations-spezifischen Katastrophenmanagements, deren Gestaltung das modulare Zusammenwirken unterschiedlicher Partner erlaubt. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien können die partizipative Kooperation der Partner wesentlich erleichtern.

# Taucher in der Fußgängerzone

Aktionsschau des THW Baden-Württemberg in Stuttgart

**Samstag, 9. Oktober 1999.** Die Fußgängerzone direkt am Stuttgarter Hauptbahnhof ist voll geschäftigen Treibens. Tausende sind hier unterwegs, kaufen, flanieren oder machen einen Schaufensterbummel. Exakt die richtige Kulisse für eine Präsentation, mit der sich das Technische Hilfswerk dem Bürger vorstellen will. Und - um es vorweg zu sagen - die Veranstaltung wird ein voller Erfolg. Denn nicht nur das Interesse der Passanten ist unerwartet groß, auch der Wettergott spielt mit und taucht das Geschehen in strahlenden Sonnenschein.

Der Aufbau der Übungsszenarien zur bisher größten Veranstaltung des THW in Baden-Württemberg begann bereits am Nachmittag des Vortages. Bis in die Nacht waren 150 Helfer im Einsatz, um unter anderem ein Fachwerkhaus aufzubauen und ein Wasserbecken zu erstellen.

Der Aufbau des sieben mal vier Meter großen eineinhalbstöckigen Fachwerkhauses einschließlich der Dacheindeckung mit Ziegeln zeugte von Fachwissen. Ein mächtiger Trümmerkegel vor der Fassade ver-



Das Fachwerkhaus mitten in der Fußgängerzone.



Das THW steht mit seinen Aktivitäten im Mittelpunkt des Interesses.

mittelte den Eindruck einer realistischen Schadensstelle.

Zum Aufbau des Beckens waren 110 Tonnen Sand, abgefüllt in 6.500 Sandsäcken, nötig. Hier hieß es, fünf für die Sandfuhre benötigte Sattelzüge abladen, mit den Säcken die Beckenwandung aufbauen, Plastikplane einziehen und schließlich 75.000 Liter Wasser einfüllen. Eine Knochenarbeit, die sich aber angesichts der 200 Quadratmeter großen Wasserfläche gelohnt hatte.

Neben der Herrichtung der beiden „Einsatzstellen“ galt es noch, ein Tauchbecken vorzubereiten und das Bewirtungszelt aufzubauen. Und schließlich hatten auch die rund 60 Einsatz- und Ausstellungsfahrzeuge ihren Platz zu finden.

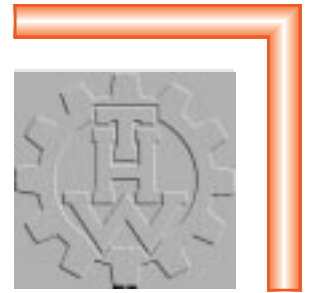
### Festakt zur Jahrestagung

Am Vormittag des Aktionstages fand im Weißen Saal des neuen Schlosses ein Festakt anlässlich der THW-Jahrestagung 1999 der ehrenamtlichen Kreis- und Ortsbeauftragten statt. Neben Führungskräften und Helfern des THW fanden sich hier zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft sowie Vertreter der Hilfsorganisation ein. Festredner war der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Manfred Rommel.

THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel bemerkte in seiner Ansprache mit Blick auf die Aktionsschau: „Doch erlauben Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Kreis von Helfern zu lenken, der bei großen Aktivitäten immer im Hintergrund steht. Es sind dies unter anderem die Ortsbeauftragten mit ihren Stäben. Gerade die dort eingesetzten Helfer für Öffentlichkeitsarbeit sind zusammen mit den Köchen Bestandteil eines Teams von Leistungsträgern, ohne die eine solche Veranstaltung wie heute nicht durchzuführen wäre. In diesem Kreis entstehen Ideen; sie werden diskutiert, wieder verworfen, andere Gedanken werden geboren, Konzepte werden entwickelt. In einer derartigen Runde entstand sicherlich auch der Gedanke zu dieser großartigen Aktionsschau, die draußen auf dem Schlossplatz das Interesse der Passanten auf die vielseitigen Hilfeleistungsmöglichkeiten des THW lenkt.“

### „Ihr THW - Wir packen aus“

Und draußen auf dem Schlossplatz war derweil tatsächlich „Aktion am Aktionstag“ angesagt. Ein Spruchband hoch über den Köpfen der Passanten verkündete weithin



# Technisches Hilfswerk



Das Neue Schloss bildet die Kulisse für die Fahrzeugausstellung.



Das „schwebende Einsatzfahrzeug“ - mit vier Greifzügen angehoben. Ein vielbestaunter Beleg für das Können der THW-Helfer.

(Fotos: Claes)

sichtbar das Motto des Tages: „Ihr THW - Wir packen aus“. 250 Helfer hatte das THW aufgeboten, um den Korb seiner Einsatzmöglichkeiten vor den Augen der Besucher auszu-  
packen. 13 Fachgruppen stellten

sich mit ihren Fahrzeugen vor, wobei keine Fahrzeugtür und kein Geräte-  
raum verschlossen blieb. Geballte Technik, wohin man sah.

Am Übungshaus sowie im und am Wasserbecken fanden im halb-

stündigen Wechsel Einsatzdemonstrationen, jeweils über Lautsprecher fachkompetent kommentiert, statt.

Die Demonstrationen am spektakulär vernebelten Übungshaus waren stets dicht umlagert. Die Einsätze der Fachgruppe Ortung sowohl mit modernster Technik als auch mit Rettungshunden zogen hier viele Passanten in ihren Bann.

Das Wasserbecken bot den Rahmen für Übungen der Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen, Wassergefahren, Ölschaden sowie Trinkwasseraufbereitung. Demonstriert wurden hier die Beseitigung von Ölschäden und Verfahren zur Wasseraufbereitung sowie der Einsatz von Schlauchbooten.

## Interesse für die Taucher

Publikumsmagnet, besonders für die kleinen Besucher, waren stets die Vorführungen der Taucher, deren Tauchbecken aus einem Container bestand. Mittels eingelassener Fenster war das Geschehen im Innern - wie etwa das Schweißen und Sägen unter Wasser - gut zu verfolgen.

Stände der THW-Jugend, der Helfervereinigung Baden-Württemberg und der Bundeshelfervereinigung sowie der THW-Bundesschule Neuhäusen rundeten das Informationsangebot ab.

Und wer in der Fußgängerzone noch nicht genug Technik gesehen hatte, für den war auf dem benachbarten Ehrenhof des neuen Schlosses noch eine Fahrzeugausstellung zu bestaunen. Präsentiert wurden hier Sonderfahrzeuge wie Tieflader, Bagger, 20-t-Kran, Boote und Oldtimer.

## Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Gegen 17.00 Uhr konnte sich die Helferschar zufrieden zurücklehnen und auf eine rundum gelungene Aktion zurückblicken. Denn das Ziel der Veranstaltung, über das THW zu informieren und Werbung in eigener Sache zu betreiben, war mehr als erreicht worden. Der 9. Oktober 1999 - ein Tag, der mit Recht in die Annalen des THW in Baden-Württemberg eingehen wird.

Paul Claes

Daten + Fakten + Zahlen + Daten + Fakten + Zahlen

## Das THW in Baden-Württemberg

Landesverband in Stuttgart	
Geschäftsstellen:	9
Hauptamtliche Mitarbeiter:	85
Ortsverbände:	94
Helferstand:	8.028
	davon
	5.577 Aktive
	809 Reserve
	554 Althelfer
	1.088 Junghelfer

Einsätze 1998: 1.448 mit 9.119 Helfern 58.581 Einsatzstunden

Einsätze 1997: 1.030 mit 5.896 Helfern 45.718 Einsatzstunden

Techn. Hilfe für Dritte 1998: 1.560 mit 9.781 Helfern 86.150 Einsatzstunden

Techn. Hilfe für Dritte 1997: 1.172 mit 8.271 Helfern 74.909 Einsatzstunden



# STELLUNGNAHMEN ZULEFFGONICVHWEN



## Ersetzt Planung im Katastrophenfall den Zufall durch den Irrtum?

Workshop „Planung“ der Ständigen Konferenz  
für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz

Von Winfried Glass

Die Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) hatte eingeladen. 37 Fachleute aus verschiedenen Behörden und Organisationen trafen sich im August 1999 im Hause der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Sie haben sich - eine Anregung des für zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zuständigen Referatsleiters im Bundesministerium der Verteidigung (FüS IV 5), Oberst i. G. Heino Fuchs, aufgreifend - mit Grundsätzen und Problemfeldern der individuellen wie auch der übergreifenden, koordinierenden Planung im Zivil- und Katastrophenschutz befasst. Provozierend stellte Fuchs in seinem Referat die These „Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum“ in den Raum.

### Umfrage „Planungen im Zivil- und Katastrophenschutz“

Wolfram Geier, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel und Geschäftsführer der SKK, leitete

die Veranstaltung mit einem Bericht über die Auswertung einer Umfrage ein, die die SKK unter dem Thema „Planungen im Zivil- und Katastrophenschutz“ durchgeführt hat. Von den dafür angeschriebenen 16 Bundesländern haben acht und von den drei kommunalen Spitzenverbänden einer geantwortet.

Geier resümierte die Rückläufe wie folgt: Die Rücklaufquote ist im Vergleich zu anderen Umfragen ungewöhnlich hoch. Sie kann als Beleg für die Akzeptanz der SKK (Auftraggeber der Umfrage) bei den Bundesländern als konzeptionell arbeitende Einrichtung und „Denkfabrik“ auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes gesehen werden.

Die rechtlichen Grundlagen, aus denen sich die Planungen im Zivil- und Katastrophenschutz ableiten, bestehen nahezu überall aus den Gesetzen für „Katastrophenschutz, Brandschutz, Rettungsdienst“. In diesen Gesetzen wird der Bereich Planung jedoch nur allgemein angesprochen. Eine Vielzahl unterschiedlicher Richtlinien und Verordnungen regelt die Aufgaben konkreter. Während die

Gesetze in allen Bundesländern vergleichbare Eckpunkte besitzen, zeichnen sich die - inhaltlich teils wesentlich bedeutsameren - Richtlinien und Verordnungen durch enorme Unterschiedlichkeit aus.

Planung im Zivil- und Katastrophenschutz wird ausnahmslos als dezentral, d. h. auf kommunaler Ebene angesiedelt, gesehen. Dabei berufen sich die Länder vor allem auf das Subsidiaritätsprinzip. Ferner erscheint es ihnen wichtig, Planung und Ausführung in einer Hand zu halten.

Bundesweit einheitliche Planungsstandards oder -verfahren werden so gut wie nicht eingefordert. Grund hierfür ist die Länder bezogene Souveränität auch auf diesem Gebiet. Hingegen wird Kritik geübt hinsichtlich einer mangelhaften Planung des Landesgrenzen überschreitenden Einsatzes, bestehender Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung zwischen den Verwaltungsebenen und der auch die Planung treffenden Mittelkürzungen für den Katastrophenschutz bzw. die Gefahrenabwehr.

Der Geschäftsführer der SKK zog folgende Quintessenz

und stellte sie gleichzeitig an den Ausgangspunkt der nachfolgenden Diskussionen: Es scheint sinnvoll, wenn der Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz zum Thema „Planungen im Zivil- und Katastrophenschutz“ über einen Grundlagenkatalog beraten und diesen den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften empfehlen könnte. Er sollte alle für eine effektive und effiziente Planung im Zivil- und Katastrophenschutz benötigten Eckpunkte enthalten und damit vergleichbare Planungsverfahren in den Ländern, Kreisen und Kommunen ermöglichen. Wesentliche Erkenntnisse dieses Workshops „Planungen im Zivil- und Katastrophenschutz“ könnten, so die Hoffnung Geiers, den Ausgang für einen solchen Grundlagenkatalog bilden.

Nach dieser Aussage gingen die nachfolgenden Referate auf verschiedene Aspekte der Planung ein.

## **Problemfeld zivil-militärische Zusammenarbeit**

Oberst i. G. Fuchs beleuchtete die Handlungsfelder der zivil-militärischen Zusammenarbeit unter den Stichworten

- Interoperabilität der Verfahren und Strukturen,
- Gegenseitiges Verständnis (einheitliche Sprache, Begriffe, Verfahren, Ausbildung),
- Gemeinsame Eventualplanung,
- Gemeinsame Planübungen.

Weiter zeigte er die durch den Artikel 35 Grundgesetz (Rechts- und Amtshilfe; Katastrophenhilfe) gegebenen gesetzlichen Grundlagen und Grenzen der Hilfeleistung durch die Bundeswehr an diversen Beispielen auf.

## **Problemfelder der behördlichen Zuständigkeitsträger**

Vertreter aus kreisfreien Städten und Landkreisen schilderten Planungsumfang und Planungsprobleme im Zusam-

menhang mit Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz. So wurde etwa am Beispiel des Gefahrguttransportes dargestellt, welcher Personaleinsatz erforderlich ist, um für ein Kreisgebiet Art, Umfang und zeitliche sowie räumliche Verteilung des Transportaufkommens zu ermitteln mit dem Ziel, eine angepasste und richtig dislozierte materielle Ausstattung vorzuhalten und die zugehörige Ausbildung sicherzustellen. Die Referenten machten deutlich, dass Planung ein permanenter Prozess ist, der entsprechenden Personaleinsatz fordert. Gleichzeitig besteht die Gefahr, mit zu umfang- und detailreichen Plänen nur unübersichtliche Akten im Schrank zu haben, auf die im Ereignisfall mangels Übung nicht zurückgegriffen wird.

## **Problemfelder der Organisationen**

Die privaten Hilfsorganisationen sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürgern, die sich ehrenamtlich und unentgeltlich für ihre Ideale engagieren. Dieser Grundregel muss bei Planungen der Gefahrenabwehrbehörden Rechnung getragen werden. Die eingeschränkte Verfügbarkeit, der Schutz vor Nachteilen bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand für die Helfer machen es erforderlich, die Hilfsorganisationen von Anfang an in die Planungsarbeiten einzubeziehen. Zur Erhöhung der Motivation und zum Training sollten Alarmierungsschwellen niedrig gehalten werden, was zudem einen reibungsloseren Übergang von Unfall über Großschadensfall zur Katastrophe ergibt.

Das bundeseigene Technische Hilfswerk wie auch die privaten Hilfsorganisationen haben ihre internen Führungsstrukturen für Einsätze neu und effektiver organisiert bzw. sind dabei, dies zu tun. Ziel ist die eigenständigere Übernahme und Erledigung von Auf-

trägen im Gesamtkontext der Schadensbewältigung.

## **Übergreifende Problemfelder**

In weiteren Kurzvorträgen wurden übergreifende Blickwinkel behandelt. Die öffentliche Verwaltung, die Organisationspsychologie und die Ausbildung waren ebenso Themen wie die Planung im benachbarten Ausland am Beispiel Frankreichs.

Forderungen aus den Verwaltungswissenschaften in Bezug auf Planung finden sich auch in den Thesen zu neuen Steuerungsmodellen wieder. So wird Wert gelegt auf exakte Zielvorgaben, Aufgaben- und Organisationsplanung und begleitende Kontrolle. Beteiligung der Betroffenen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen erweist sich als effektiver im Vergleich zu staatlichen Regelungen. Diese Prinzipien wurden auch aus psychologischer Sicht bestätigt.

In Frankreich existieren zentrale Vorgaben für die Planungen. Neben einem generellen Plan, der mit der ehemaligen Zivilschutz-Kreisbeschreibung vergleichbar ist, sind objekt- und ereignisbezogene Pläne zu erstellen und spätestens alle fünf Jahre zu aktualisieren. Planung wird unter dem Motto „Partnerschaft und Zusammenarbeit“ organisiert. Sie bindet also alle beteiligten Behörden und Organisationen ein. Dabei gilt ebenso wie bei Katastrophenschutzübungen für die Frage zur Kostenverteilung und -regelung die Regel: „Jeder zahlt seine Kosten im Katastrophenschutz selbst“. Übungs- und Einsatzberichte sind dem Innenministerium in Paris zur Auswertung zuzusenden. Hieraus ergeben sich vielfach neue Vorgaben für die Überarbeitung der Unterlagen.

## **Ergebnisse der Arbeitsgruppen**

Angeregt durch diese Referate erarbeiteten die Workshop-Teilnehmer in Kleingruppen

ihre Anforderungen an Planung und deren Umsetzung:

A) Planung im Zivil- und Katastrophenschutz dient der Ordnung, Aufgabenerfüllung und Wirtschaftlichkeit des Schutz- und Hilfeleistungssystems, mit

B) dem Ziel der Verbindlichkeit, Bestandsaufnahme, Transparenz, Erreichbarkeit und Kennzeichnung oder Beschaffung von Ressourcen, der Aktualität und Akzeptanz.

C) Die Effektivität der Planung ist abhängig von Faktoren wie der Transparenz und Abstimmung, der Fortschreibung, der Kompetenz der Planer, dem Praxisbezug und nicht zuletzt dem „Feed-Back“ der Anwender.

D) Planung funktioniert demnach nicht, wenn Planungsbestandteile fehlen oder nicht stimmen. Wird keine oder nur unzureichende Planung durchgeführt, leiden die Verbindlichkeit, die Kompetenz, die Wirksamkeit der Kontrolle und die Ausbildung. Ressourcen fehlen und Informationspflichten können nicht erfüllt werden.

E) Als Grundparameter der Planung gelten Schutzzielorientierung, Definitionen, Gefahrenanalysen, Bestandsaufnahmen und Ereignis- bzw. Objektbezug.

Der Workshop hat hiermit ein Prüflineal erarbeitet, das bereits jetzt derjenige, der Planungs- und Garantienpflichten im Zivil- und Katastrophenschutz innehat, an seine eigenen KatS-Planungen anlegen kann.

Greift der Arbeitskreis V und auf dessen Empfehlung die Innenministerkonferenz diese Gedanken auf, könnte sich hier der gemeinsame Standard entwickeln, der den Ländern ihre föderale Eigenständigkeit in der Katastrophenschutz-Planung belässt, aber auf freiwilliger Basis mitwirkt, die befürchtete Zersplitterung der Systeme nach der Novellierung der Zivilschutzgesetzgebung durch den Bund an entscheidender Stelle aufzuhalten.

In einer weiteren Arbeitsgruppensitzung befaßten sich die Teilnehmer mit der Frage, welche Anregungen für die künftige Arbeit aus dieser Veranstaltung mitgenommen werden und wie man als „Follow Up“ mit der Planung im Zivil- und Katastrophenschutz weiterhin umgehen wird. Übereinstimmung herrschte in der Ansicht, dass Planung kein starrer Rahmen als einengende Vorgabe sein darf, sondern als Instrument flexibel auszulegen und einzusetzen ist.

Ermessensspielräume für die Entscheidungsträger müssen gewährleistet sein. Als Medium der Planung dürfen nicht mehr nur Aktenordner dienen. Wie man in einem Beitrag hörte, befindet sich die Planung in einer Dienststelle in 220 Ordnern, die man kaum noch aktuell halten und anwenden kann. Moderne Medien in Verbindung mit Internet und Intranet, fachbezogener Software und die Anpassung an zukünftige Entwicklungen sind gefordert.

Der Bürger ist in die Planungen einzubeziehen und mit seiner Selbsthilfefähigkeit und -bereitschaft zu beteiligen. Mangelndes Interesse, das mehrfach beklagt wurde, muss durch Aufklärung und Information überwunden werden. Der Bürger ist mehr als Partner bei der Planung und weniger als ihr Objekt zu begreifen.

Eine besondere Rolle spielt die externe Beratung der für Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Stellen. Kommerzielle Unternehmens- und Fachberater können nicht die planerische Entscheidung für die politisch oder verwaltungsmäßig Verantwortlichen übernehmen. Sie könnten aber beim Aufbau der Planung, der laufenden Aktualisierung sowie der Umsetzung bis hin zur Gestaltung von Übungen wertvolle Dienste leisten.

Ländergrenzen übergreifender Erfahrungsaustausch und das Festschreiben von Empfehlungen und Standards zur Sicherung des gemeinsamen und kompatiblen Schutz- und

Hilfeleistungssystems sind dringende (aber wohl keine neuen!) Aufgabenstellungen für die Zukunft.

Ganz klar erkannt haben die Experten des Workshops, dass es auch Begrenzungen gibt. Da ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Der häufigste Planungsfehler sei wohl, dass man „zu wenig über den Tellerrand hinausschaut“.

Forderungen für die Zukunft betreffen u. a. die Ausbildung von Moderatoren für Planung und Übungen im Zivil- und Katastrophenschutz sowie solide Fortbildungsmöglichkeit, denkbar auch als ein Aufbaustudium auf geeignete Studiengänge.

Als zentrale Aus- und Fortbildungsstätte sowie nationale Plattform bietet sich die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz an. Sie hat sich als zentrale Institution und Informations-Börse bewährt und ist aus einer sinnvollen Planung und Steuerung des Zivil- und Katastrophenschutzes - auch grenzüberschreitend und international - nicht wegzudenken. Mit Aus- und Fortbildung im Zusammenhang steht ein „Zentraler Informationspool“, der ggf. hier etabliert werden könnte.

Der sehr effiziente Workshop hat Ergebnisse erbracht, die Bausteine sein können in einer Zukunft, die von fiskalisch bedingten einschneidenden Veränderungen überschattet wird. Der Sparzwang als Planungsgrund ist kein guter Ratgeber. Was jetzt durch das zufällige Zusammentreffen von fachlichen Änderungserfordernissen mit leeren Kassen unterbleibt, kann sich in der Zukunft als Auslöser großer Probleme herausstellen.



## Positive Bilanz

Die Fachtagung für Führungskräfte zum Thema „Gefahrstoffunfälle“ der Deutschen Rettungsflugwacht e. V. (DRF), der Bundeswehr und des Sozialministeriums Baden-Württemberg am 16. November ist nach Ansicht aller Beteiligten sehr positiv verlaufen.

Elf Experten des Sozial- und des Innenministeriums Baden-Württemberg, der DRF, der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes sowie Vertreter toxikologischer Institute und Notärzte setzten sich als Referenten mit der Problematik von Gefahrstoffunfällen auseinander. Neben den verschiedenen Aufgabenbereichen wurden insbesondere die Hilfsmöglichkeiten der Giftinformationszentren und des Medizinisch-Toxikologischen Informationssystems „Meditox“ diskutiert. Dabei nutzten 250 Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik die Gelegenheit zur fachlichen Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch.

Das Informationssystem „Meditox“ wurde 1996 in gemeinsamer Trägerschaft von DRF und Sozialministerium Baden-Württemberg eingerichtet. Es dient dazu, Notärzte und Führungskräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes bei der Bewältigung von Gefahrstoffunfällen fachlich zu unterstützen.

Das System basiert auf einem Datenbankprogramm, das bereits in zahlreichen Leitstellen der Feuerwehr angewendet wird. Dieses Pro-

gramm wurde durch ein umfangreiches Modul „Erste Hilfe“ ergänzt und mit ausführlichen notfallmedizinischen Daten und Informationen für Notärzte und Rettungsdienstpersonal versehen. Neben der Auflistung mehrerer tausend Stoffnamen bietet die Datenbank die entsprechenden Identifikations-Codes des Gefahrgutes (UN-Nummer, CAS-Nummer), die physikalisch-chemischen Eigenschaften, Klassifikationshilfen sowie Brandschutz- und Umweltschutzmaßnahmen für den feuerwehrtechnischen Bereich. Im Ernstfall ist die „Meditox“-Alarmzentrale an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr unter 07 11 - 7 08 92 92 zu erreichen.

## Neue Dimension im Katastrophenschutz

Zwei Flugzeuge mit 150 Passagieren stießen bei der Landung zusammen, gerieten in Brand, schleudern auf die Rollbahn. Viele Tote und Schwerverletzte sind die Folge. Der Unfall war angenommen, doch Übungsflugzeug und Brände waren echt. Erstmals probten länderübergreifend 1.000 Helfer, 150 Verletzten-darsteller und mehr als 250 Einsatzfahrzeuge aus Sachsen und Sachsen-Anhalt am 15. Oktober auf dem Flughafen Leipzig/Halle drei Stunden den Ernstfall. Ziel war die

Koordination der Zusammenarbeit.

Das Schadensszenario war der praktische Teil einer Übung, die das Regierungspräsidium Leipzig als höhere Katastrophenschutzbehörde im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern angelegt hatte und leitete. Vor Ort zuständig für die Umsetzung war die untere Katastrophenschutzbehörde, der Landkreis Delitzsch.

Am Vormittag desselben Tages gab das RP Leipzig Aufgaben für eine Stabsrahmenübung vor, die alle beteiligten Katastrophenschutzbehörden durchführten

Die Ergebnisse beider Teile der Übung werden derzeit von unabhängigen Schiedsrichtern bewertet. Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ wird auf die Übung zurückkommen.

## 20. Luftbeobachter-Grundlehrgang in Würzburg

Durch die Staatliche Feuerwehrschule Würzburg wurde in Zusammenarbeit mit der Luftrettungsstaffel Bayern der 20. Grundlehrgang für Luftbeobachter durchgeführt. Die Schule ist im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern verantwortlich für den Ausbildungsbereich „Brandbekämpfung aus der Luft“, der sowohl die Luftbeobachterausbildung als auch die Ausbildung für den Einsatz von Löschwasser-Außenlastbehältern für Hubschrauber beinhaltet.

Die theoretische Ausbildung der zukünftigen Luftbeobachter umfaßt die Fächer Kartenkunde, Taktische Zeichen, Funkausbildung, Waldbrandbekämpfung, Führung von Einsatzkräften aus der Luft, Navigation, Aerodynamik, Instrumentenkunde und Luftrecht.



Schauplatz Flughafen Leipzig/Halle: Die Flughafenfeuerwehr leitet erste Löschmaßnahmen ein.

(Foto: Claes)

Lehrgangsteilnehmer und Ausbilder vor ihren „fliegenden Klassenzimmern“.



Die Unterrichtserteilung sowie die praktische Ausbildung erfolgt durch Lehrpersonal der Schule und durch Angehörige der Luftrettungsstaffel Bayern sowie durch das Luftamt Nordbayern.

Der Theorie folgt die Praxis auf dem Flugplatz in Hettstadt, bei der neben vier Flächenflugzeugen auch ein Hubschrauber der Polizeihubschrauberstaffel Bayern eingesetzt werden. Die Übungen, die von jedem Lehrgangsteilnehmer absolviert werden müssen sowie die abschließende Prüfung umfaßt die Aufgabenbereiche Führen von Feuerwehrfahrzeugen, Waldbrandüberwachungsflüge, Entdeckung von Entstehungsbränden, Meldung von Ölfilmern auf dem Main (dargestellt durch Symbolzeichen aus Stoff).

Nach Absolvierung des Grundlehrgangs erfolgt eine mehrjährige und vertiefende Ausbildung an den jeweiligen Standorten mit Übungsflügen und Ausbildungsveranstaltungen, bei denen die Schwierigkeitsgrade der zu lösenden Aufgaben gesteigert werden. Dabei werden ebenfalls die Grundkenntnisse in Funk- und Kartenkunde vertieft sowie die Ortskenntnisse des zu überwachenden Gebietes erhöht.

Vier bis fünf Jahre nach Absolvierung des Grundlehrgangs soll der Fortbildungslehrgang besucht werden, bei dem als Abschluß der Gesamtausbildung Aufgaben mit maximalem Schwierigkeitsgrad zu bewältigen sind.

Nach Abschluß des 20. Grundlehrgangs konnte Schul-

leiter Bauoberrat Dipl.-Ing. Axel Häger den 24 Lehrgangsteilnehmern zu der bestandenen Prüfung gratulieren und sie mit dem Ausblick verabschieden, daß der Freistaat Bayern durch die regelmäßige Durchführung dieser sehr aufwendigen und teuren Lehrgänge dem Erhalt von Hab und Gut der Bevölkerung sowie der Natur und dem Umweltschutz eine besondere Wertigkeit beimißt.

## Hilfe, wo bin ich?

Immer häufiger erhalten Polizei, Rettungsdienste und ADAC ungenaue Unfall- und Pannemeldungen vom Handy. Das Problem: Hilfe suchende Autofahrer wissen nicht genau, wo sie sich befinden. Der Automobil-Club hat deshalb die Schilder, die dem Autofahrer helfen können, zusammengefaßt.

Auf den Autobahnen markieren am rechten Fahrbahnrand im Abstand von 500 Metern blaue Kilometerschilder den Standort. Ein regelmäßiger Blick auf die Schilder lohnt, damit man im Notfall zumindest eine Ahnung hat, wo man ist. Auch die Nummer der Autobahn und die Fahrtrichtung anhand größerer Orte sollte man sich merken.

Wer einen Unfall oder eine Panne auf einer Autobahn oder Bundesstraße melden will, sollte folgende Zeichen beachten: Auf den Autobahnen informieren die Begrenzungs-pfosten über den kürzesten Weg zur nächsten Notruf-

säule, die im Abstand von zwei Kilometern installiert sind. Hier muss nur die Klappe abgehoben werden, um eine Verbindung zu bekommen. Die für die Ortsbestimmung wichtigen Daten werden meistens automatisch gemeldet oder können direkt abgelesen werden.

Auf Bundesstraßen sind - je nach Bundesland unterschiedlich - Schilder oder Stationsdreiecke mit Straßennummer und Kilometerangabe im Abstand von 200 oder 500 Metern zu finden. Das gelbe B-Straßenschild ist außerdem meist nach Einmündungen oder auf den Wegweisungsschildern zu lesen. Die Kombination B-Straßennummer und Kilometerangabe ist Grundlage für eine schnelle Hilfe.

Auch Landesstraßen, Staatsstraßen und manchmal sogar Kreisstraßen tragen Nummern - allerdings nicht in allen Bundesländern. Doch meist sind sie nicht auf einen Blick zu finden. Hier wird der Verlauf der Straße häufig mit einem niedrig neben der Fahrbahn stehenden, dreieckigen Stationierungszeichen oder ähnlich wie die Bundesstraßen gekennzeichnet. Der ADAC empfiehlt, sich bei der Fahrt auf solchen Nebenstraßen nach Möglichkeit den Namen des zuletzt durchfahrenen Ortes und des nächsten zu merken, Kilometerschilder sind auf diesen Straßen eher selten. Bei jeder Meldung ist es wichtig, neben der Straßennummer und möglichst genauer Kilometerangabe auch die Fahrtrichtung oder die Himmelsrichtung zu nennen.

Wer einen Unfall melden will, sollte nach einem Rat des ADAC vor dem Anruf einige wichtige Fakten erkunden, damit umgehend richtig und ausreichend geholfen wird:

*Wo ist der Unfall passiert?  
Was ist passiert?  
Wie viele Verletzte gibt es?  
Welche Verletzungen oder Schädigungen liegen vor?  
Rückfragen abwarten!*

### **... wir kommen**

Das Buch der DGzRS  
Edition „Die Barque“ im  
DSV-Verlag, Gründgensstr. 18,  
22309 Hamburg

Die Rettungsflotte der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) ist bei jedem Wetter, rund um die Uhr, einsatzbereit. Viele hundert Menschen verdanken alljährlich den Seenotrettern ihr Leben. Die DGzRS, 1865 gegründet, wird ausschließlich durch freiwillige Beiträge und Spenden, ohne öffentliche oder staatliche Mittel, finanziert. Schirmherr des Rettungswerks ist der Bundespräsident.

Von den Anfängen der Seenotrettung berichtet das Buch ebenso wie von der technischen Entwicklung vom Ruderrettungsboot zum Seenotkreuzer. Über 130 Jahre sind vergangen zwischen dem Einsatz der ersten Raketenapparate und Hosenbojen und den heute zum Einsatz kommenden modernen Spezialschiffen. Mehr als 60.000 Menschen aller Nationen sind in dieser Zeit aus Seenot gerettet oder aus lebensbedrohender Gefahr befreit worden.

Damals wie heute steht im Mittelpunkt der Mensch, der Seenotretter. Sein Mut, seine Erfahrung, seine Unerschrockenheit, seine Selbstlosigkeit bestimmen sein Denken und Handeln, ungeachtet der Gefahr für das eigene Leben. Damals wie heute heißt es bei den Seenotrettern, wenn ein Mensch auf See in Not geraten ist: „... wir kommen!“

### **Feuerschutzhilfeleistungsgesetz Nordrhein-Westfalen**

Kommentar für die Praxis  
6., neubearbeitete  
und erweiterte Auflage  
Von Klaus Schneider  
Deutscher Gemeindeverlag  
GmbH, Postfach 40 02 63,  
50832 Köln

Der Band erläutert das neue Gesetz ausführlich und praxisnah unter besonderer Berücksichtigung der vielfältigen Neu-

regelungen. Rechtsprechung, Schrifttum und Nebenrecht werden umfassend ausgewertet und ergänzend einbezogen.

Hervorzuheben ist die ausführliche Kommentierung der neu gestalteten sozialen Absicherung der Einsatzkräfte. Die Erläuterungen des Verantwortungsbereichs derjenigen, die die Brandschau durchzuführen haben, sind gegenüber der Vorauflage vertieft und erweitert worden.

Der Kommentar wendet sich nicht nur wie bisher an die Behörden oder Ordnungsverwaltung und an die Führungskräfte der Feuerwehren sowie an die Fachausschußmitglieder der kommunalen Vertretungen, sondern auch an die Führungskräfte der Hilfsorganisationen.

### **Lehrbuch für präklinische Notfallmedizin**

Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey GmbH, Postfach  
13 61, 26183 Edewecht

Die Entwicklung von Lehr- und Nachschlagewerken für Lernende und Lehrende ist für die zeitgemäße Aus- und Fortbildung des Rettungspersonals ein unabdingbares Muß. Das Lehrbuch schließt hier eine Lücke: Es werden alle in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungsassistenten aufgeführten Lehrinhalte vollständig behandelt. Dies unterscheidet das vorliegende Werk von anderen, in denen nur einzelne Bereiche aus der Notfallmedizin und der Rettungstechnik thematisiert werden.

Die fünf Bände des Gesamtwerkes behandeln die folgenden Themen. Band 1: Grundlagen und Techniken; Band 2: Allgemeine und spezielle Notfallmedizin - Schwerpunkt Innere Medizin; Band 3: Allgemeine und spezielle Notfallmedizin - Schwerpunkt Traumatologie; Band 4: Berufskunde, Organisation und Einsatztaktik, Arbeitsplatz Rettungsdienst; Band 5: Prüfungsfragen und Antworten.

### **Feuerwehr-Fahrzeuge**

Wandkalender 2000  
efb-Verlagsgesellschaft mbH,  
63521 Erlensee

Mit dem neuen Feuerwehrkalender wird die Reihe der Bildkalender mit Motiven aus dem Bereich der Fahrzeuge der Feuerwehr fortgesetzt. Der großformatige Kalender stellt auf dem Deckblatt und den zwölf Monatsblättern interessante Fahrzeuge aus aller Welt vor. Nach den vielfarbigen Illustrationen wird abschließend eine technische Kurzbeschreibung der abgebildeten Fahrzeuge geboten. Über den Informationsgehalt hinaus ist der Kalender aufgrund seiner Gestaltung ein ansprechender Wandschmuck.

### **Taschenkalender für die Feuerwehren**

Verlag W Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Auch 2000 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen. Der in sieben Landesausgaben erschienene Kalender wird durch länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt.

### **Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken**

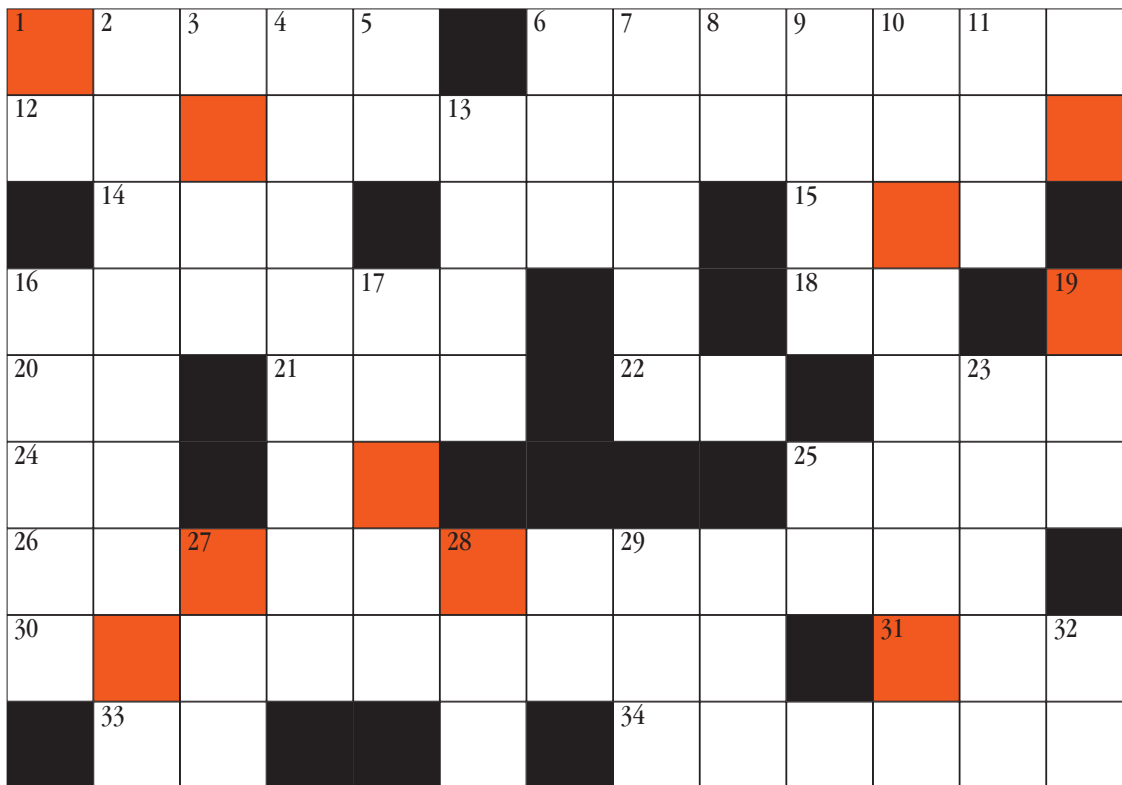
Birth/Lemke/Polthier  
**Handbuch Brandschutz**  
39.-48. Ergänzungslieferung  
ecomед Verlagsgesellschaft,  
86899 Landsberg

Grafe/Steegmann  
**Feuerschutzrecht in Nordrhein-Westfalen**  
9.-11. Ergänzungslieferung  
Hüthig Fachverlage,  
69121 Heidelberg

Brauer  
**Handbuch Atemschutz**  
63.-71. Ergänzungslieferung  
ecomед Verlagsgesellschaft,  
86899 Landsberg



# Kopfnuss



KOPFNUSS

## WAAGERECHT

- 1 Ohne diesen hat die Wurzel eine Krone
- 6 Bodenständige Sicherheitsbekleidung
- 12 Was dem König die Krone, ist dem Feuerwehrmann dieses
- 14 Chemisches Element, überwiegend männlich
- 15 Geht mit Not auf der Leitstelle ein
- 16 Kein Moslem
- 18 Nachfolger von SZ und BtZ bei DRK
- 20 Kurz gesagt, hier gibt's Brennelemente
- 21 Moderner Rekorder
- 22 Bei ASB, DRK, JUH, MHD für jedermann
- 24 Wenn der Amtsinspektor dem entspricht, ist die Karriere beendet
- 25 Manchmal dauert eine Sekunde so
- 26 Diese Landschaft kannte schon Karl May
- 30 Mit Blaulicht und Martinshorn will man so sein
- 31 Nach diesem Hinweis bläst der Wind von der anderen Seite
- 33 Diesen Zuruf schreiben die Helmstädter auf's Auto
- 34 Teil des Fahrrads und der Mensch darauf

## SENKRECHT

- 1 Kurze englische Zukunft, nicht immer realistisch
- 2 So ist das Hilfswerk des Bundes
- 3 Geflügelart ohne Hahn, macht auch Atemschutz
- 4 Von Pol zu Pol ohne Ende
- 5 Häufiger in England als in deutschen Ministerien
- 6 Gibt es sowohl Nord wie Ost und in England
- 7 Ausflugsziel nach der Übung
- 8 Weniger als ICE und ohne Zuschlag
- 9 Hat das Amt, ohne das im Katastrophenschutz nichts läuft
- 10 Wenn dieses abbrennt, löscht die Feuerwehr nicht
- 11 Diese Mineralölfirma spielt keinen Fussball
- 13 James Nordseeküste arbeitete mit Druck und Dampf
- 16 Wer dies beherrscht ist ein Genie
- 17 Ein Häubchen hiervon verfeinert den Geschmack
- 19 Für den einen ist er das Ziel, für andere ist er fort
- 23 So wird das festliche Mahl gesprochen, nicht geschrieben
- 25 Oder erst die Henne?
- 27 Gehört zu ater und orie
- 28 Dieser Traum hat nichts mit der Landschaft zu tun
- 29 Damit läuft's wie geschmiert
- 32 Königin von England oder männlich

### So wirds gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 31. 12. 1999 (Poststempel) an:

Bundesamt für Zivilschutz  
- Preisrätsel -  
Deutscherherrenstraße 93-95  
53177 Bonn

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
  2. ein Reiseradio
  3. ein Autoverbandkasten
  - 4.-10. je ein BZS-Infopaket
- Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BZS und Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

## Termine

**4.-6. Februar 2000:** 11. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaft  
Ort: Oberhof (Thüringer Wald)  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Bundesgeschäftsstelle, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**4.-6. Mai 2000:** Trauma Care 2000  
Ort: Mainz  
Info: Klinik für Anästhesiologie, Universität Mainz, 55101 Mainz

**5.-7. Mai 2000:** 125 Jahre Berufsfeuerwehr Nürnberg  
Info: Stadt Nürnberg, Feuerwehr, Regenstraße 4, 90317 Nürnberg

**26.-28. Mai 2000:** Gemeinsamer Jahreskongreß der Österreichischen Gesellschaft für Notfall- und Katastrophenmedizin und der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin

Ort: Berchtesgaden  
Info: Generalsekretariat der DGKM, Prof. Dr. Sefrin, Sektion Präklinische Notfallmedizin, Anästhesiologische Universitätsklinik, Josef-Schneider-Straße 2, 97080 Würzburg

**16.-18. Juni 2000:** Straßen-Rad-Weltmeisterschaften der Feuerwehren

Ort: Augsburg  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**20.-25. Juni 2000:** Interschutz / 27. Deutscher Feuerwehrtag

Ort: Augsburg  
Info: Organisationsbüro, Berliner Allee 30, 86153 Augsburg

**23.-30. September 2000:** 58. IAA Nutzfahrzeuge  
Ort: Frankfurt am Main  
Info: VDA, Postfach 17 05 63, 60079 Frankfurt

**8.-12. Oktober 2000:** Jubiläumsfachtagung 50 Jahre Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb)

Ort: Stuttgart  
Info: Dipl.-Ing. D. Dorendorf, Institut der Feuerwehr Sachsen-Anhalt, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Brandschutz- und Katastrophenschutzschule, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:** Die Lehrgangspläne für das 1. Halbjahr 2000 für die Feuerwehrausbildung sowie die Lehrgänge des Bildungszentrums Jugendfeuerwehr Sachsen-Anhalt können angefordert werden.

**Institut für berufliche Aus- und Fortbildung, Martinshaus, Kanalufer 48, 24768 Rendsburg:** Forum Notfallseelsorge und Krisenintervention: Einführungskurs 21.-25.2.2000, Aufbaukurs 4.-8.9.2000.

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postfach 20 03 51  
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:  
Bundesamt für Zivilschutz  
Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:  
Hans-Walter Roth  
Telefon (02 28) 940 - 1100  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:  
Paul Claes  
Telefon (02 28) 940 - 1164  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
Werbedruck GmbH  
Horst Schreckhase  
Postfach 1233  
34283 Spangenberg  
Telefon (0 56 63) 94 94  
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50  
Abonnement jährlich DM 14,-  
zzgl. Porto und Versandkosten.  
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

TERMINE

.....SOS.....  
**Kurs Menschen retten!**



..... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

**Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)**  
Postfach 10 63 40, 28063 Bremen  
Postbank NI. Hamburg (BLZ 200 100 20) 70 46-200  
Wir danken für die gespendete Anzeige.

## Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

### Heute: Mannschaftslastwagen (MLW) des THW

Nach der Neuorganisation des Technischen Hilfswerks (THW) wurden den Fachgruppen (z.B. Infrastruktur, Ortung) sogenannte „Mannschaftslastwagen“ zugeordnet. Die Fahrzeuge mit Doppelkabine sowie mit Pritsche/Plane-Aufbau dienen neben dem Transport von Einsatzpersonal dem Transport von Fachausstattung, Gerät und Material sowie als Zugfahrzeug für leichte Anhänger.

Vom Typ her finden sich beim THW hauptsächlich Lkw auf MB 508 D (MLW I) für den Einsatz auf Straßen und befestigtem Gelände, eine geländegängige Version (MLW II) für Transporte abseits befestigter Wegstrecken steht auf MB-Unimog zur Verfügung.

### Das Modell

Als Grundmodell dient der „MB T 2 Doppelkabine Pritsche/Plane“ (Bestellnummer Kommunalfahrzeug 043939, THW-Fahrzeug 044097) von Herpa, wahlweise in der Kommunal- oder in der THW-Version. Am Modell sind zwei wesentliche Veränderungen vorzunehmen:

Zum einen müssen die beiden Blaulichter auf dem Kabinendach entfernt werden (Sockel abfeilen, verspachteln) zugunsten eines Steckblaulichts, das hinter eine Lüfterklappe (am Modell auf dem Dach eingraviert, Ergänzung durch Plastikplatte) gesetzt wird. Ein weiteres Blaulicht



Das THW Reutlingen verfügt über einen MLW I, der hier als Vorbildfahrzeug dient.



Das umgebaute Herpa-Modell in 1:87/H0.

wird am Heck (Plane) des Lkw angebracht.

Zum anderen wird die Plane dem in der Regel verwendeten Original angepaßt: Seitenhöhe ca. 15 mm, halbrunde Überdachung in vier Sektionen in Längsrichtung. Die Anpassung kann durch Ausschneiden der Dachpartie erfolgen, ferner durch das Einpassen von dünnen Plastik- oder Pappplatten.

Rechtsseitig wird unter der Pritsche (hier befindet sich beim Modell im Bereich des Auspuffes ein kleiner Schutzbügel) ein Materialkasten an-

gebaut (Zubehör Preiser, Roco, Herpa; schwarze Lackierung). An den Dachseiten vorn werden zwei kleine Blinker (schwarzer Rahmen, orange) angesetzt.

Wer das THW-Modell für seinen Umbau nutzt, muss das gesamte Chassis in schwarz lackieren, Stoßstangen und Radabdeckungen bleiben weiß (beim Kommunalmodell Stoßstangen und Radabdeckungen weiß lackieren). Ansonsten erfolgt die Lackierung des Fahrzeugs in THW-Blau mit weißen Streifen und weißer Beschriftung (Müller, Preiser).





Mit rund 233.000 Mitgliedern im Alter zwischen 10 und 18 Jahren ist die Deutsche Jugendfeuerwehr einer der größten Jugendverbände in der Bundesrepublik. Während viele andere Jugendverbände über sinkende Mitgliederzahlen klagen, verzeichnen die Jugendfeuerwehren weiterhin einen regen Zulauf. Die Steigerungsrate liegt hier jährlich bei gut fünf Prozent. In fast 16.000 Orten, Gemeinden und Städten bieten die Jugendfeuerwehren häufig das wichtigste Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche.

Jugendfeuerwehren sichern damit die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren und den Erhalt des ehrenamtlichen Prinzips. Ohne die jährlich in die aktiven Einsatzbereitschaften überwechselnden 25.000 jungen Menschen könnte der Brandschutz in den Städten und Gemeinden nicht mehr gewährleistet werden.

Nicht nur die Ausbildung qualifizierter Feuerwehrkräfte, sondern aktuelle Themen und Freizeitinhalte prägen das Profil des Feuerwehrynachwuchses. Technik und Ausbildung machen aber nur 50 Prozent der Dienste in den Jugendfeuerwehren aus. Auch die Bedürfnisse nach Spiel, Sport und Spaß der Jugendlichen - mittlerweile mit einem Mädchenanteil von 23 Prozent - werden in der allgemeinen Jugendarbeit erfüllt. Rund 3.500.000 Stunden ehrenamtlicher Jugendarbeit und zusätzlich unzählige Stunden für Freizeiten, Zeltlager und internationale Begegnungen werden jährlich erbracht.

Wir stellen vor:

# Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS)



Zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben des Bundes im Zivilschutz besteht als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) in Bonn-Bad Godesberg. Hervorgegangen ist das BZS aus dem Beschluß des Bundeskabinetts im Dezember 1953, eine „Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“ zu errichten. Im Dezember 1958 wurde dann das Gesetz zur Errichtung des „Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ verkündet. Es wurde im Jahre 1974 geändert – seither führt das Amt seine heutige Bezeichnung.

Das Bundesamt für Zivilschutz kann demnach auf ein über 40jähriges Bestehen zurückblicken.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes (ZSNeuOG) wurden 1997 die Aufgaben des BZS neu geregelt. Folgende Aufgaben werden durch das Bundesamt wahrgenommen:

## Gesetzliche Aufgaben

○ Die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung;

○ die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals sowie die Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben;

○ die Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivilschutzes, einschließlich des Selbstschutzes;

○ die Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der Selbstschutzaufgaben;

○ die Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung;

○ die Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten;

○ die Aufgabenstellung für technisch-wissenschaftliche Forschung im Benehmen mit den Ländern, die Auswertung von Forschungsergebnissen sowie die Sammlung und Auswertung von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung;

○ die Prüfung von ausschließlich oder überwiegend für den Zivilschutz bestimmten Geräten und Mitteln sowie die Mitwirkung bei der

Zulassung, Normung und Qualitätssicherung dieser Gegenstände.

## Übertragene Aufgaben

○ Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder für Zwecke des Zivilschutzes;

○ Förderung der Erste-Hilfe-Ausbildung und der Ausbildung von Pflegehilfskräften;

○ Schutz von Kulturgut;

○ Unterhaltung von Schutzräumen;

○ Vorsorgemaßnahmen nach dem Wasserversicherungsgesetz;

○ Betreuung der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern.

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz führt den Lehrauftrag des Bundesamtes aus.

**Informationen über den Zivilschutz sind unter Telefon (02 28) 9 40 - 0 oder Telefax (02 28) 9 40 - 29 81 erhältlich. Internet: <http://www.bzs.bund.de>**

Deutscherherrenstraße 93,  
53177 Bonn  
– unter dieser Anschrift ist das BZS zu finden.



Beilage zur Ausgabe 4/99

# AkNZ – Jahresprogramm 2000



## Beilage zur Ausgabe 4/99

### Zivile Verteidigung

Bezeichnung	Seminar- tage:	Die Seminare finden in folgenden Kalenderwochen statt:
Allgemeine Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	4	2, 6, 14, 20, 23, 26, 34, 37, 42, 45, 48, 50
Ernährungsnotfallvorsorge für Führungskräfte	2	21
Ernährungsnotfallvorsorge zur Unterweisung des auf diesem Gebiet tätigen oder dafür vorgesehenen verantwortlichen Personals	4	6, 11, 18, 34, 38, 46, 48, 50
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Führungskräfte	4	4, 45
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Abteilungsleiter/Sachbearbeiter	3	13, 18, 39, 50
Information zur Verkehrssicherstellung	3	25
Zivile Verteidigung und zivile Infrastruktur von militärischem Interesse im Straßenbau	2	23, 45
Verkehrssicherstellung für NATO-Experten	2	33
Einzelfragen der Verkehrssicherstellung	2	19, 35, 47
Allgemeine Fragen der Wirtschaftssicherstellung	4	21, 39
Wirtschaftssicherstellung im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge	3	4, 47
Schwerpunkt zur Wirtschaftssicherstellung	4	44
Arbeits sicherstellung für die Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit	2	5, 25, 33, 38, 43, 49
Erhaltung von Anlagen der Trinkwassernotvorsorge	3	9, 12, 25, 33, 35, 45
Sicherstellung des Postwesens	2	24, 37
Sicherstellung der Telekommunikation	3	15, 38
Zivile Alarmplanung	3	9
Objektschutz	2	24
Zivil-militärische Zusammenarbeit	2	2, 13, 26, 36, 42, 49
Gesamtverteidigung und Staatliche Sicherheitsvorsorge	4	Besondere Ausschreibung

### Zivilschutz / Selbstschutz

Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Sachbearbeiter	3	6, 12, 19, 37, 45
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Wirtschaftliche Angelegenheiten	2	2, 3, 9, 20, 33, 42
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Helferangelegenheiten	2	8, 32, 36, 41, 47
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Amtsleiter	3	5, 24, 38, 51
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Kreisangehörige Städte und Gemeinden	3	11, 25, 32, 41
Aufgaben des Zivilschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Leitstellenpersonal	3	18, 35, 47
Warnung der Bevölkerung	2	43
Baulicher Zivilschutz - Grundlagen	5	3, 11
Baulicher Zivilschutz - Aufbau	5	42
Schutzraumverwaltung	3	20, 43
Schutzrauminstandhaltung	5	14, 39, 50
Administrative Maßnahmen im Kulturgutschutz	3	4, 47
Praktische Durchführung des Kulturgutschutzes	3	12, 25, 41
Schutz der Gesundheit	3	21, 39, 49
Veterinärverwaltung	2	24, 36
Untersuchungssämer	5	2
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 1	5	2, 4, 8, 9, 12, 14, 19, 23, 26, 34, 37, 38, 42, 48, 50, 51
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 2	5	3, 7, 11, 15, 20, 32, 36, 39, 43, 49
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 3	5, 4, 3, 3	6, 18, 46, 47
Leiter von Führungsgremien, Mitarbeiter im Bereich Planung und Einsatz	3	12, 33, 42
Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 1	5	2, 3, 4, 5, 7, 8, 11, 12, 13, 15, 19, 20, 21, 23, 26, 32, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 42, 43, 45, 46, 47, 49, 50, 51



# AkNZ – Jahresprogramm 2000



Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 2	5	2, 3, 4, 5, 7, 9, 11, 12, 13, 14, 19, 20, 21, 26, 33, 35, 37, 38, 39, 43, 47, 49, 51
Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 3	4	6, 15, 33, 46
Öffentlichkeitsarbeit in der Katastrophe, der Krise und im Zivilschutzfall	5, 4, 5, 5	13, 24, 39, 45
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 1	3	2, 3, 5, 6, 8, 13, 18, 19, 21, 23, 26, 32, 33, 35, 38, 42, 45, 47, 50, 51
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 2	3	4, 7, 12, 15, 17, 24, 25, 37, 43, 46, 48, 49
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung (Workshop)	3	9, 11, 20, 34, 36, 41
Berater für Sanitäts-/Gesundheitswesen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	4	14, 23, 43
Berater für Betreuung/soziale Dienste in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	4	4, 13, 46
Kommunikationstechnik	3	6, 15, 23, 36, 45, 50
Fm-(IuK-)Sachbearbeiter (KatS) 1	5	8, 41
Fm-(IuK-)Sachbearbeiter (KatS) 2	5	32, 48
Meßtechniken in der Kommunikationstechnik	3	42
Berater für ABC-Fragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	5, 21, 37
Biologische Risiken	4	6, 35, 45
Chemische Risiken	4	7, 13, 26, 34, 51
Führungskräfte im ABC-Schutz	5	19, 38
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 1	2	7, 37
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 2	3	48
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz (Blockseminar)	5	15, 26
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Bereich ABC-Schutz	5	33
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Aufgabenbereich Brandschutz	5	23
Lehrkräfte an den Schulen der privaten Hilfsorganisationen für die Aufgabenbereiche Betreuung und Sanitätswesen	5	50
Aufgaben der Gemeinden im Selbstschutz	3	8, 14, 20, 26, 34, 42, 46, 50
Ausbilder für Selbstschutzthemen	4	6, 12, 18, 24, 36, 41, 49
Selbstschutz in Arbeitsstätten 1	2	5, 9, 15, 25, 33, 39, 45
Selbstschutz in Arbeitsstätten 2	3	5, 9, 15, 33, 39, 45, 51
Katastrophenschutz und Selbstschutz in Dienstleistungsunternehmen	3	24
Anlegen und Durchführen von Übungen für Einheiten und Einrichtungen	5	3, 9, 19, 26, 32, 37, 48
Anlegen und Durchführen von Übungen für Führungsgremien auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde	5	8, 14, 21, 26, 36, 47, 50
Anlegen einer Führungsübung	5	11, 20, 23, 34, 43
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen	3	6, 9, 25, 32, 41, 45
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen (Wiederholung)	3	50

## Information

Zivile Notfallvorsorge in Europa	3	20, 48
Neue sicherheitspolitische Anforderungen an Deutschland als Bündnispartner	2	14, 39
Humanitäres Völkerrecht	3	37
Zivilschutz	2	11, 25, 38, 44
Informationen zur Ernährungsnotfallvorsorge	2	19, 36
Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge	1, 2	3, 8, 21, 36, 47

## Sonstige Veranstaltungen

Sprengen I für Sprengberechtigten-Anwärter	12	20
Sprengen II für Sprengberechtigte	5	7, 24
Sprengen III für Sprengberechtigte	5	26

Beilage zur Ausgabe 4/99



Wir stellen vor:

# Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ)

im Bundesamt für Zivilschutz

Beilage zur Ausgabe 4/99

Mit der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im Bundesamt für Zivilschutz besteht in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Bildungseinrichtung des Bundes, die nach modernen pädagogischen Grundsätzen das gesamte Spektrum der zivilen Verteidigung, des Zivilschutzes einschließlich des Selbstschutzes und der zivil-militärischen Zusammenarbeit vermittelt.

Im Rahmen ihres Lehrauftrages hat die Akademie unter anderem folgende Aufgaben:

- Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals;
- Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben;

○ Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Notfallvorsorge und des Zivilschutzes

○ Vorbereitung, Leitung und Auswertung von Übungen;

○ Studien und internationaler Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und des Zivilschutzes;

○ Betreuung von Forschungsvorhaben;

○ Mitarbeit in Bund-Länder-Ausschüssen und Arbeitskreisen.

Eine vorrangige Aufgabe der AkNZ ist die Unterweisung bzw. Information der mit der Aufgabenstellung – zivile Verteidigung und Zivilschutz – befaßten Personen bzw. Institutionen.

Die Akademie liegt oberhalb des mittelalterlichen Stadtteils Ahrweiler, umgeben von einer einzigartigen Kulturlandschaft.

In freundlich ausgestatteten Einbettzimmern können bis zu 160 Seminarteilnehmer untergebracht werden.

Zwölf mit moderner Seminartechnik ausgestattete Lehrsäle stehen zur Verfügung.

Die reizvolle Landschaft und vielfältige Freizeitangebote gewährleisten Lernen und Entspannen in einem.

**Informationen zum Seminarangebot der AkNZ sind unter Telefon (0 26 41) 3 81 - 2 20 erhältlich.**

Die Anschrift der AkNZ lautet:  
Ramersbacher  
Straße 95,  
53474 Bad Neuenahr-  
Ahrweiler.

